

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumeration
 Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Woche“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen wir: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Zeilen
 pro Woche oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte
 Wort 20 Pf., gedruckte Zeile 10 Pf.,
 Bildergelände und Schlußzeilen
 gegen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 10 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Wahltaktik der geeinigten Partei.

Aus Paris wird uns geschrieben:
 Die politische Situation der heute bringt Fragen in den Vordergrund, die man schon für erledigt halten konnte. Schon 1906 schien es, als ob die Herrschaft des Radikalismus in der bürgerlichen Republik gesichert wäre und nun der Kampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie arde, worin die letztere, infolge des Verfalls des Radikalismus vor den großen Problemen der Zeit, zu entscheidenden Schlägen ausfallen werde. Das Schlagwort vom „Bankrott des Radikalismus“ wurde damals geprägt. Man kann nicht sagen, daß es falsch gewesen sei. In der Tat zeigte sich die radikale Mehrheit unfähig, in den zwei Hauptfragen des nationalen Lebens — gegenüber den stürmisch einschleichenden Streikbewegungen und gegenüber dem den Nationalismus wieder entzündenden Imperialismus — eine klare und einheitliche Politik zu finden. Die Linke fiel auseinander und eine Koalition der Mittelparteien wurde zur Stütze von Regierungen, die der konservativen Bourgeoisie viel zuliebe taten. Die Radikalen erlitten eine Niederlage nach der anderen, sie verloren die Präsidentschaft der Republik und schienen, teils durch eigene Torheit und selbstverschuldete Ohnmacht, teils durch die demagogische Stimmungsmache der großen Presse und einer ganzen Buchliteratur, dem völligen Zusammenbruch in den kommenden Wahlen geweiht. Andererseits ging, trotz mancher Fortschritte in der Organisation, die Entwicklung der sozialistischen Bewegung nicht in dem Maß vor sich, daß die Frage überflüssig erschienen wäre, ob das Proletariat um seiner politischen und sozialen Rechte willen nicht an dem Fortbestand einer starken bürgerlichen Linken interessiert sei. Zuletzt kam noch der Sturz des Ministeriums Barthou und die Konstituierung einer radikalen Regierung hinzu, die sich vornehmlich auf die neue Gruppierung der geeinigten Radikalen stützte. Wegen dieser Regierung, die allerdings die programmatischen radikalen Mindestforderungen — abgesehen von der Finanzreform, wo sie sich die Entscheidung in ihren auf die Weiterung des Besitzes abzielenden Projekten erhalten hat — org veröffentlicht, bereitet die reaktionäre Bourgeoisie, mit mehr oder minder offener Unterstützung der Liberalen und antirepublikanischen Organisationen und Finanzmächte einen Ansturm vor, der im Namen der „Versöhnungspolitik“ oder — wie die neuesten Schlagworte ihres Vorkämpfers Briand lauten — für die „für alle wünschliche“ und „geläufige“ Republik unternommen werden soll.

Die bevorstehenden Wahlen könnten also in der Tat das Schicksal der radikalen Demokratie in Frankreich endgültig entscheiden und darum ist die Taktik der sozialistischen Partei diesmal von besonderer Bedeutung. Darüber hat nun der Kongreß von Amiens eine klare Entscheidung gebracht. Daß im ersten Wahlgang die Partei im weitesten Umfang und mit größter Energie ihr Programm und ihre Kraft kundgeben sollte, darüber herrschte unter allen Wählern nur eine Meinung. Die Wahlagitator vor dem ersten Wahlgang gilt unumstößlich als der prinzipielle sozialistische Propaganda. Der Wahlgang selbst soll die Erfolge der Parteiarbeit gegen die militaristische und kapitalistische Gewaltspolitik messen. Für die Regelung der Taktik im zweiten Wahlgang aber wurden verschiedene Formeln vorgeschlagen, die auf grundsätzliche Auffassungen, aber unzulänglich zum Teil auch auf opportunistische Erwägungen zurückgingen.

In den Vorkämpfen, die als Resolutionen der Föderationskongresse dem Parteitag unterbreitet wurden, drückte sich der politische Inhalt selbständig hauptsächlich im formalen Element aus. Der Gegenstand von reformistischer und Klassenkampfstendenz bekam Gehalt in der Frage, ob die Wahltaktik einheitlich bestimmt und von der Administrationskommission, von einem nach der Hauptwahl zusammenberufenen Nationalrat bezw. von einer besonderen Wahlkommission kontrolliert oder ob sie gemäß dem Beschluß von Chalons den Föderationen überlassen bleiben sollte. Die taktischen Erwägungen haben hierbei die alten Organisationsgrundsätze der verschiedenen Richtungen beträchtlich erschüttert. Galten ehemals die marxistischen Guesdisten als Vertreter des strengen Zentralismus, die reformistischen Föderationen als Anhänger der Autonomie, so hat man diesmal die Klasse der Wähler für die Wahltaktik, die federale Unabhängigkeit, die Klasse der Reformisten aber die einheitliche Regel und die zentralistische Kontrolle fordern gesehen. Hierbei war ein weiteres merkwürdiges Moment sichtbar. Auf den ersten Blick wollte es scheinen, daß die strenge Verpflichtung der bürgerlichen Kandidaten auf bestimmte Minimalforderungen als Bedingung der Stichwahlhilfe vom revolutionären Flügel verlangt werden sollte, wogegen sich die Reformisten mit der allgemeinen Formel der Stichwahlhilfe für die Bürgerlich-Radikalen begnügen konnten. In Amiens aber war es gerade umgekehrt: die reformistischen Föderationen wie der Tarn (Jaurès) legten Resolutionen vor, die von den radikalen Kandidaten die Verpflichtung auf die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit, die Steuerreform und den Schluß der weltlichen Schule forderten — die von Bailliant verfaßt, aber von den Reformisten unterstützte Resolution der Seine-Mehrheit erklärte sogar jede Abstimmung für einen Anhänger der dreijährigen Dienstzeit auch im zweiten Wahlgang für verräterisch — die Guesdisten aber fanden hinter der Resolution der Föderation der Haute-Vienne, die den Föderationen die Freiheit ließ, ihre Taktik im Sinne des Beschlusses von Chalons im Interesse des Proletariats und der sozialen Republik von Fall zu Fall zu regeln und Genosse Defore erklärte ausdrücklich, daß die Nordföderation, um die Radikalen zu Fall zu bringen, auch Republikaner heranzuziehen würde, die gegen die Aufhebung des Dreijähriges wären.

Diese taktische Anstellung der zwei Parteirichtungen scheint paradox, indes bei näherem Zusehen versteht man, warum ausgesprochene Bloßfreunde und Ministerialisten, wie Herod und Albert Thomas, für die bedingte Unterstützung der Radikalen, Befürworter des unabweislichen Klassenkampfes aber für das Recht, jeden einzelnen Fall besonders und ohne Vorlage von Bedingungen zu behandeln, eintreten konnten. Vor allem aber muß festgestellt werden, daß auch die große Mehrheit der für den reformistischen Vorschlag Stimmenden die Bloßpolitik von vornherein ausdrücklich abgelehnt hat, wenn nicht alle aus prinzipieller Abneigung, so aus der entscheidenden Erwägung, daß jeder dahingehende Versuch die Sprengung der Partei zur Folge hätte. Und daß die Partei als die bewegende Kraft und die Bürgerliche der sozialistischen Zukunft wertvoller ist, als alle durch eine neue organisierte Kooperation der Linksparteien etwa zu erringende Vorteile, darüber herrscht in der ganzen Partei vollständige Einstimmigkeit. Andererseits lag es fast allen Vertretern der marxistischen Richtung durchaus fern, zu behaupten, daß man alle bürgerlichen Parteien über einen Kamm scheren dürfe. Was den Gegensatz der beiden großen Gruppen bestimmte, war im Grunde die verschiedene Auffassung von der geschichtlichen Stellung des bürgerlichen Radikalismus. Für die Reformisten ist es eine Vorstufe des Sozialismus. Der Sozialismus ist in ihren Augen nur eine Ergänzung der Demokratie, die Hinzufügung der sozialen Gleichheit zur politischen und es handelt sich darum, den Radikalismus so weit vorwärts zu rücken, daß er sich zur sozialistischen Lösung der großen sozialen und gesellschaftlichen Probleme versteht. Bei Albert Thomas, zweifellos einem der konsequentesten und klarsten Vertreter dieser Richtung, ist es geradezu die Aufgabe der Sozialisten, die Bloßpolitik nicht etwa überflüssig, sondern möglich zu machen, durch ideologisches Aufstärken der dem Radikalismus anhängenden Volksschichten. Auch diejenigen Reformisten, die nicht so weit gehen, sehen in der radikalen Partei eine Kraft, die der sozialistischen Umgestaltung nutzbar gemacht werden könnte. In den Bedingungen, die den radikalen Kandidaten gestellt werden sollten, drückte sich also ein gewisses Vertrauen zum Radikalismus aus.

Viel früher urteilten die Genossen, die auf dem Standpunkt des uneingeschränkten Klassenkampfes stehen. Sie erkennen den Vorteil, den das Vorhandensein einer starken bürgerlichen Linken für die Festhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und für die Erweiterung der Sozialreform hat und verkennen auch die Gefahr des Briandismus nicht. Aber eben deshalb wollten sie nicht die ganze Stichwahltaktik auf die Militärfrage zu spitzen, so sehr sie auch einschließen sind, die von der Internationale ausgegebene Parole des Kampfes gegen den Militarismus und Imperialismus zu befolgen. Sie haben auch kein Vertrauen zum Radikalismus und sprechen sich darum dagegen aus, durch die Aufstellung der Bedingungen vor den Wahlen sozusagen eine Bürgerliche für die Radikalen zu übernehmen. Wie recht sie damit hatten, haben die letzten Tage gezeigt. Während der „Kampfbild“ am Tage nach dem Kongreß noch den Versuch machte, die präzise sozialistische Forderung der deutsch-französischen Annäherung, der Harmonie der Linken zuliebe, in einem unbestimmten „Bazillismus“ aufzuweichen, haben scharf-radikale Blätter wie der „Kampfbild“ rund heraus erklärt, daß an ein Abgehen vom Dreijähriges nicht zu denken sei, der alte Combe bekennt sich in den sanftesten Gemütsbitten zum Dreijahrmontatsdienst und auch Caillaux hat sich von der Reform vorfristig gedrückt. Aber wer auf den demokratischen Helmschut der Radikalen nicht gehofft hat, empfindet jetzt auch keine Enttäuschung und wird in seinem Entschluß nicht wankend, die Linkenrepublikaner gegen die Rechtsparteien und ihre Helfer zu unterstützen — nicht um ihrer willen, sondern um der Arbeiterklasse willen.

Was bedeutet nun die Entscheidung des Kongresses? Sieht man die Resolution genauer an, und vergleicht man sie mit den verschiedenen Kongreßreden, so springt ins Auge, daß sie eine saure-süße Stillfierung der Resolution der Haute-Vienne ist. Sie überläßt es den Föderationen, die Stichwahltaktik im Interesse des Sozialismus und der Republik — also im Geiste des ausdrücklich genannten Kongreßbeschlusses von Chalons — zu bestimmen und verzichtet darauf, die Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen. — Nur für den Fall der Uebertretung der Resolution von Chalons und für Konfliktfälle wird eine Kontrolle durch die Verwaltungskommission vorgezogen. Die Ablehnung des Bloßes aber bekommt eine prinzipielle Bedeutung durch die Wendung, daß er in gar keinem Grad eine Bedingung der republikanischen Aktion der Partei sei.

Zu bemerken wäre noch, daß die „Resolution Gambier“, das Verbot, für sogenannte „unabhängige Sozialisten“ einzutreten, nicht aufrechterhalten worden ist. Es war seinerzeit zur offenen Scheidung von den Parteivertretern notwendig. Heute sind die „unabhängigen“ in zwei, einander scharf entgegengesetzten Gruppen vertreten. Daß die sozialistischen Wähler in keinem Fall für die Briandische Bande zur Urne gehen werden, versteht sich von selbst und ist übrigens auch in der Resolution ausgedrückt. Die anderen „unabhängigen Sozialisten“, die sich jetzt „sozialistische Republikaner“ nennen, sind aber anderen vorgeschrittenen Radikalen gleichgültig, gleichviel ob sie wie Laguerre, ehemals der Partei angehört haben, oder wie Paul Boncour und Painlevé, von Anfang an Radikale mit sozialistischem Einschlag waren. Die geeinigte sozialistische Partei steht heute vor der Nation als die einzige politische Vertreterin der Befreiung der Arbeiterklasse da, und sie braucht sich nicht dagegen zu wehren, daß andere ohne illoyale Absichten den Namen des Sozialismus mit mehr oder minder Recht entlehnen.

So tritt die sozialistische Partei im befreienden Bewußtsein einheitlichen Volkes vor das Volk, mit einer Kriegserklärung

gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft der Ausbeutung und blutigen Barbarei und gegen alle bürgerlichen Parteien — bedacht, das schändliche Gebäude der republikanischen Freiheit vor der reaktionären Ministerarbeit zu bewahren, aber für alle Fälle gewiß, daß die ausgestreute Saat der proletarischen Befreiungsidee aufgehen wird.

Die Stichwahl in Jerichow.

Die Ortsgruppe des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angeestellten Magdeburg und Umgegend erläßt folgenden Aufruf:

Die liberalen Arbeiter und Angestellten fordern wir auf, sich Mann für Mann am 20. Februar an der Stichwahl zu beteiligen. Die unerhörte Kampfesweise der Konservativen und Antisemiten, das Verhalten dieser Parteien im 6. Wuppischen Landtagswahlkreis, die maßlosen Angriffe der Führer des Bundes der Landwirte im Jürhus Wusch in Berlin gegen den Liberalismus aller Schattierungen sowie endlich die gesamte politische Situation machen es den liberalen Arbeitern und Angestellten zur Pflicht, die Wahl des Konservativen mit allen Kräften zu verhindern. Keine Stimme der Reaktion!

Dagegen haben die Nationalliberalen, die schon bei der Hauptwahl größtenteils ins konservative Lager defertiert sind, die Parole für den Konservativen abgegeben. Das nennt auch die „Weber-Ztg.“, die selbst mehr national-liberal als fortschrittlich ist, politischen Selbstmord:

„Erhält aber die Rechte mit dem Zentrum den Zuwachs des Jerichower Mandats, so fehlt ihr nur noch ein einziger Sieg, um sie allmächtig zu machen. Daher jubeln ihre Organe über den Zentrumsieg in Offenburg, als ob es ihr eigener sei. Trägt sie auch noch in Jerichow die Palme davon, so trifft der Verlust die Nationalliberalen, denn sie sind es, die dann vom Jünglein der Wage wieder um einen Schritt, um den vorherigen, abgedrängt werden. Es sind nicht die Sozialdemokraten, denen die Konservativen das Mandat nicht gönnen wollen, es sind die Nationalliberalen, denen sie jede Mitsprache im Reichstag verweigern wollen. Mit dem Zentrum und den Kolen wollen sie den Reichstag weiterrufen, und daher wollen sie die Wahl der Nationalliberalen verringern. Die Nationalliberalen begehen Selbstmord, wenn sie in der Stichwahl in Jerichow konservativ wählen.“

Aber Selbstmord aus Furcht vor dem Leben, das paßt doch gerade für die Nationalliberalen. Um so mehr wird es zur Pflicht der fortschrittlichen Wähler, den Triumph der Reaktion zu verhindern.

Dieser Meinung ist auch die „Hilfe“, das Organ des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Naumann. Sie richtet folgenden Aufruf an die freisinnigen Wähler:

Was unsere Freunde in der Stichwahl zu tun haben, bedarf keiner besonderen Begründung: selbstverständlich muß jeder überzeugte Fortschrittler jetzt dem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Bei dem geringen Vorprung der Sozialdemokratie wäre Wahlenthaltung eine gefährliche Unterlassungsünde. Am selben Tage, an dem in Jerichow gewählt wurde, haben Konservative bei einer Landtagswahl in Lippe in der Stichwahl zwischen dem Fortschrittler Staerde und einem Sozialisten die große Mehrheit ihrer Stimmen dem Sozialdemokraten zugunsten vermocht. Staerde hat zwar trotzdem gesiegt. Aber die Lehre für Jerichow liegt auf der Hand: Was den Konservativen gegen ihre angeblichen politischen Grundsätze zur Verhinderung ihres Hasses recht ist, das wird doch wohl auch den Liberalen billig sein, die sich nur durch solches Verhalten die Möglichkeit einer Durchsetzung liberaler Grundsätze im Reichstage sichern können. Nachdem die Nationalliberalen in Offenburg geschlagen sind, ist die Mehrheit der Linken so knapp geworden, daß ein schwaches Zurückweichen der Liberalen vor den konservativen Drohungen verhängnisvoll werden könnte. Auf die elende Heuchelei der Konservativen gehört als Antwort ein festes, selbstbewusstes Bekenntnis zur Politik der deutschen Linken.

Die freisinnigen Wähler wissen jetzt, worum es sich handelt. Offenlich sind sie sich bei der Stimmabgabe dessen bewußt, was auf dem Spiele steht.

Eingeborenenschinderei in den deutschen Kolonien.

Am Mittwoch wurde in der Budgetkommission des Reichstags mit der Beratung des Etats für das Reichskolonialamt begonnen. Die Regierung hat eine Denkschrift über die Verwaltung der Kolonien bei den europäischen Staaten vorgelegt, um die in früheren Jahren geäußerten Vorwürfe über zu hohe Verwaltungsausgaben und zu große Beamtenzahl im Kolonialamt zu entkräften. Staatssekretär Dr. Solff referierte über den Inhalt der Denkschrift und präziserte seinen durch die letzte Kolonialreise und das Studium der englischen Kolonialverwaltung gewonnenen Standpunkt dahin: Das Kolonialamt zu entlasten, die Gouvernements zu stärken und das Schwergewicht der Verwaltung in die Kolonien zu legen. Von der Kommission wurde diese Entscheidung, soweit sie größere Selbstverwaltung einräumt, als ein Fortschritt begriffen; zugleich aber wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Hauptschwierigkeit in der Stellung des Reichstags zur Kolonialpolitik bedingt liegt, in der unerträglichen Halbheit unseres konstitutionellen Systems, das mit der englischen Freiheit und Selbstverwaltung nicht verglichen werden könne.

Eine Resolution der Nationalliberalen verlangt: falls seitens der Zentralverwaltung grundsätzliche oder wesentliche Abweichungen von den Etats der Schutzgebiete im Vorjahre

in Aussicht genommen werden, soll dies den Gouverneuren zunächst so frühzeitig zur Kenntnis gebracht werden, daß die Gouvernementsräte (Landestäte) noch vor den entscheidenden Verhandlungen im Reichstage dazu Stellung nehmen können. Eine zweite Resolution erlaubt den Reichslanzler, in Zukunft auch die Etats der Schutzgebiete in der von den Gouverneuren und Selbstverwaltungskörpern aufgestellten Form unter Beifügung der Verhandlungsprotokolle dem Reichstage vorzulegen. Beide Resolutionen wurden angenommen.

Die Frage des Verhältnisses zwischen Regierungs- und Kommandogewalt in den Kolonien wurde durch den Abg. Waldstein (Sp.) in die Debatte geworfen und vom Genossen Ledebour in dem Sinne erörtert, daß ein Dualismus nicht bestehen dürfe. Dr. Solz erklärte ausdrücklich, daß die oberste Gewalt in den Kolonien durch den Gouverneur verkörpert werde.

Lebhafte Klagen und Beschwerden über

Hausflawerei und Sklavenjagen

in den Kolonien wurden vom Abg. Rumm (Wirtsch. Vg.) an der Hand von Missionsberichten vorgetragen. Danach werden die Eingeborenen von Polizisten gefangen, gefesselt, nach den Plantagen geschleppt und zur Arbeit gezwungen, die ihre Gesundheit untergräbt und eine ungewöhnlich hohe Sterblichkeit bewirkt. Eine grauenerregende Verwüstung von Menschennatur, ohne jede Rücksicht auf das Familienleben und die Wirtschaft der Eingeborenen werde verübt; alle Gesetze der Menschlichkeit würden mit Füßen getreten. — Genosse Roste sprach seine Genugtuung darüber aus, daß das Material des Herrn Rumm die Berechtigung der selbst von sozialdemokratischer Seite erhobenen Klagen bestätige. Die Eingeborenen seien der Willkür und Profligier der Plantagenbesitzer schuldig preisgegeben. Wohl sei vom grünen Tisch aus durch Arbeitsordnungen das Los der Eingeborenen zu mildern versucht worden, die Regierung selbst aber lasse zwangsweise Arbeiter wie Viehherden zur Leistung von Staatarbeiten zusammenschleppen. Die Folge sei eine erschreckende Verminderung der Eingeborenen durch Fluß, Sterblichkeit und Degeneration. Ähnliche Scheine attestierten das Bestehen des Sklavenhandels unter den Augen und dem Schutz der Regierung. — Abg. Erzberger (Sp.) bestätigte, daß haarsträubende Zustände in den Kolonien bezüglich des Sklavenhandels beständen; ganze Dörfer und Siedlungen seien ausgehoben und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Der Bischof von Kamerun habe erklärt, daß die Zustände von Jahr zu Jahr furchtbarer geworden seien. Die Verordnungen der Regierung fänden weder bei Beamten noch Pflanzern Beachtung. Neben müsse hier nichts mehr. Wenn die Regierung nicht Remedur schaffe, werde er kein Geld für Kolonialzwecke mehr bewilligen können. Das Ausrottungssystem schreie zum Himmel und sei eine Schande für die deutsche Kolonialpolitik vor der ganzen Welt. — Genosse Ledebour hob nochmals scharf hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion stets darauf hingewiesen habe, es werde zu einer solchen Vernichtung der Eingeborenen kommen, wie sie jetzt auch von drei bürgerlichen Parteien konstatiert worden sei. Wenn das Zentrum endlich einmal standhaft bleiben würde, könnte diesen schrecklichen Zuständen in den Kolonien ein radikales Ende gemacht werden. Dazu reichten allerdings Resolutionen nicht aus. Es müßte da schon zur Verweigerung der Mittel für die Kolonialverwaltung geschritten werden. — Der Staatssekretär Dr. Solz bemerkte, die Kolonialverwaltung habe in der hier zur Verhandlung stehenden Frage dieselbe Auffassung, wie sie von den verschiedenen Rednern vorgetragen worden sei. Er habe Erlasse an die Gouverneure geschickt, in denen er sich scharf gegen den Arbeitszwang der Schwarzen gewandt habe. Die Gouverneure seien angewiesen, Arbeitszwang unter allen Umständen zu verhindern. Es sei ihm zwar nicht amtlich, aber auf andere Weise bekannt geworden, daß in Ostafrika Arbeitszwang vorgekommen sei und er habe eine strenge Untersuchung darüber eingeleitet. Der Erwerbssinn verschiedener Weiber sollidiers eben immer noch mit dem Humanitätsstadium der Verwaltung.

Die Zubernkommission des Reichstags.

Die am 26. Januar vom Reichstagsplenium beschlossene Kommission zur Beratung der Anträge, die die Regelung der militärischen Nachbefugnisse sowie Einschränkung oder Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit betreffen, ist endlich zu ihrer ersten Sitzung am Mittwoch zusammengetreten. Der Vorsitzende der Kommission, der national-liberale Abg. Beck, hat die Kommission nicht eher einberufen, weil bei den Besprechungen mit der Regierung über die Frage, ob sie Vertreter in die Kommission entsenden werde, keine Klarheit bestand. Die Regierung hat sich schließlich dem Druck der Reichstags-Buch-Reute gefügt: kein Vertreter des Kriegsministeriums ist in der Kommission antwesend; nur der Direktor im Reichsjustizamt Delbrück ist, gewissermaßen als Wachposten, in die Kommission entsandt.

Die Sitzung begann mit einer ausführlichen Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Fehrenbach (Sp.) stellte folgenden Antrag: „Den Herrn Reichslanzler zu ersuchen, der Kommission das Material vorlegen zu lassen, aus welchem die für die einzelnen Bundesstaaten zurzeit geltenden Gesetze und Vorschriften über das Eingreifen der militärischen Gewalt zu polizeilichen Zwecken ersicht werden können, und weiter mitzuteilen, welche Schritte seitens der Reichsregierung zur Herbeiführung einheitlicher Vorschriften geschehen sind und zu welchem Ergebnis dieselben geführt haben.“

Abg. Westarp (L.) erklärt, er schließe sich dem Ersuchen um Auskunfterteilung nicht an, da die militärische Kommandogewalt allein über diese Angelegenheiten zu entscheiden habe. — Abg. Frank (Sp.) wendet sich unter Hinweis auf die Bestimmungen der Reichsverfassung gegen diese Auffassung, die das Recht des Reichstags völlig verkennet. Er hält die Materialbeschaffung wohl für wünschenswert, vorausgesetzt, daß dadurch keine Verschleppung der Beratungen beabsichtigt wird. — Abg. Müller-Reinigen (Sp.): Materialbeschaffung sei eigentlich nicht erforderlich. Es müsse sogleich die Frage entschieden werden, ob der Waffengebrauch des Militärs durch die Gesetzgebung einheitlich im Reich oder durch bloße militärische Dienstausweisung geregelt werden soll. Es sei bezeichnend, daß kein Vertreter der Heeresverwaltung antwesend ist. — Abg. Liebknecht (Sp.) wendet sich ebenfalls gegen jede Verschleppung. — Abg. Fehrenbach (Sp.) betont, daß seine Partei in erster Linie für parlamentarische Regelung ist; erst wenn diese nicht einträte, komme ein Reichsgesetz in Frage.

Direktor des Reichsjustizamt Delbrück teilt mit, daß er im Auftrage des Reichslanzlers antwesend sei, und er gibt folgende Erklärung ab:

„Ich bezweifle nicht, daß der Reichslanzler bereit sein wird, wegen der Beschaffung des gewünschten Materials sich mit den Bundesregierungen alsbald in Verbindung zu setzen und das beschaffte Material der Kommission vorzulegen. Was die vom Herrn Reichslanzler am 26. Januar in Aussicht gestellte Revision

der Instruktionen von 1890 anlangt, so ist sie alsbald in Angriff genommen und wird binnen kurzem abgeschlossen sein. Ueber die Herstellung einer sachlichen Uebereinstimmung mit den entsprechenden Instruktionen der außerpreussischen Kontingente finden Besprechungen statt.“

Abg. v. Liszt (Sp.): Die Dienstvorschrift von 1890 selbst ist durch den Kriegsminister gegengezeichnet, womit bewiesen ist, daß es sich nicht um einen Ausfluß der Kommandogewalt handelt. Das Reichsjustizamt hat ein Gutachten über diese Fragen an den Reichslanzler erstattet; eine langwierige Materialbeschaffung würde nur Verschleppungsabsichten dienen. — Abg. Liebknecht wünscht, daß für die Materialbeschaffung höchstens eine Woche Zeit gegeben werden soll. — Abg. Müller-Reinigen: Wenn die Regierung sachlich mit der Kommission arbeiten wollte, so hätte sie längst das Material zusammengestellt; sie schiebt aber nicht einmal einen militärischen Vertreter her. — Abg. Beck als Vorsitzender erklärt, er sei zunächst des Glaubens gewesen, daß auch das Kriegsministerium vertreten sein werde. Das habe sich zuletzt geändert. (Auf Oldenburgs Geheiß! D. Red.) — Abg. Fehrenbach (Sp.): Bis etwa Mitte März könne man sich vielleicht gedulden, ob die Regierung eine befriedigende Regelung schafft.

Nach weiterer Debatte gibt Direktor Delbrück folgende wichtige Erklärung ab:

„Der von den Herren Abgeordneten Abg. und Genossen vorgeschlagene, der Kommission zur Beratung überwiesene Gesetzentwurf beschränkt sich nicht auf das nach Artikel 4 Nr. 14 der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung unterliegende Gebiet des Militärs, sondern greift, insofern er die Grenzen der Militär- und Polizeigewalt näher umschreiben will, in Rechtsgebiete über, die der Zuständigkeit des Reiches entzogen sind. Seine Verabschiedung würde nur im Wege einer Veränderung der Reichsverfassung, also nur unter Beachtung der besonderen Form des Artikel 78 der Reichsverfassung erfolgen können. Die Zustimmung der Verbündeten Regierungen zu einer solchen Verfassungänderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.“

Gemäß der Stellung, die die Verbündeten Regierungen bei Initiativanträgen stets einnehmen, werden sie sich an den Beratungen sachlich nicht weiter beteiligen. Der Herr Reichslanzler wird aber das Reichsjustizamt beauftragen, zu den Kommissionsberatungen Vertreter zu entsenden, damit erforderlichenfalls über die rechtlichen Verhältnisse Auskunft erteilt werden kann.“

Hierauf erklärten verschiedene Mitglieder der Kommission: durch diese Aeußerung der Regierung seien alle ihre Befürchtungen bestätigt. Die Regierung übe passive Resistenz gegen die Arbeiten der Kommission. Es müsse ohne Verzug in die Beratung des Antrages eingetreten werden, damit der Reichstag wenigstens seinen Standpunkt wahren. Der Vorsitzende bemüht sich, die Haltung der Regierung in milderem Lichte erscheinen zu lassen, die Regierung wolle nicht brüskieren, sie habe nur eine andere Auffassung. Das Zentrum wünscht, daß zunächst den Fraktionen Zeit gegeben wird, sich über die veränderte Sachlage zu beraten. Die Kommission beschließt, die Beratung abzubrechen und die nächste Sitzung am 26. Februar abzuhalten. Der Antrag Fehrenbach auf Materialbeschaffung usw. durch die Regierung wird gegen die konservativen Stimmen angenommen.

Der Verlauf der Sitzung zeigt, daß die Regierung, dem Druck der konservativen Fraktionen folgend, an einer reichsgerichtlichen Regelung der militärischen Nachbefugnisse überhaupt nicht mitwirken will. Es wäre die Aufgabe der Kommission und soeben des Reichstages selbst, gleichwohl durch Ausarbeitung eines Reichsgesetzes den Weg zu zeigen, wie sowohl den einschläglichen Sonderbestimmungen, als vor allem auch den Willkürlichkeiten der Kommandogewalt ein Ende zu bereiten ist. Die Stellungnahme der Nationalliberalen und des Zentrums läßt allerdings keine Hoffnung zu, daß dieser allein richtige Weg beschritten wird.

Die „Lösung“ der schwedischen Ministerkrise.

Stockholm, 17. Februar. (Eig. Ber.)

Das nunmehr zustandgekommene Ministerium Hammarström ist, was von ihm schon erwartet wurde, ein Kampfinstitut, das gegen die Mehrheit des Reichstages eingesetzt wird mit der Aufgabe, diese Mehrheit zu zerprengen. Auch daran ist kein Zweifel mehr, daß es sich um ein konservatives Ministerium handelt, das nur deshalb nicht den offiziellen Parteistempel trägt, weil die konservative Partei nicht als die Partei des persönlichen Regiments den Wählern gegenübertritt.

Ueber die Person des Ministerpräsidenten Hammarström haben wir bereits berichtet. Er ist ein vollendeter Bureaucrat der alten Schule und bezeichnet sich selbst als Reaktionär. Die von ihm ausgesuchten Mitarbeiter zur Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes sind alle dem gleichen Holze entsprossen. Es ist eine Verbrüderung des reaktionären und servilen Bureaucratenelements mit den führenden Geistern der großkapitalistischen Bourgeoisie. Der Minister des Äußeren, Herr Wallenberg, ist der erfolgreichste Bankfachmann Schwedens, der die Hauptverbindung mit der ausländischen Finanzwelt seit langem unterhält. Er ist ein entschiedener Gegner der organisierten Arbeiterklasse und wird diesem Kabinett der Reaktion neben dem Herrn von Sydow in Arbeiterfragen den Stempel aufdrücken. Herr v. Sydow ist Minister des Innern geworden; er gehörte seinerzeit zum konservativen Ministerium Lindman als „Minister ohne Portefeuille“, d. h. er war sozusagen Unterstaatssekretär, die rechte Hand des damaligen Ministers des Innern. Man erinnert sich noch sehr genau in schwedischen Arbeiterkreisen, wie wunderbar die Drähte zwischen der Direktion des Schwedischen Arbeitgebervereins und dem Ministerium des Innern im Jahre 1909 funktionierten, als jene Direktion die schwedischen Arbeiter auszuheuern suchte. Der Direktor des schwedischen Arbeitgebervereins ist nämlich der Bruder dieses Herrn v. Sydow, der „Expeditionschef“ im Ministerium des Innern und jetzt im Kampfinstitut des Königs gegen das Volk Minister des Innern geworden ist.

Diese drei, Hammarström, der servile Bureaucrat und Vorstandsmittglied des Bankunternehmens, dessen Direktor Herr Wallenberg, der Minister des Äußeren ist, und der Herr v. Sydow, bezeichnen allein den Charakter dieses Kabinetts. Dazu kommen noch Dan. Broström, der größte Schiffsreederei Schwedens, und ein Textilindustrieller, der Finanzminister Wennersten, die zum Charakteristikum des Ministeriums gehören. Von den weiteren Mitgliedern kann man absehen.

Dieses Ministerium entspricht aber vollständig den Auffassungen am Hofe. Denn die konservative Bureaucratie, deren Spitze der König ist, und die Großbourgeoisie, die von Wallenberg, Broström und Wennersten vertreten wird, sind

sich in ihrem Hass gegen die Richtung Staaff-Branting in der schwedischen Politik durchaus einig. Das Zusammenwirken der Liberalen und Sozialdemokraten in gewissen Fragen im Reichstage war dem Hof sowohl als den konservativen Bureaucraten und der Großbourgeoisie gleich zuwider. Und der Gegenjah zwischen der reaktionären Auffassung der Hofkamarilla und der bisherigen Parlamentsmehrheit des Herrn Staaff konnte nicht besser demonstriert werden, als durch das Kabinett Hammarström.

Und dieses Kabinett glaubt noch regierungsfähig zu sein. Es will gar in wenigen Wochen eine Militärvorlage einbringen und dann, wenn diese nicht bewilligt wird, auflösen. Es will also Dumme fangen.

Aber die Kalkulation ist sicher verkehrt, Herr Wallenberg. Es ist nicht so wie beim Börsenspiel!

Die Regierungserklärung.

Stockholm, 18. Februar. Vor gut besetztem Hause gab heute die neue Regierung in beiden Kammern des Reichstages eine Erklärung über ihre Politik ab. Die Erklärung wurde in der Ersten Kammer vom Minister des Äußeren Wallenberg und in der Zweiten Kammer vom Ministerpräsidenten Hammarström abgegeben. Nach einer Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Ministerkrise fährt die Erklärung aus, der Konflikt, der zwischen dem König und seinen früheren Ratgebern entstanden sei, sei nach Ansicht der Regierung nicht bezant, daß die Lösung der Verteidigungsfrage bedwegen verschoben werden müßte. Die Regierung wolle aus diesen Gründen dem Könige vorschlagen, daß die Vorlage für eine neue Verteidigungsordnung erst dann dem Reichstage vorgelegt werde, wenn die Wähler durch die Auflösung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihre Stimme abzugeben. Die Absicht der Regierung sei, die Anhänger der Verteidigungsvorlagen aus den verschiedenen Parteien heraus zu vereinen, um diese große Frage unter Berücksichtigung der Meinungsverschiedenheiten in anderen Punkten, die bei der gewöhnlichen Wahl im Herbst zu ihrem Rechte kommen könnten, zu lösen. Der Zeitpunkt für die Auflösung werde bestmöglichst bestimmt werden und kurz darauf werde der Hauptinhalt der Verteidigungsreform von der Regierung veröffentlicht werden. Diese Reform werde darauf Rücksicht nehmen, daß die Mittel, die für die Verteidigung notwendig seien, gerecht durch eine Wehrsteuer oder auf andere Art aufgebracht würden, und zwar unter Rücksichtnahme auf die wirkliche Steuerfähigkeit. Die Regierung halte eine gute Lösung der Verteidigungsfrage für vereinbar mit einer kräftigen Entwicklung der sozialen Reformarbeit. Im Zusammenhang mit den Reformen der Wehrkraft stehe nach Meinung der Regierung eine Reform des Militärstrafgesetzes. In Fragen, die nicht mit der Verteidigungsfrage in Zusammenhang ständen, wolle die Regierung Zurückhaltung beobachten. Endlich betont die Erklärung, daß die militärische Stärkung Schwedens ausschließlich zum Zwecke der Verteidigung des Landes erfolgen solle unter Berücksichtigung des Grundgesetzes der neutralen Stellung des Landes.

Eine Kundgebung der Universitäten.

Stockholm, 18. Februar. Eine Deputation der Universitäten Upsala, Lund, Goetheborg und Stockholm überreichte heute dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Staaff eine Adresse, die von 1900 Akademikern unterzeichnet war. Der Wortführer der Deputation, Professor Löfdedt aus Lund, erklärte, die Kundgebung bedeute, daß man die Arbeit der zurückgetretenen Regierung nicht als abgeschlossen, sondern nur als durch ein Intermezzo unterbrochen ansehe.

Politische Uebersicht.

Das Ende der Justizdebatte.

Die Frau Hamn, die in der letzten Zeit so oft genannt worden ist, ist seit sechs Jahren in Zuchthaus zu Siegburg und erst in acht Jahren wird sie die Strafe verbüßt haben, zu der sie sicherlich unschuldig verurteilt worden ist. Morgen wird der Reichstag darüber verhandeln, nachdem heute der Staatssekretär erklärt hat, daß er an der Beratung nicht teilnehmen werde, weil es sich wegen der beantragten Wiederaufnahme um ein schwebendes Verfahren handle.

Im übrigen ist die Generaldebatte heute zu Ende geführt worden. Von den Nationalliberalen sprach Herr List, der besonders für den sechsten Reichsanwalt plädierte und die freie Advokatur verteidigte. Seine Bemerkung über einen in Amberg vorgekommenen Fall von unzulässiger Erforschung der Borkrafen eines Zeugen veranlaßte den bayerischen Staatsrat von Treutler zu einer kurzen Entgegnung.

Herr Dr. Dertel sprach mit besonderem Nachdruck von dem notwendigen Schutz der persönlichen Ehre und — selbstgefälliger als verständnisvoll — von den angeblichen Ausschreitungen der freien Kunst. Der konservative Humorist fand dabei nicht viel Gelegenheit zu seinen oft wenig geschmackvollen Witzen. Was er an künstlerischem Meinen und Glauben vorgebracht hatte, wurde vom folgenden Redner, dem Fortschrittler Dr. Müller-Reinigen, sehr geschickt widerlegt. Der fortschrittliche Redner zeigte unter Hinweis auf die praktischen Beispiele einer reichen Sammlung, die auf dem Tisch des Hauses ausgebreitet war und von vielen Abgeordneten bewundert wurde, wie unerhört das Vorgehen der Polizei und die Rechtsprechung namentlich der 12. Berliner Strafkammer ist, eine Rechtsprechung, die in ihrer Maßlosigkeit vom Reichsgericht erfreulicherweise korrigiert worden ist.

Nach dem Staatssekretär, der von allerhand Schwierigkeiten sprach, denen der Kampf gegen den Schmutz im Bilde begegne, kam der dritte sozialdemokratische Redner, Genosse Heinz, zu Wort. Unter Redner zeigte zunächst, wie gefährlich die von Dr. Dertel erhobene Forderung nach dem erhöhten Schutz der persönlichen Ehre sei. Wie unverständlich die Judikatur des Reichsgerichts auf diesem Gebiete ist, betonen Fälle, wie das Urteil im Kölner Polizeiprozess. Neufferst wirkungsvoll polemisierte Heinz, der gleichfalls eine reiche Sammlung ausgestellt hatte, gegen die Gegner der Freiheit der Kunst, deren Argumente gelegentlich auch im politischen Kampf Verwendung finden könnten.

Herr Dr. Gerlach vom Zentrum verlas eine Rede über die Ironie, die das Sagenwort sagte von dem, was Herr Dr. Belzer so stark unterstrichen hatte. Mit gutem Humor meinte Herr Dr. Dove von der fortschrittlichen Volkspartei, daß diese Auseinandersetzung innerhalb der Zentrumsfraktion am Plage gewesen wäre.

In einigen kurzen Bemerkungen wandte sich Genosse Sachse gegen die Angriffe des Herrn Meriin. Nach Erledigung des Falles Hamn wird morgen der Marinestatrat zur Beratung gelangen.

Unstittliches aus dem Dreiklassenparlament.

Das Junkerparlament machte am Mittwoch stark in Unstittlichkeit. Der erste Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch Beschwerden über die Unstittlichkeit der Landräte, unbeschränkt um den klaren Wortlaut der Gesetze bei ihren Maßnahmen sich von Erwägungen parteipolitischen Art leiten zu lassen und die ihnen politisch unbedeutenden Klassen der Bevölkerung zu schikanieren. Was der Fortschrittler Wendt und besonders unser Genosse Leinert zu diesem Kapitel zu sagen hatten, bedeutet eine schwere Anklage gegen den preussischen Landrat. Der Minister des Innern äußerte sich hierzu nicht. Entweder ist Herr von Dallwitz von der Wahrheit der gegen seine Beamten gerichteten Vorwürfe überzeugt oder aber er hält es für überflüssig, in der Landratskammer auch nur ein Wort zur Verteidigung des landräulichen Regiments zu sagen. In beiden Fällen müssen wir ihm den Vorwurf großer Pflichtverletzung machen und ihm die Schuld daran geben, wenn auch in Zukunft kein Wandel eintritt.

Im zweiten Teil zog man gegen die Unstittlichkeit in Wort und Schrift zu Felde, oder besser gesagt gegen das, was die Mehrheit unter Unstittlichkeit versteht. Wir sind die letzten, die den Kampf gegen die Unstittlichkeit für überflüssig halten. Gerade die Sozialdemokratie hat durch die Tat bewiesen, wie energisch sie diesem Uebel zu steuern bestrebt ist. Aber wenn man glaubt, daß polizeiliche Maßnahmen hierfür geeignet sind, dann wird man sich bald davon überzeugen müssen, daß das ein untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln ist. Der Unstittlichkeit in Wort und Schrift kann man nur durch Aufklärung und Belehrung der Bevölkerung, durch den Ertrag der Schulbildung durch gute Schriften begegnen. Aber man hüte sich, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wie es die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beabsichtigt. Schon die Tatsache, daß als Beispiel von Schulbildung, durch die die Jugend vergiftet wird, einige Nummern des „Simplicissimus“ auf dem Tisch des Hauses ausgelegt waren, zeigt, wessen sich das Volk von dem Junkerparlament zu gewärtigen hat. Es handelt sich letzten Endes nicht mehr um die Bekämpfung wirklich unmäßiger, das ganze Volk verderbender, sondern um die Bekämpfung von politischen und satirischen Schriften, die den herrschenden Klassen nicht genehm sind.

Der Debatte lag ein von den beiden konservativen Parteien, dem Zentrum und den Nationalliberalen eingebrachter Antrag zu Grunde, der im großen ganzen die Unterdrückung der Animierkneipen und ähnlicher Lokale, die Vorlegung eines Kinematographengesetzes und schärfere Anwendung der Bestimmungen über die Polizeistunde verlangt. Im Vergleich zu dem verständnislosen Zeug, das die Antragsteller zutage förderten, berührte es beinahe angenehm, Herrn v. Dallwitz sich dagegen wenden zu hören, daß durch polizeiliche Maßnahmen allein die Unstittlichkeit aus der Welt geschafft werden könne. Ganz freilich will auch Herr v. Dallwitz auf die Mithilfe der Polizei nicht verzichten. Wozu wäre er sonst Polizeiminister? Einer Verklärung der Polizeistunde steht er durchaus wohlwollend gegenüber, einen Rückgang des Animierkneipen erwartet er von der Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Reichstag demnächst unterbreitet werden soll und die den Einzelstaaten mehr als bisher eine Kontrolle bei Zulassung von weiblichem Bedienungspersonal im Interesse der Gesundheit, des Anstandes und der guten Sitten einräumen will. Weiter ist, wie er mitteilte, auch der Entwurf eines Kinematographensteuergesetzes für das Reich fertiggestellt, wonach die Erteilung der Konzession nur im Bedarfsfalle erfolgen soll.

Auf die sozialen Ursachen der Unstittlichkeit ging von den Rednern der bürgerlichen Parteien — die Sozialdemokraten sind bisher noch nicht zu Worte gekommen — einzig und allein der Fortschrittler Ranzow ein.

Donnerstag: Fortsetzung.

Aufbesserung der preussischen Beamtengehälter.

Endlich hat sich die Regierung veranlaßt gefühlt, dem Abgeordnetenhause eine Novelle zum Beamtengesetz vorzulegen. Danach sollen die Gehälter der Unterbeamten der Klassen 1—4 um 100 M. im Anfang und Endgehalt aufgebessert werden. Auch für die Beamten der Klasse 55, die die Waldwärter und Oberwärter und Oberwärterinnen bei den Jernabteilungen der Universitätskliniken umfaßt, ist die gleiche Gehaltsaufbesserung um 100 M. vorgesehen. Endlich soll das Gehalt der Beamten der Klassen 13, 14 und 15 erhöht werden. Für die unteren Beamtenklassen hat die Sozialdemokratie bereits vor fünf Jahren eine derartige Gehaltsaufbesserung als unbedingt notwendig bezeichnet. Nachdem inzwischen die Lebensmittelpreise abermals so gewaltig gestiegen sind, kann die jetzt erfolgende Gehaltsaufbesserung um 100 M. als eine ausserordentliche nicht mehr betrachtet werden, wie ja auch die viel weitergehenden Forderungen der Beamten beweisen.

Verführter Fasching.

Die gute „Arenz-Zeitung“, die sonst um ein gutes Schod Jahre hinter ihrer Zeit zurück ist, hat sich zur Abwechslung einmal um eine Woche im Kalender geirrt. Sie hat ihren Lesern acht Tage zu früh eine Faschingsnummer vorgesetzt.

In einem Leitartikel nämlich, betitelt „Die Würde des Parlaments“. Drei Wünsche nennt sie da, inhaltschwer, die mit einem Schläge Parlament und Regierung von den roten Vollsbergern befreien sollen. Drei Wünsche, die, wären sie am Faschingsdienstag erschienen, selbst die geistig schwerfälligen Lesern eines Agrarierorgans als Ausgeburt der larnedalkistischer Laune erschienen wären.

Der erste Wunsch lautet: Das Parlament, namentlich das Junkerparlament, sollen aus ihrer Mitte ein Ehrengericht oder eine Standeskammer bilden, um rüddige Elemente aus dem Hause auszuschließen. Natürlich nicht Personen, wie den alten ehrlichen Jodly, der der Sozialdemokratie gegenüber als von Einbrechern, von Diebstahl und Stehlern und von blödsinnigen Hämeln spricht, sondern Sozialdemokraten, die solchen Individuen gebührend die Wahrheit sagen.

Der zweite Wunsch: Die Regierung soll fortan alle sozialdemokratischen Interpellationen, Beschwerden und Anfragen unbeanwortet lassen!

Dritter Wunsch: Die Regierung soll alle Anschläge auf Leben und Gesundheit der Sozialdemokratie derartig in die Pfanne hauen, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihr nimmt!

Man muß schon sagen, daß das ganz famos ausgeht. Ist Idee sollte patentiert werden! Oder sollte das führende konservative Blatt einem Wigbold aufgefressen sein?!

Waschen die Anwaltsangestellten geschlichen Schmutz?

Die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Visco in der Reichstagsitzung vom 17. Februar, daß sich eine gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse der Anwaltsangestellten erübrigen würde, wenn die inzwischen eingeleiteten Tarifverhandlungen zum Ziele führen sollten, ist geeignet, den schärfsten Widerspruch der Angestellten hervorzurufen.

Selbst wenn die Tarifverhandlungen zu einem Tarifabkommen führen, so kann ein solches unmöglich gesetzliche Schutzbestimmungen ersetzen. Derartige Tarifvereinbarungen stehen so lange auf dem Papier, als nicht hinter den Abmachungen Organisationen stehen, die die Macht und die Mittel haben, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der an den Verhandlungen beteiligte Bureauangestelltenverband ist aber, insbesondere in der Provinz, noch nicht so erstickt, daß er Vereinbarungen durch Zwangsmittel durchzusetzen imstande ist. Der Vorsitzende des Ausschusses des Anwaltsvereins, mit dem die Verhandlungen geführt werden, Geheimrat Jacobson, hat schon jetzt schriftlich erklärt, daß der Anwaltsverein gar nicht die Möglichkeit habe, einen Druck auf seine Mitglieder wegen Durchführung des Tarifs auszuüben. Eine rechtliche Bindung an etwaige Tarifabmachungen kann demnach nicht eintreten.

Die Erklärung des Regierungsvertreters bedeutet also eine geradezu sträfliche Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse. Vom Parteistandpunkt könnte man damit zufrieden sein, daß die jahrzehntelangen Bemühungen der Angestellten auf gesetzliche Regelung, wenigstens auf gesetzliche Gleichstellung der Anwaltsangestellten mit den Handlungsgehilfen und gewerblichen Arbeitern wiederum als geachtet zu betrachten sind und die Angestellten auf dem Weg der Selbsthilfe und Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, auch der Arbeitsniederlegung, gedrängt werden. Die Erklärung des Regierungsvertreters bringt auch dem indifferenteften Angestellten die Notwendigkeit des Klassenkampfes zum Bewußtsein. Wie gesagt, der Sozialdemokratie könnte das recht sein, wenn nicht die Berufsverhältnisse der Anwaltsangestellten so überaus traurige wären. Das Schreibereuland ist ja geradezu sprichwörtlich.

Hoffentlich zwingt der Reichstag die Regierung zu einer anderen Stellungnahme.

Informer Wahlrechtsraub!

Ein geradezu ungeheurer Versuch, die Wahlfreiheit eines Teiles der Wähler zu beseitigen, ist am Mittwoch in der Wahlprüfungskommission aufgedeckt worden. Es handelte sich um die Wahl des konfessionellen Abg. Hoesch, der den Wahlkreis Osterburg-Stendal im Reichstage vertritt. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Hoesch 10 512, Fuhrmann (altnatl.) 8621, Weins (Soz.) 7434. In der Stichwahl siegte dann Hoesch mit 13 288 Stimmen gegen Fuhrmann, der es auf 10 995 Stimmen brachte. Gegen diese Wahl ist sowohl von sozialdemokratischer, wie auch von national-liberaler Seite Protest eingelegt worden. Der sozialdemokratische Protest rügt, daß die Königl. Eisenbahndirektion Hannover in den Eisenbahnwerkstätten kein Plakat anhängen ließ, auf dem für den Versuch sozialdemokratischer oder anderer ordnungsfeindlicher Versammlungen die Dienstentlassung angedroht war. Dieser skandalöse Versuch, die Wahlfreiheit zu beseitigen, wurde von den Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen scharf bekämpft. In diesem Falle liege amtliche Wahlbeeinflussung in der krassensten Form vor. Den Behörden müsse gezeigt werden, daß sie kein Recht haben, die Wahlfreiheit mit Füßen zu treten. Abg. Stücken (Soz.) beantragte schließlich, die Wahl wegen amtlicher Wahlbeeinflussung sofort zu kassieren. Dieser Antrag wurde mit acht gegen sechs Stimmen abgelehnt. Die Vertreter des Zentrums billigten es, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnverwaltung entrechtet werden.

Der nationalliberale Protest stützte sich darauf, daß ein konservativer Wahlspruch von einer großen Anzahl Amtsvorsteher unter Hervorhebung ihres Amtes unterschrieben worden ist. Die Kommission erklärte darin eine amtliche Wahlbeeinflussung. Das ziffermäßige Resultat soll erst noch festgestellt werden.

Die Stichwahl in Offenburg-Rchl.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis wurden bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Baden 7 (Offenburg-Rchl) am 14. d. M. von 27 368 Wahlberechtigten 18 186 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Professor Dr. Josef Wirth-Freiburg (Zentr.) 13 135 Stimmen und auf Kaufmann Leopold Kölsch-Karlruhe (natl.) 13 053 Stimmen. Dr. Wirth ist somit gewählt.

Ein mildes Kriegsgerichtsurteil.

Thorn, den 18. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der seltene Fall, daß sich ein Hauptmann wegen Gehorsamsverweigerung und Ächtungsverletzung zu verantworten hatte, stand heute vor dem Kriegsgericht der 35. Division zur Verhandlung. Angeklagt war der Hauptmann Seher von der zweiten Batterie des 81. Feldartillerieregiments wegen Gehorsamsverweigerung und Ächtungsverletzung seinem Major gegenüber. Dieser war bis vor kurzem gleichfalls Hauptmann im selben Regiment. Das Gericht erkannte auf 14 Tage Stubenarrest. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dies wurde damit begründet, daß die militärischen Interessen gefährdet werden könnten und auch der Sachverhalt beim nichtmilitärischen Publikum nicht das nötige Verständnis finden würde.

Frankreich.

Die Erkrankungen in der Armee.

Paris, 18. Februar. Die „Humanité“ veröffentlicht eine am 15. August vorigen Jahres von der Sanitätsabteilung des Kriegsministeriums an den Generalstab gerichtete Note, in der erklärt wird, daß die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle in der französischen Armee weitaus größer sei als in der deutschen und vielleicht sogar größer als in allen Armeen der Welt.

Wenig Dienstfreudigkeit.

Paris, 18. Februar. Auf eine schriftliche Anfrage des radikalen Deputierten Louis Martin erteilte heute der Kriegsminister Rouleux im Amtsblatt die Antwort, daß zu Ende des Vorjahres die Zahl der Deserteure 15 065 und die Zahl derjenigen, die sich ihrer Gestellungspflicht entzogen haben, 53 873 betrug.

Belgien.

Annahme des Schulgesetzes.

Brüssel, 18. Februar. (W. L. B.) Die Kammer hat in zweiter Lesung das Schulgesetz mit hundert Stimmen bei zwei Enthaltungen der christlichen Demokraten angenommen. Die liberale und die sozialistische Fraktion gaben vor der Gesamtstimmung scharfe Erklärungen gegen die Tendenz des Gesetzes ab und verließen den Sitzungssaal, so daß sie an der Abstimmung nicht teilnahmen. Die Mehrheit nahm das Ergebnis der Abstimmung mit großem Beifall auf.

Japan.

Die Vesteckungssaffäre.

Tokio, 18. Februar. Die Untersuchung der Vesteckungen in der Marine wird nach allen Richtungen nachdrücklich durchgeführt. Zahlreiche Zeugen, darunter hohe Offiziere, werden verhört. Dem Vernehmen nach wird die Untersuchung auch auf eine Anzahl Kontrakte ausgedehnt werden, die in Verbindung mit Marineangelegenheiten stehen. Admiral Fuji und Kapitän Soma sind bis zum Urteil des Kriegsgerichts ihrer Posten entbunden.

Einen wesentlichen Punkt in der Untersuchung der Korruptionsaffäre bilden die Bauverträge der drahtlosen Station Funabashi, welche die Siemens-Schuckert-Werke bei einer Forderung

von 75 000 Pfund Sterling erhielten, abgleich eine britische Firma nur 70 000 gefordert hatte.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, ist in dem Belastungsmaterial gegen Admiral Fuji auch der Name einer hervorragenden britischen Schiffbaufirma erwähnt worden. Mitglieder der Opposition schlagen aus der Angelegenheit Kapital. Dem Thron wird eine Adresse überreicht, in welcher die Regierung und besonders der Ministerpräsident und der Marineminister gelobt werden. Dem Vernehmen nach erfreuen sich diese Minister nach wie vor des kaiserlichen Vertrauens.

Aus der Partei.

Universitäts-Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

Vor sieben Jahren, so berichtet H. W. Laidler im „Labour Leader“, machte Jack London, der erste Vorsitzende der Akademischen Sozialistischen Vereinigung den Studenten zum Vorwurf, daß sie schloßen inmitten der furchtbaren Katastrophe der Armut, schloßen inmitten der größten Revolution, die je die Welt gesehen hat. Damals wurde die Vereinigung gegründet, um verständnisvolles Interesse am Sozialismus unter studierenden Männern und Frauen zu fördern. Seitdem hat sich ein mächtiger Fortschritt vollzogen. In den letzten Jahren wurden hunderte Vorträge über Sozialismus und verwandte Fragen vor akademischen Zuhörern gehalten, zehntausende Flugblätter verbreitet und eine Menge Studienkreise an den großen Universitäten eingerichtet. 60 bis 70 an Hochschulen und 14 in Großstädten bestehende Vereinigungen veranstalten Kurse im Anschluß an sozialistische Werke und öffentliche Versammlungen mit Vorträgen hervorragender Sozialisten.

An der Yale-Universität in Connecticut z. B. gelang es vor einigen Jahren kaum, eine Handvoll Teilnehmer zu sammeln. In letzten Jahre aber waren die größten Studentenversammlungen die von der Gruppe einberufenen, ihr Einfluß der größte Antriebs seit vielen Jahren. Diskussionen mit Segnern wurden mit großem Erfolge veranstaltet. So diskutierte zuletzt Gen. English Walling, ein Vorstandsmitglied der Vereinigung, über das Thema: „Soziale Reform gegen Sozialismus“ mit Professor H. C. Emery, dem früheren Vorsitzenden der Sozialistikkommission der Vereinigten Staaten, jetzt Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung dieser hochberühmten Universität. Die große Halle war überfüllt und Hunderte mußten umkehren. An der Universität von Michigan berief vor mehreren Jahren der Gouverneur dieses Staates eine besondere Session des Landtags ein. Er wies dabei auf die wachsende soziale Unzufriedenheit hin, die sich darin befand, daß an der Universität ein sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaft eine höhere Stimmzahl erhalten habe als der damalige Unionspräsident Taft. — In Kenhorst zählt die Gruppe nahezu 350 Mitglieder. Dort bestehen besondere Komitees für Forschung, Unterricht, Gesetzes- und Presseangelegenheiten.

In Kenhorst (105 W., 40th Street) hat die Zentrale ihren Sitz. Vorsitzender ist J. A. Phelps Stokes. Unter den Vorstandsmitgliedern (zusammen 20, davon 7 weibliche) findet man die Namen von Florence Kelley, Morris Hillquit, Upton Sinclair. Dort wird die Vierteljahrsschrift „The Intercollegiate Socialist“ herausgegeben. Weiter ist die Niederung in Bezirksorganisationen im Gange: eine Notwendigkeit in dem riesigen Lande mit 1300 bis 1400 Hochschulen und 20 000 Studierenden. — Die Vereinigung sieht ihre Hauptaufgabe in der Förderung der sozialistischen Studien, nicht in politischer Propaganda. Sie nimmt daher Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit auf, so daß die Sozialisten nur etwa die Hälfte der Mitgliedschaft bilden. In den Studienkreisen ist ihr Anteil größer, und die leitenden Personen sind größtenteils Sozialisten. Auf der fünften Jahresversammlung wurde mit großer Begeisterung beschlossen, eine internationale Konferenz sozialistischer Akademiker, wenn möglich im Sommer 1914, zu veranstalten. Gen. Jean Longuet, einer der führenden französischen Genossen und eifrig in der sozialistischen Bewegung an der Universität Paris tätig, sieht diesem Gedanken gleichfalls sehr sympathisch gegenüber.

Bei der Gemeinderatswahl in Gera (Neuß), die am Dienstag vor sich ging, blieb die sozialdemokratische Liste in der Minderheit, obgleich die Stimmzahl die gleiche geblieben war wie bei der letzten Wahl. Nur zwei Sozialdemokraten wurden gewählt. Damit verliert die sozialdemokratische Fraktion die Mehrheit im Gemeinderat. Die bürgerlichen Stimmen nahmen um 200 zu.

Letzte Nachrichten.

Eine Schuldebatte in der elsass-lothringischen Kammer.

Strasbourg, 18. Februar. (W. L. B.) In der Zweiten Kammer brachte das Zentrum durch den Abg. Dr. Didiot die Forderung eines organischen Volksschulgesetzes wiederum ein und wandte sich im weiteren Verlaufe gegen die Simultanschule und den Deutschen Lehrerverein. Abg. Fuchs (Soz.) interpretierte den Zentrumsantrag dahin, daß er auf eine weitere Konfessionalisierung der Schule hinauslaufe.

Staatssekretär Graf v. Roederer erklärte, er müsse zunächst die Schulverhältnisse im Lande eingehend kennen lernen, sei jedoch der Ansicht, daß die Schule von dem Vertrauen der Eltern getragen sein müsse. (Lauter Votum im Zentrum.)

Der Abg. Schilling-Wülhausen (Soz.) erhob im Wülhausenener Dialekt Protest gegen die befohlene Teilnahme der Wülhausenener Schulkinder gelegentlich der Jahrhundertfeier in Wülhausen.

Vom Konjunkturrückgang.

Essen, 18. Februar. Die Feierlichkeiten haben in den letzten Tagen im Ruhrrevier infolge des steigenden Abnahmangels zugenommen. Die beiden großen Gewerkschaften „Konstantin der Große“ und „Lothringen“ feiern auf familiären Schächten. Die Gewerkschaft „Hibernia“ feiert auf Jede „Schamrock 3 und 4“.

Der Aufstand auf Haiti.

New York, 18. Februar. (W. L. B.) Nach einem Telegramm aus Cap-Haitien ist ein scharfer Kampf zwischen Regierungstruppen und Aufständischen am Grand-River im Gange. Die Anhänger Senator Theobores werden hart bedrängt. Beide Parteien haben um Verstärkungen ersucht. Die Truppenabteilungen der fremden Konsulate haben den Führer der Aufständischen aufgefordert, Cap-Haitien zu verlassen; dieser weigerte sich jedoch. Amerikanische Matrosenabteilungen patrouillieren in den Straßen.

Die Heberschwemmungen im Remelbelta.

Remelbelta, 18. Februar. Das „Remelbelta Dampfschiff“ meldet: Infolge des östlichen Windes ist nun auch die Stirnwind-Richtung vom Haffe wieder durch Eis geschlossen, das Wasser fließt heute in Ruh und Ungewogen, um einen halben Meter, so daß es in die Häuser eindringt und die Dorfkirchen überflutet. Das Dorf Stirnwind ist überflutet, das Vieh mühte vielfach aus den Ställen und Wohnungen geschafft werden. Das durch die Stoppung bei Riffit aufgehaltene Wasser ist nun wohl von dort herunter, kann aber nur langsam unter den Stoppungen an der Strommündung abfließen. Heute abend war das Wasser in Ruh wieder langsam im Fallen und nur dünnes Eis kommt von oben herab. Eisbrecher arbeiten in der Albbäl-Mündung.

Karl Fahrows Restaurant und Festsäle
„Zum Reichenberger Hof“
 80 26, Reichenberger Str. 147. Tel.: Moritzpl. 3233.

Empfehle Vereinszimmer und Säle, 30, 50, 100, 150 und 300 Personen fassend, zu Hochzeiten, Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten.

2 vorzügliche Regelbahnen.

Hochachtend **Karl Fahrow.**
 Die Säle sind noch an den Sonntagen im März u. April sowie an den Osterfesttagen für Vereinsfestlichkeiten frei.

Spezialarzt
 J. Gaus, Genu-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinfranke jeder Art, Gehirlich Gata-Kuren im n. G. fortz. Laborat. Blutuntersuchung, Fäden i. Horn u. m. g. gegenüber Friedrichstr. 81, Sonnt. 11-12. Separates Dazenzimmer.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Spezialarzt
 Dr. med. Wockentuf, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11.

Dr. A. J. Weil's
Hafermark
 macht alle Kinder stark!

Natürliches Nähr- und Kräftigungsmittel für Säuglinge, stillende Mütter, Magenschwache, Schwächliche, Konvaleszenten und für den täglichen Familiengebrauch. Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.

General-Depot:
 D. Mader, Prinzenstr. 86. Zu haben in den Filialen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

SINGER
 Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.
 Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipziger Str. 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eine reizende Neubeit, welche die Kinder spielend Geschicklichkeit erlangen läßt und gleichzeitig Anregung verschafft, erhält aus Wunsch jeder Leser dieser Seiten kostenfrei von Reiffe's Kinderstuhl G. m. b. H. Berlin W. 57. Es ist dies eine Ausschneidepuppe mit drei verschiedenen, allerliebsten Gewändern, womit die Kinder sehr gern und lange spielen. Auf Wunsch wird auch eine Probeboje des berühmten Kinderstuhls umsonst beigelegt.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 sowie Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie. Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!

Conrad Krause Neffg., Berlin, Ansbacher Str. 1.
 Auch Sonntags geöffnet.

5 Tage zur Probe
 ohne Anzahlung und ohne Kaufverpflichtung, also mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefern wir gegen bequeme Monatsraten

Herrenuhren
 Nr. 2. Kavalieruhr mit Sprungdeckel, Stahlgehäuse, 15 Rubinen, Zentrum und Sekunde, Preis 26.50 Mk., Monatsrate 2 M.
 Nr. 8. Kavalieruhr mit Sprungdeckel, silb. Gehäuse u. Zwischenstück, 15 Rubinen, Preis 45 Mk., Monatsrate 2 50 M.
 Nr. 6. Kavalieruhr mit Sprungdeckel, Gehäuse aus Silber m. echt Goldschmelz, 15 Rub., Preis 51.50 Mk., Monatsrate 2 50 M.
 Nr. 3a. Kavalieruhr mit Sprungdeckel, Gehäuse echt Gold verstrickt, mit 17 Rubinen, Preis 60 Mk., Monatsrate 3 M.
 Nr. 16a. Kavalieruhr mit Sprungdeckel, silber. Gehäuse, Zwischenstück, mit 17 Rubinen, Preis 124 Mk., Monatsrate 6 M.
 Nr. 14a. Dieselbe Uhr wie Nr. 10a, jedoch in 14 kar. Gold, Preis 200 Mk., Monatsrate 8 M.
 Nr. 18a. Präzis.-Chronometer, 14 karätig, massiv goldenes Geh., Zwischenstück, 18 Rub., Preis 250 Mk., Monatsrate 10 M.

Dienstuhren
 Nr. 39. Großes Form., Nickel-Gehäuse, Metallzwischenstück, antimagnet. Präzis.-Ankerwerk mit 15 Rubinen, Preis 2 M., 55.50 Mk., Monatsrate 2 M.
 Nr. 40. Dieselbe Uhr in echt silbernem Gehäuse mit Goldrand, Preis nur 3 M., 55 Mk., Monatsrate 3 M.

Verlangen Sie sofort unsere Preisliste. Postkarte genügt. Andere Uhren, wie Damen-, Armband- u. Zigarrenuhren, Ketten, Schmuck- und Goldwaren laut besonderer Preisliste.

Bial & Freund, Postfach 120/145 Breslau II

Kapitän-Kautabak
 (geprüft, geschätzt) Substanzreich, durch ganz hervorragende Qualität so schnell beliebt geworden. Zu haben in den einschlägigen Geschäften, oder zu erfahren durch **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.** (Telef. 2311, 3561.)

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Februar 1914
 Anfang 6 Uhr.

Stadt Palast am Zoo. Varietés. Lustspiele.
 Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorfer-Theater. Varietés. Lustspiele.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Rabama Butterflo. Kgl. Schauspielhaus. Der Gyn. 2. Abend.
 Deutsches. Romeo und Julia. Königgräber Straße. König Richard III.
 Jirkus Busch. Galavorstellung. Jirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.

Urania. Winter in der Schweiz. (Schausp. v. Prof. Dr. P. Schwahn: Die Stabilität des Sonnensystems.)
 Kommerzielle. Der Snob. Verding. Einlog. Deutsches Opernhaus. Der Troubadour.
 Deutsches Künstler-Theater. Das Phantom.
 Kammermusik. Kammermusik. Theater an der Weidenbammer Brücke. Der zuletzt lacht.
 Theater am Nollendorferplatz. Ringes Gretl.
 Lustspielhaus. Die spanische Fliege. Schiller O. Jugendfreunde. Schiller Charlottenburg. Herodes und Mariamne.
 Theater des Westens. Polenblut.
 Fried. Wilhelmst. Theater. Fel. Trallala - Gilbert. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr: Heimat.
 Deutsches Künstlertheater. Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Donnerstag, 8 Uhr: Das Phantom.
 Freitag, 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus.
 8 Uhr: Residenz-Theater. Hoheit - der Franz!
 8 1/2 Uhr: Residenz-Theater. Hoheit - der Franz!
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralpalast. Die lustige Puppe. Berliner Gispalast. Gispal. Eines Nollendorfer-Theater. Varietés. Lustspiele.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
 Beckenh. Beckh. Alfred Dieffoy, Kaufm. Inzerentenst. bezonm. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Nordwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Jugendfreunde.**
 Freitag, abends 8 Uhr: zum 1. Male: **Das Glück im Winkel.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**
 Freitag, abends 8 Uhr: **Andreas Hofer.**
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Zopf und Schwert.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**

Theater in der Königsplatz Straße
 7 1/2 Uhr:
König Richard III.

Komödienhaus.
 8 Uhr: „Kammermusik“, 8 Uhr.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonnt. Am. 3/4, U.: Der liebe Augustin.
Fried. Wilhelmst. Theater
 Fel. Trallala - Gilbert. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr: Heimat.
Deutsches Künstlertheater
 Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Donnerstag, 8 Uhr: Das Phantom.
 Freitag, 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus.
 8 Uhr: Residenz-Theater. Hoheit - der Franz!
 8 1/2 Uhr: Residenz-Theater. Hoheit - der Franz!
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralpalast. Die lustige Puppe. Berliner Gispalast. Gispal. Eines Nollendorfer-Theater. Varietés. Lustspiele.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
 Beckenh. Beckh. Alfred Dieffoy, Kaufm. Inzerentenst. bezonm. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Nordwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Theater am Nollendorferplatz 5.
 8 Uhr: Prinzess Gretl.

Metropol-Theater.
 Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jedes Donnerstag u. Sonntag: **Solree der Hoffmann-Sänger**
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Solree: **Frei-Tanz.** Vorverkaufskart. haben Gültigkeit.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr: Das erste Ehejahr. (Schausp. in 5 Akte v. Ernst Ritterfeldt. Nach dem Roman von Ruth Götz.)
Walhalla-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Tangoheber. Große Poffe in 3 Akte u. Lang in 3 Akte, v. Erich Urban.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. P. Schwahn: **Die Stabilität des Sonnensystems.**

Berliner Prater-Theater
 Kastanien-Allee 7/8
 Donnerstag, den 19. Februar:
 Schauspiel des **Voligt-Theaters.**
Die Tragödie eines Weibes.
 Drama in 3 Akte v. R. R. Jacoby. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Mittwoch und Donnerstag!
Elite-Bockbierfest.
 Dienstag, den 24. Februar, Fastnacht:
ALPENBALL
 verbunden mit Preis-Tango-Wett-Tausen.
 4 Kapellen. Kein Kostümszwang. Kolossaler Betrieb. Karten im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. bei A. Wertheim.
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 32 - Zimmerstraße 90/91.

Gr. Doppelkonzert!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Großes Nachmittags-Konzert
 bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Heute Donnerstag, den 19. Februar:
Elitetag!
Große Schweine-Braterei!
 Portion 60 Pf. 30 bayrische Nudl. Anschnitt 9 Uhr.
 Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

Im neuen Saale: Großer Ball.
 Voranzeige! Sonnabend, den 21. Februar 1914: In sämtlichen Festräumen: Bockbierfest.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Donnerstag, d. 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
 U. a.: **Original Little Freds** Akrobat u. kunstreit. Hunde. **Therese Renz**, dressierte Elefanten und Pönya. **Dir. Alb. Schumann**, neueste Orig.-Schul- u. Freiheitsdress. **4 facher Jockey-Akt** Lamkin-Reinsch-Gruppe. **4 Röm. Grazien z. Pferde** Geschw. Blumenfelds. **Apachentanz** Toto und Cottrell. Um 9 1/2 Uhr: Das gr. Ausstattungsst. i. 7 Bildern „Tipp“ der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, d. 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Ed. Wulfs Wunderhunde am lieg. Trapez
 Ferner **Die Ussems** in ihrem akrobatischen Stütz „Artistenkinder“ sowie Kunst, aller gr. Attraktionen. **Sum Schluss: „Pompeji“.**

WINTERGARTEN
Madge Lessing und **Fred Wright**
Grock u. Lole Perceval's Trupp. Jonglourszene. „Un souper chez Maxim“ sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen: - Rauchen gestattet! -

Folies Caprice.
 8 1/4 Café Pingsheim Der Heiratrat Meyersteins

Casino-Theater
 Dönhofsplatz 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Goldstück:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Saal der alten Wallner-Bühne. Sonnt. 4 Uhr: Unsere lieben Frauen.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757. Zum 58. Male: **Der Stoiz d. J. Kompagnie** mit **Hartstein.** Rauchen ohne Pause! Rauchen gestattet!

Passage-Panoptikum.
Die wilden Feuerfresser
 in ihren fanatischen Hartern. **Nister Rappo**, der Ausbrecherkönig. Unfassbar! Lebend! **Ohne Extra-Entree.**

Admiralpalast.
 Eis-Arena. Täglich:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballet auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. **Wein- u. Bier-Abteilung.**

Reichshallen-Theater
Steffiner Sänger
 Zimmer No. 13. Urkomische Parodie. Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: **Die lustige Puppe** in der Müllerstraße.

Charlottenburger Festsäle,
 Charlottenb., Kaiser-Friedrichstr. 24
 Heute, in beiden Sälen: **Gr. Ball.**
 5 Kapellen. Anfang 8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Sport.

Auf allen Gebieten moderner Betätigung, mögen sie nun wirtschaftlicher oder sonstiger Natur sein, herrscht das Bestreben nach Spezialisierung. Der eine ist Spezialist für...

So umfangreich das Repertoire des Sportbetriebes schon war, sindige Köpfe haben es noch bereichert und ihre „Creation“ hat reichlichen Beifall gefunden. Ihre Erfindertätigkeit...

Die aber wäre es, wenn die Allgemeinheit berappte, freudig berappte, um den lieben Mitmenschen geographische Kenntnisse und landschaftliche Schönheiten zu vermitteln? —

Diese Idee ist verwirklicht worden. Und zwar von einer gewissen Sorte von Menschen, die für gewöhnlich nichts tun und erst dann anfangen zu arbeiten, wenn andere Leute damit aufhören. Man nennt sie daher auf hochdeutsch höflich „Arbeitswillige“...

Streikbrecherisporis gibt es bekanntlich die schwere Menge. Anallende Revolover, stehende Messer, hauende Ämte, Schimpfwörter gemeinster Art usw. spielen dabei eine Hauptrolle. Aber das alles genügt manchen der bekannnten nützlichen Elemente noch nicht. In der Brust quoll ihnen das Verlangen nach edlerer Betätigung ihres Sportbetriebes. Vor allem nach dem Reisesport der Naturbetrachtung! Und damit sie ihm ohne Gefahr für den eigenen Geldbeutel fröhnen können, verfielen sie auf folgenden Gedanken: Sie ließen sich, wenn in einem schon gelegenen Orte ein Streik ausgebrochen war, dorthin als Streikbrecher oder, feiner gesagt, Arbeitswillige anwerben. Auf Kosten ihres Agenten oder des Unternehmers, der sie selbst engagierte, führten sie fröhlich und guter Dinge an die Stätte ihres zukünftigen Wirkens.

Hier ließen sie sich bei erster Gelegenheit von den Streikposten der Ausständigen abfangen — und spielten sich ihnen gegenüber als unschuldige Rämlein auf, denen es sernie gelegen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Ihre Anwesenheit entschuldigten sie mit der Unkenntnis der Verhältnisse. Dann akzeptierten sie aus der Kasse der Gewerkschaft der Streikenden die „verauslagten“ Reiseeulder und Zehrkosten und gondelten nach herzlichem Abschied von den Streikenden mit den besten Wünschen auf baldigen Sieg in ihre Heimat zurück.

Fein, was? Arbeitswilligkeit mimen und doch arbeitsscheu sein, den reinen Engel herauskehren, die Maske des ehrenhaften, Klassenbewußten und solidarisch denkenden Profektars vorlegen — und dann vor allem umsonst in der Welt herumkutschieren können! Schauspielerei und Reisesport in idealer Konkurrenz und dazu auf Kosten der „anderen“ pflegen — kann's was Schöneres geben? —

Galunken, die solch Spiel treiben, sind natürlich noch weit verächtlicher als Streikbrecher, die wenigstens offen und brutal ihr Handwerk herauskehren. Leider weisen ihnen die Ankerate, mittels derer in unserer Presse vor Bezug nach Streikorten gewarnt werden muß, immer neue Veranlagungsgelagenheiten nach. Die Arbeiterschaft kann sich auch auf keine andere Art gegen diese neuen Ausbeuter ihres Elends schützen, als indem sie sich die Burichen, welche häufiger irgendwo als „ungeeollte“ Streikbrecher austauschen, unter die Lupe nimmt. Besonders angebracht dürften Fragen nach ihrer Verbandszugehörigkeit sein. Gewöhnlich sind diese Herrschaften nicht organisiert — und das genügt zumeist, um ihren wahren Charakter festzustellen, zumal, wenn sie aus Gegenden stammen, in denen die Gewerkschaften schon festen Fuß gefaßt haben. Dann aber muß die Szene zum Tribunal werden!

Daß Unschuldige unter solchem Verfahren leiden müßten, ist wohl nicht zu befürchten. Die Organisierten wissen durch ihre Organisation, wohin sie Arbeit annehmen dürfen, um nicht Streikbrecher zu werden. Orte, in denen der Begriff der Organisation noch zu den böhmischen Dörfern gehört, gibt es kaum, wenigstens nicht in Europa. Und wenn wirklich aus solchen Gegenden Streikbrecher erscheinen, so darf man ihnen sicherlich nicht die Verächtlichkeit der oben geschilderten Spezies von „Arbeitswilligen“ zuträuen.

Berlin und Umgegend.

Die arbeitslosen Holzarbeiter.

Am Mittwochnachmittag sagte in Obilglos Saal in der Kopenstraße wieder eine Versammlung der arbeitslosen Berliner Holzarbeiter. Infolge eines Beschlusses der vorigen Arbeitslosenversammlung hatte die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes den Staatssekretär Dr. Delbrück, den preußischen Minister des Innern v. Dallwitz und den Oberbürgermeister Bermuth schriftlich ersucht, Vertreter in die gegenwärtige Versammlung zu senden, damit sie persönliche Einbrüche bekämen von der Notlage und den Wünschen der Arbeitslosen.

Das Reichsamt des Innern hat die Einladung gar nicht beantwortet. Das preußische Ministerium des Innern hat mitgeteilt, es habe die Einladung an das für diesen Fall zuständige Handelsministerium weitergegeben. Ein Vertreter dieser Behörde war aber nicht erschienen. — Der Magistrat von Berlin hat auf die Einladung geantwortet, er sei zu seinem Bedauern nicht in der Lage, einen Vertreter in die Versammlung zu senden, die Gemeindeführer hätten die schwierige Lage des Arbeitsmarktes aufmerksam verfolgt, die Deputation der Arbeitslosen habe Gelegenheit gehabt, ihre Wünsche persönlich beim Oberbürgermeister vorzutragen, die städtischen Körperschaften hätten eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die, wie der Magistrat hofft, geeignet sein werden, den durch Arbeitsmangel in Not geratenen Mitbürgern Erleichterung zu bringen.

Nach Eröffnung der Versammlung erstattete ein Mitglied der in der vorigen Versammlung eingesetzten Deputation Bericht über deren Unterredung mit dem Oberbürgermeister Bermuth und dem Stadtrat Rischke. — Glucke machte Mitteilung von der Erledigung der anderen Beschlüsse der vorigen Arbeitslosenversammlung. — Einen sehr breiten Raum nahm die allgemeine Aussprache ein. Eine große Zahl von Rednern gab den Annuß darüber Ausdruck, daß aus öffentlichen Mitteln fast nichts gelangt, um die durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung verursachte Not der Arbeitslosen zu lindern. Die 300 000 M., welche die Berliner Stadtkassen endlich als Darlehen an Kollektende bewilligt haben, seien Tropfen auf dem heißen Stein. Nichtsdestoweniger sollten aber die Arbeitslosen diese Hilfsquelle in Anspruch nehmen. Ein Redner forderte, daß durch die Partei und Gewerkschaften allgemeine Arbeitslosendemonstrationen in

ganz Deutschland veranstaltet würden. Das sei ebenso berechtigt, wie etwa die Wahlrechtsdemonstrationen. — Die Erbitterung, welche der schwere Druck anhaltender Not erzeugt, rief manches herbe Wort der Kritik an den Zuständen hervor, die Zehntausende zum Hungern verdammen, während die, welche von der Wohlbehaltung der Arbeiter leben, im größten Luxus schwelgen. Unerbittliche Gegnerschaft gegen die Gesellschaftsordnung, welche solche Verhältnisse hervorruft, fester Zusammenschluß in der Arbeiterorganisation, das ist die Lehre, die aus den bitteren Erfahrungen dieser Zeit der Not gezogen werden muß.

Zur Lohnbewegung in den Brauereien.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend hat am Sonnabend, den 14. Februar er. an die Redaktionen einer Anzahl Zeitungen die Abschrift der Antwort übermittelt, die er den in den Vereinstreuereien vertretenen Arbeitnehmerorganisationen auf ihre Forderungen gegeben hat. Es ist darin angeführt, daß es den Brauereien nach eingehender Prüfung unmöglich sei, die Forderungen zu bewilligen und sie es ablehnen müßten, darüber zu verhandeln. Der Verein sagt in seinem Erweise, daß die Lohnerhöhungen, welche vertraglich im Jahre 1910 und 1912 vorgenommen wurden, den Brauereiarbeitern schon jetzt Entlohnung gewähren, die nicht nur weit über das ortsübliche Lohnniveau hinausgehen, sondern auch die Bezüge und sonstigen Arbeitsbedingungen der in auswärtigen Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer weit hinter sich lassen. Es dürfte auch dem Verein und den Berliner Brauereien bekannt sein, daß die Lohnaufbesserung von 50 Pf. aufwärts bis 3,50 M. für die schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien durch die erhöhten Lebensmittelpreise usw. nicht nur aufgewogen wurden, sondern daß die Lebenshaltung der größten Zahl der Brauereiarbeiter schlechter ist als vor 1910. Dazu ist noch zu sagen, daß die Lohnverhältnisse vor 1910 keineswegs als den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen bezeichnet werden können. Unrichtig ist aber auch die allgemein aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiterschaft anderer Industrien niedrigere Löhne beziehe als die, welche die Berliner Brauereien zahlen und für angemessen halten. Das Gegenteil ist leicht zu beweisen. Nach dem ablehnenden Bescheide erscheint dem Verein der Brauereien besonders auch die Forderung eines Mindesteinkommens von 4500 M. für die Bierfahrer indiskutabel. Demgegenüber sei auf folgendes hingewiesen: Es ist eine feststehende Tatsache, daß der übergroße Teil der Berliner Bierfahrer mehr als 4500 M. Einkommen hat und bei der Lage und Eigenart des Geschäftes haben muß, weil die Berliner Bierfahrer einen großen Teil ihres Verdienstes als Werbungskosten für die Brauereien an die Kundschaft wieder verausgaben müssen; gehalten doch die Steuerbehörde, daß für derartige Werbungskosten bis zu sieben Mark täglich oder bei 320 Arbeitstagen 2240 Mark vom Einkommen in Abzug gebracht werden können. Was bleibt da einem Manne übrig, wenn er von seinem angeblich sehr hohen Einkommen im Interesse seines Arbeitgebers so viel abgeben muß? Des weiteren kommt hinzu, daß die Bierfahrer für sämtliche Verluste und Aufwände bei der Kundschaft haften. Die Forderung des Mindesteinkommens in dieser Höhe ist also durchaus berechtigt. Ein Bierfahrer, der weniger verdient, wird sehr bald entweder aufhören müssen zu fahren oder aber in Schulden geraten und dann von der Brauerei befreit werden; in der Regel erfolgt dann auch noch Anzeige wegen Unterschlagung. Dies zur Klarstellung. Im übrigen halten wir das Verfahren des Vereins der Brauereien, der Presse die Antwort an die Arbeitnehmerorganisationen gleichzeitig mit dieser mitzuteilen und mit Jählingen, die der Nachprüfung nicht stand halten werden, zu operieren, für etwas sonderbar. Der sachlichen Erledigung der Lohnbewegung dient es sicher nicht. Was also wird damit beabsichtigt?

Dies zunächst zur Klärung, im übrigen werden die in den Brauereien vertretenen Arbeiterorganisationen die Brauereiarbeiter, beraten, was auf die ablehnende Antwort des Vereins zu tun ist und entsprechende Maßnahmen treffen.

Die Tarifbewegung der Steinarbeiter.

In einer am Dienstag abgehaltenen sehr hart besuchten Versammlung der Marmorarbeiter wurde berichtet, daß die Kommission vor einigen Tagen die erste Verhandlung wegen der eingereichten Forderungen mit den Unternehmern hatte. Diese haben von vornherein den geforderten Achtstundentag sowie jede

hat den Vorteil, daß er nichts dabei zu denken braucht als: wie pikant und romantisch ist doch noch unsere Welt! Schmod aber streicht schmunzelnd das Honorar ein für den Väter, den er den Lesern wieder einmal aufgebunden hat.

Humor und Satire.

Die Kinoprobe. „Gimmelherrgottsdonnerwetter!“ riefte der Kinoregisseur. „Herr Meier, Sie sollen ein höheres Gesicht machen! Sonst laßt doch kein Koad! Also noch einmal die Szene!“ Meier seufzte. Er sah in seiner weißen Toga gotterbärmlich aus.

„Det is aber noch 'n zu hüttes Stück!“ Inurte er. „Meine Jesichsmuskeln haben schon die Fremdarbe!“

„Dann singen Sie halt im Beside dazu. Haben Sie nicht den kleinen Cohn geihen?“ oder sonst was Fisches! Dann kommen Sie schon in Stimmung! Und Sie, Fräulein Müller, mehr häuslicher!! Als ob Sie Leididamerzen hätten!! Und wenn ich mit dem Finger fänalage, pauken Sie Ihre rechte Hand auf den Brustkasten, in der Hergegend und rollen eine Träne über die Wangen! — Meier, mehr blöder!! Kreuzgewitternnochmal, Sie sollen sich doch nicht mit der Toga die Nase pugen! Also jetzt denken Sie mal alle an das schöne Lied „Auf dem Baume, da hängt 'ne Pflaume“ und dann — Fräulein Strohmann, verführerischer!! So etwa wie in Moritz hat ein Renkezdons“

„Entschuldigen Sie,“ erundigte ich mich höflich, was proben Sie da eigentlich?“

„Den Parsifal!“ sagte der Regisseur. „Und fuhr fort: „Also: auf dem Baume, da hängt 'ne ...“ (Jugend.)

Notizen.

— Vorträge. In der Urania beginnt am Freitag die vierte Reihe der Gelehrten-Vorträge. Professor Waskin, der Institut für Reereskunde, wird über den Atlantik, seine Lebensverhältnisse und Schiffahrt sprechen und bei dieser Gelegenheit auch die wahrscheinlichen Ursachen der Titanic-Katastrophe behandeln. Abonnementkarten zu ganz besonders ermäßigten Preisen.

— Das Robin-Wuseum. Der Bildhauer Robin will dem französischen Staate seine Werke, soweit er noch darüber verfügt, und seine Kunstsammlungen schenken. In dem Hause, das er jetzt bewohnt, sollen sie aufgestellt und seiner Obhut übergeben werden. Die Gründung dieses Museums darf als gesichert gelten; die Kammer wird demnächst darüber zu entscheiden haben.

— Der Sanstrisforcher Adolf Holzmann, dessen Arbeit in einem vierbändigen Werke über das indische Nationalopos Mahabharata gipfelt, ist 75 Jahre alt in Freiburg i. Br. gestorben.

— Die englische Amazonenstrom-Expedition. Der englische Forscher Vesilay entdeckte in den peruanischen Dschungeln das Silect des amerikanischen Gelehrten Cromer und die Leberreste seiner Genossen. Cromer war seit zwei Jahren verstorben. Vesilay durchwachte mächtige Strecken des Amazonenstroms auf einem Hoch und gelangte in Gegenden, die nie zuvor der Fuß eines Weihen betrat.

— Ein neues Drama. Gorkis, betitelt „Beim Untergang“ und zurzeit noch nicht vollendet, wird in russischen Emigrantentheatern gespielt.

Kleines Feuilleton.

Bändler in Berlin. Das ist ja nun nachgerade ein etwas kherzhaftes Schauspiel geworden, das wir Berliner mit einem zweifelhaften Schmunzeln betrachten: das Auftreten dieser biden Bandleute in der Residenz. Der Schwall ihrer feisten politischen Reden und der erhöhte Verdienst der Nachfoler hält sich die Wage. Aber man soll den Gegner nicht im Bett ausschlagen. Wenn sich treue Chemänner und verlassene Junggefallen für neun Monat saubiger Klische wieder etwas Lebensmut durch Alkohol und diesbezügliche Jungfrauen verschaffen, diese Taten der Bändlernächte sind Stoff für den Satiriker, der Politiker wird sich an anderes halten. Daß sie es tun, ist also ihre Sache.

Aber wie sie es tun, ist unsere. Das kommt nach Berlin, rülpelt die große Stadt auf das Unanständigste an, schillt alle Wohnort verdrückt, zügellos, ausschweifend, — und macht den angemessensten Gebrauch von diesen Eigenschaften. Sie speien der Verolonia ins Gesicht, und greifen ihr mit der anderen Hand fauststreichelnd ans Antic.

Und wie ein Mensch Sonntagabends sich benimmt, so ist er im ganzen Leben. Diese saufen den Sekt am liebsten aus Weißbiergläsern und empfinden die Phrasenhaftigkeit gar nicht, die darin steckt, den nächsten Morgen die Monarchie zu retten. Welt- und nationalökonomische Anschauungen sind die denkbar primitivsten: die roten, der Sub, allenfalls die Liberalen — das sind die Negotianten; deutsche Männer, der Landwirt, allenfalls der Theon, — das sind die Politika. Der Rest ist Schreien.

Wir haben also in Berlin alle Ursache, uns die roten biden Gesichter mit den Keinen Kämpelungen recht genau anzusehen. Damit wir fürs übrige Jahr wissen, wie die aussehen, die sich anmoken, die Resultate einer ganzen Volkswirtschaft für sich allein zu schinden.

Sexuelle Aufklärung in der Mädchenschule. Die Stadt Dronsfeld in der englischen Grafschaft Derby ist seit einigen Tagen in großer Aufregung, weil Miss Outram, die Leiterin der städtischen Mädchenschule, den älteren Schülerinnen die demnächst entlassen werden sollen, vom Statheber herab das Geheimnis der Liebe und der Ehe erklärt hat. Die entrüsteten Mütter der aufgeregten Mädchen wandten sich sofort mit einem Protest an die Schulbehörden und verlangten die Absetzung der indiscreten Miss. Fräulein Outram ist aber bis jetzt von Amtswegen nicht befristet worden und hat energisch erklärt, daß sie, obwohl viele Schülerinnen auf Wunsch ihrer Eltern aus der Schule ausgetreten sind, nach wie vor das, was sie für ihre Pflicht halte, zu tun gedenke. In einem ähnlichen Falle, der vor kurzem in einer Chicagoer Schule vorkam, wurde die Leiterin einer Mädchenschule, die ihren Schülerinnen einen Vortrag über sexuelle Hygiene gehalten hatte, gezwungen, aus dem Amte zu scheiden; der Schulrat von Chicago wählte sie aber bald darauf einstimmig wieder.

Die Lehrerin von Dronsfeld erwidert nun, die protestierenden Mütter seien in der Minorität; sie veröffentlicht Briefe von Müttern, die offen gestehen, daß sie selbst es nicht wagten, ihren

Töchtern das Geheimnis der geschlechtlichen Beziehungen zu offenbaren, und die der Lehrerin dafür danken, daß sie sie von der Erfüllung einer peinlichen Pflicht befreit habe. Der ganze Vorfall hat den englischen Zeitungen Veranlassung gegeben, sich mit der Frage, ob eine Aufklärung der jungen Mädchen passend sei oder nicht, in fast leidenschaftlicher Weise zu beschäftigen; sehr viele Zeitungen sprechen sich für Vorträge über sexuelle Fragen aus, unter der Voraussetzung, daß solche Vorträge nur vor zur Entlassung kommenden Schülerinnen gehalten würden.

In Deutschland hat dieselbe Frage vor einigen Jahren die Gemüter ebenso in heftigem Zorn und Wider erregt. Das gewissermaßen abschließende Wort sprach der Dürerbund in dem Buche „Am Lebensquell“, das bei Alexander Köhler in Dresden erschien. Das halbe Hundert der als Vortrag eines Preisauschreibens gewonnenen Beispiele sexueller Aufklärung, die dieses Buch enthält, dient der Forderung, mit aller sexuellen Geheimnerei zu brechen, die Aufklärung nicht auf einen bestimmten vorgeschriebenen Zeitpunkt des Lebens festzulegen, sondern sie durch die gesamte Erziehung des Kindes vorzubereiten. Beste Mittel, diese sexuelle Erziehung zu pflegen, gibt die Betrachtung der Entwicklungsstadien im Tier- und Pflanzenreich, und da können Eltern ebensoviel tun wie die Lehrer der Schule. Es kommt vor allem darauf an, dafür zu sorgen, daß das Kind lernt, Natürliches natürlich zu nehmen, und ihm den Weg, von Tier und Pflanze auf den Menschen zu schließen, nicht zu erschweren. Das erscheint einfach, aber in Wirklichkeit stellt die Arbeit vor die Aufgabe, einen Nietenwall veralteter erzieherischer Grundzüge aus dem Weg zu räumen.

Schmod, wie er leidet und lebt. Französische Blätter berichteten in voriger Woche von einem Falle gemeinsten Mißbrauchs eines jungen Mädchens durch seinen Dienstherrn. Ein Aindermädchen, das bei einem Wäckermeister zu Pont-a-Mousson in Stellung war, wurde seit einigen Monaten vernüßt. Eine polizeiliche Hausdurchsuchung ergab, daß der Wäckermeister das geistig anscheinend nicht normale Mädchen in einer großen Weintüte verborgen hielt. Er verfaß es tagüber mit dem nötigen Essen und brachte die Nächte als Liebhaber mit ihm zu. Die Polizei befreite das schwer erkrankte Mädchen und brachte es zu seinen Eltern. Das Mädchen hatte allerdings erklärt, daß es sich die Einsperrung hätte gefallen lassen, um nicht von seinem Geliebten, dem Wäckermeister, getrennt zu werden. Alles in allem genommen, bleibt ein Bild widerlichster Ausnützung eines Dienstherrn durch einen Dienstherrn.

Was macht nun daraus ein deutscher Schmod?

In der letzten Sonnabendnummer der „Wissenschaften“ „A. J.“ steht unter der Rubrik „Aus Rah und Fern“ die Geschichte von der „Geliebten im Joch“. Hier wird eine romantische Geschichte von der schönen Eugenie erzählt, die aus Liebe zu dem Sohne ihres Dienstherrn sich von diesem ein Jahr lang in ein Joch einsperrten ließ, weil die Eltern dieser Liebe entgegen waren. Gesund und munter wäre Eugenie nun von den Wandernamen aufgefunden worden. Die Geschichte schließt: „Und sie hatte dieses Paulenzelben herrlich gefunden. Was Frauen nicht alles aus Liebe tun!“

So wird es gemacht: Ein widerliches soziales Bild wird mit einer romantisch pikanten Sauce übergossen, und so bringt es die bürgerliche Presse. Der Leser genießt die Sauce mit Behagen und

Verkürzung der Arbeitszeit unter Berufung auf einen Beschluß des Reichs der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe abgelehnt. Lohnrückstellungen wollen die Unternehmer ebenfalls nicht bewilligen. Hinsichtlich Arbeitszeit und Lohn wollen sie es bei den bisherigen Bedingungen lassen. Eine Verschlechterung des gegenwärtigen Tarifs wollen die Unternehmer insofern, als die Anfangslöhne aus dem Tarif gestrichen werden sollen. Auch hinsichtlich des Fahrgehaltes und der Montagezulagen verlangen sie Verschlechterungen. Nur hinsichtlich des Grabsteinarbeitertarifs haben die Unternehmer ein wenig Entgegenkommen gezeigt. Sie erklärten, wenn die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht fallen gelassen werde, könnten sie nicht weiter verhandeln. Die Unternehmer der Marmor- und der Sandsteinbranche würden in allen Angelegenheiten der Tarifbewegung gemeinsam handeln.

Nach langer Debatte nahm die Versammlung einstimmig einen Antrag an, welcher die Kommission beauftragt, auf Grund der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen mit den Unternehmern weiter zu verhandeln.

Abwehr von Lohnabzügen.

Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Töpferberuf in Groß-Berlin ist trotz 1 1/2 Jahre dauernder Verhandlungen kein neuer Tarifvertrag zustande gekommen. Seit dem 1. Juli 1913 arbeiten die Töpfer Berlins tariflos, da sie einer Meister-tarifvorlage, die 6 bis 10 Proz. Abzug von den bisherigen Tarifpreisen bedeutete, nicht zustimmen konnten. Die Töpfermeister verpflichteten sich nun gegenseitig in einer Versammlung der Zwangsinnung, nach dieser Meistertarifvorlage, obwohl dieselbe von der Gesellenorganisation nicht anerkannt wurde, zu begehren. Aber schon bald nach diesem Beschluß zeigte es sich, daß die Unternehmer nicht gewillt waren, ihren eigenen Beschluß hochzuhalten. Beigetragen hat dazu die enorme Arbeitslosigkeit, die die Töpfer in letzter Zeit durchzumachen hatten. Nach einer Statistik der Gewerkschaften Berlin der Töpfer bewegt sich der Prozentfuß der arbeitslosen Mitglieder zwischen 30 bis 50 Proz. des Mitgliederbestandes; er hat jetzt die Höhe von 60 Proz. erreicht. Auf allen Bauten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, verweigerten die Unternehmer, mit mehr oder weniger Erfolg abzugeben. Doch alles hat seine Grenzen.

Auf den Bauten der Tegeler Baugesellschaft m. b. H., Berlin W., An der Poststraße 7, in Tegel, Beitzstraße, wurde den Töpfern das Anerbieten gemacht, Dusen und Hochherde 8 bis 10 M. unter den Preisen des Meistertarifs zu setzen. Wahrscheinlich rechnete der Töpfermeister Karl Kiehl, Berlin O. 112, Friedrich-Karl-Str. 10, mit der großen Notlage der Töpfer. Diese, gezwungen durch lange Arbeitslosigkeit, nahmen die Arbeit aus. Doch schon am ersten Jahrestag wurde dem Kiehl erklärt, daß er etwas zulegen müsse. Kiehl weigerte sich. Nun legten in der nächsten Woche am Dienstag sämtliche 54 Töpfer, aus 17 Unorganisierte, die Arbeit nieder. Herr Kiehl verfuhr nun durch Briefe, Karten usw. Unorganisierte heranzuziehen; aber alle, die in den nächsten Tagen eintrafen, verweigerten angesichts dieser glänzenden Preise und des Zusammenhaltens der Streikenden auf die Arbeit. Die Kommission der Streikenden und später die Verbandsleitung unterhandelten mit dem Bauleiter Herrn Paul Johann. Schon nach einigen Tagen konnte der Streik abgebrochen werden, da die Weiterführung der Arbeiten von der Bauleitung einem anderen Töpfer übertragen wurde. Mit diesem wurde erneut verhandelt und auch Einigkeit erzielt. Die Töpfer erreichten eine Zulage von 5 bis 6 M. pro Stück; ein nicht zu unterschätzender Erfolg ihrer Solidarität trotz der schlechten Konjunktur. Bezeichnend für die Verhältnisse ist, daß sich sofort nach Ausbruch des Streiks 6 bis 8 „Kudmeister“, die in den seltensten Fällen tarifmäßige Preise zahlen, einfinden, um als Hühner des Schlachtfeldes zu wirken. Leider hat Töpfermeister Weibel, der jetzt die Arbeiten weiterführt, gegen sein Versprechen diese „Meister“ beschäftigt, während noch heute einige der Streikenden auf Einstellung warten. Dies ist um so bedauerlicher, als Weibel selbst Mitstreikender war und ihm die Arbeit nur durch die Solidarität seiner Kollegen übertragen wurde.

Bezüglich des Arbeiterdaches sieht es auf den genannten Bauten traurig aus. Die Rüstungen der Puffer z. B. sind infolge der Treiberei so aufgestellt, daß das Schließen der Fenster verhindert wird. Von einer regelrechten Beglasung kann deshalb keine Rede sein. Sobald die Puffer einen Raum verlassen, beginnen die Töpfer ihre Arbeit, obgleich das Wasser an den Wänden herunterläuft. Die Balkenlagen sind vom Wasser durchdrungen, die Schüttung ist so nah, daß man glaubt, auf Teig zu treten. Wertlos ist, daß diese nassen Räume schon am 1. April 1914 vermietet werden sollen.

Deutsches Reich.

Streikjustiz.

Auburg, 18. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute gegen 16 Angeklagte, meist Vater und Transportarbeiter, die in der Spielwarenindustrie von Sonneberg beschäftigt sind und die sich wegen der am 23. und 24. Juni 1913 vorgekommenen Unruhen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten hatten, das Urteil gefällt. Insgesamt wurde auf 84 Monate 3 Wochen und 3 Tage Gefängnis erkannt. Die Höchststrafe betrug 6 Monate. Eine Frau, die nur das Wort Streikbrecher gerufen hatte, erhielt 3 Monate Gefängnis.

Verkaufte Meistertreue.

Die gelben Badergesellen hatten beabsichtigt, um sich wieder ein wenig bei ihren Vätern, den Badermeistern, anzubiedernd, an den Reichstag zum wiederholten Male eine Petition geschickt, in der sie gegen die Petition des Baderverbandes auf Erlass eines Gesetzes betreffs Einführung der wöchentlichen sechstägigen Arbeitswoche (die Badergesellen müssen noch meist sieben Nächte in jeder Woche arbeiten) Sturm liefen; als Surrogat für diese allgemeine Forderung (der Badergesellen verlangten sie das Pfändige Verbot) (von Sonntag morgens 8 Uhr bis Montag morgens 6 Uhr) unter Verbeibehaltung der sieben Arbeitsschichten in der Woche.

Wohl wissen die Gelben, daß ihre „Forderung“ nur eine Scheinforderung ist, die nur dazu dient, eine wirksame Sozialgesetzgebung im Baderberufe anzuhalten. Sie setzen von den Innungen voraus, daß diese aus den genannten Gründen keinen Widerspruch erheben würden, wenn die Begründung der Petition sich nicht streng an die Wahrheit hält. Doch die Innungen verneinen darin keinen Spatz. Sie haben Angst, daß die Regierung doch den Einsatz beläme, ihnen das gelbe Aushängeschild ins Reiz zu legen. Solange die Gelben damit die jungen Gesellen nur täuschen, kann es den Innungen recht sein, wenn aber etwa die gefestigten Körperschaften sich ernstlich mit diesen Dingen beschäftigen würden, dann kann es für die Herren vom Rodtrog gefährlich werden. Die Badermeister wollen überhaupt keine Schwurgerichte für „ihre Leute“, deshalb haben sie auch für die gelben Scheinreformen kein Verständnis.

Aus diesen Gründen erzieht jetzt das offizielle Innungsorgan nachfolgenden eiskalten Wasserstrahl auf die erschrockenen gelben Schüpfel:

Nichtigstellung.

In der Eingabe des Bundes der Bäder- und Konditor-gesellen Deutschlands betr. Einführung des Pfändigen Sonntag-Verbotes für das Deutsche Reich wird behauptet, daß fast in allen Städten Deutschlands, in Meister- und Gesellen-treuen, man sich fast einmütig für ein Pfändiges Verbot ausgesprochen hat. Wir stellen fest, daß dies nicht der Fall ist, im Gegenteil ist die Stimmung fast einmütig dagegen. Wir bemerken, daß die Resolution vom Zentralverbandstag 1912 in Stuttgart noch heute ihre volle Gültigkeit hat, wonach den örtlichen Verhältnissen entsprechend die Ruhezeitfrage gelöst werden soll. Die Ausdehnung irgendeines der vorgebrachten Wünsche allgemein für das Deutsche Reich ist unmöglich, weil diese nicht allen Ortsverhältnissen gerecht werden können.

„Germania“, Zentralverband Deutscher Bäder-Innungen.
J. Bernhardt, Vorsitzender. W. Ertelt, Syndikus.

Bemerkung sei, daß der Passus über die „örtlichen Verhältnisse“ nur ein Trostpflaster für die Gelben war und auch in Zukunft bleiben wird. — Diese tolle Dummheit mag schmerzhaft sein für die gelben Helden. Und sie hatten es doch so gut gemeint.

Soziales.

Selbsterziehung.

Der Hansabund hat es glücklich fertiggebracht, einen großen Teil des Kleinunternehmertums, der Handwerker, Händler usw. gegen das Koalitionsrecht zu mobilisieren. Die meisten, die dabei Gefolgschaft leisten, haben persönlich kaum jemals etwas von einem Streik oder von der großen Gefahr des Streikpostensiebens gemerkt. Jeder weiß, daß sich hinter den Lebensarten und Arbeitswillensschwung einfaßes Profitinteresse verbirgt. Wenn nur ein Quentchen von der Sorge um das Wohl der Arbeiter vorhanden wäre, die man nun wegen der armen Streikbrecher (die straflos morden dürfen) auf dem öffentlichen Markt zur Schau stellt, welche Empörung müßte dann losbrechen angesichts des entsetzlichen Vernichtens von Menschenleben infolge mangelnden Schutzes. Aber mögen auch Hunderte von Menschen mit einem Schläge dahingerafft werden, darüber regt man sich höchstens für ein kleines Weiches sentimental auf. Da wirkt das Gewissen über bedrohte, belästigte, ihel angehende Streikbrecher wegen der inneren Unwahrscheinlichkeit direkt empörend, ekel-erregend.

Ernsthaft wird keiner der Streikbrecherhühner bestreiten, daß ihm die „Arbeitswilligen“ im tiefsten Herzensgrunde ganz gleichgültig sind; das Streikrecht der Arbeiter soll getroffen werden. Die Aufhebung des Koalitionsrechts soll Lohnforderungen der Arbeiter möglichst unwirksam machen. Man will an Löhnen sparen. Das ist des Bundes Kern. Nun gäbe es aber gerade für die Hansabund-leute nichts Schlimmeres, als wenn es gelänge, ein weiteres Ansteigen der Löhne zu verhindern, oder gar das Lohnniveau herabzudrücken. Verminderte Löhne bedeuten naturgemäß Schwächung der Kaufkraft. Von einer solchen werden aber besonders die im Fahrwasser des Hansabundes fegenden Mittelständler getroffen. Das können sie zu ihrem Rug und Frommen im letzten Jahresbericht der Handelskammer (I. Teil 1914) nachlesen. Es wird dort ausgeführt, daß infolge des Rückganges der Konsumkraft der breiten Masse gerade die Gewerbe- und Handelszweige, die unmittelbar mit den Konsumenten verkehren und solche Waren herstellen und vertreiben, die als weniger unentbehrlich gelten, am allermeisten gelitten haben.

Das ist ja auch erklärlich. Je mehr die Arbeiterschaft von ihrem Lohne für unentbehrliche Lebensmittel aufwenden muß, um so weniger bleibt für andere gewerbliche Erzeugnisse. Es wird gelappt bei dem Einkauf solcher Waren, auf deren Absatz der größte Teil der Handwerker, Kleingewerbetreibenden, Händler angewiesen ist. Diese Kreise sind es, die von jedem Lohnrückgang am meisten betroffen werden, die andererseits von jedem Hinansteigen der Löhne den größten Vorteil haben, einen Vorteil, der weit über die Mehraufwendungen hinausgeht, die von Handwerfern um an höheren Löhnen zu leisten sind. Ihnen kommt nämlich die gesteigerte Kaufkraft aller Arbeiter vornehmlich zugute. Daran denken die Hansabundleute im Schlepptau des Großkapitals nicht. Sie jagen einem Groschen nach, der dem Arbeiter vom Lohn abgezwickelt werden soll und verpielen dabei große Summen Einnahmen und Verdienst. Als Schuß- und Hülfsstrupe der Agrarier und industriellen Schützengener im Kampf gegen das Koalitionsrecht legen sich die Mittelständler eine Drosselkammer um den Hals. Es ist geradezu unbegreiflich, wie man auf den tollsten Gedanken verfallen kann, Handwerfern, Kleingewerbetreibenden, Händlern usw. könne durch eine Schwächung der Konsumkraft der Arbeiterschaft geholfen werden.

Aus Industrie und Handel.

Ein Trick von August Thibben.

August Thibben ist nach der Familie Krupp wahrscheinlich der reichste Mann der Rheinprovinz. Zu seinen berühmten Transaktionen, bei denen dieser Parade-Zentrumsmann sich durch seine Kapitalübermacht bei Beachtung des strengen Wortlauts des Gesetzes offensichtlich die größten Sonder Vorteile verschaffen konnte, gestellt sich folgendes neue Stücklein.

Zu Beginn des Jahres 1911 betrug das Aktienkapital der Gesellschaft für Hüttenbetrieb zu Duisburg-Neudorf 4,5 Millionen Mark, eingeteilt in 4500 Aktien zu je 1000 M. Hieron befah die Gewerkschaft Deutscher Kaiser (das ist August Thibben) alle mit Ausnahme von neun, welche der Guten Hoffnungshütte gehörten. Dieser Besitz der Guten Hoffnungshütte war Thibben unbekannt, denn schon im Jahre 1906 hatten sich infolge dieses Aktienbesitzes Differenzen bei der Benutzung eines Hafens ergeben, wobei die Gute Hoffnungshütte den Wünschen von Thibben nicht entgegenkam. Ein Kauf der fehlenden Aktien war ausgeschlossen, weil sie nur gegen sehr hohe Entschädigung zu haben gewesen wären. Da verfiel Thibben auf einen Ausweg. Bei Aktiengesellschaften, die sich schlecht rentieren, ist es zur Gefundung der Verhältnisse notwendig, daß das Aktienkapital „zusammengelergt“ wird. Um die Unterbilanz zu decken, muß jeder Aktionär auf einen Teil seines Besitzes verzichten. Die Duisburger Hütte stand finanziell nicht schlecht da. Aber eine solche Zusammenlegung des Aktienkapitals kann vielleicht die unbecuene Konkurrenz hinaudrängen. Es wurde also eine Hauptversammlung der Aktionäre einberufen, die mit 4451 gegen 9 Stimmen beschloß, daß von 45 Aktien je eine vernichtet werden sollte. Falls ein Aktionär weniger als 45 Aktien besitze, so sollten die in seinem Besitz befindlichen Aktien versteigert und der Erlös ausbezahlt werden. Die Gute Hoffnungshütte fragte, dieser Beschluß solle, weil er gegen die guten Sitten verstoße, für nichtig erklärt werden. Die Generalversammlung habe nur den einzigen Zweck gehabt, sie herauszudrängen, weil ja nur zwei Aktienbesitzer in Frage kämen. Das Landgericht Duisburg erkannte zugunsten der Klägerin, das Oberlandesgericht Düsseldorf und das Reichsgericht entschieden aber, die Differenzen, welche Thibben schon im Jahre 1906 gehabt habe, seien ein hinreichender Grund für ihn gewesen, die Gute Hoffnungshütte mit allen Mitteln zu bekämpfen. Da gegen die Beschlüsse formal nichts

einzuwenden sei, habe Thibben in Wahrnehmung berechtigter wirtschaftlicher Interessen gehandelt und habe deshalb zu dem Dinauswurf der Aktienmajorität ein sittliches Recht gehabt.

Daß die große und kapitalreiche Gute Hoffnungshütte Mittel und Wege finden wird, um auf anderem Wege Herrn Thibben wieder einen Streich zu spielen, braucht man nicht zu bezweifeln. Wenn aber an ihrer Stelle ein kleiner Kapitalist gestanden hätte, so wäre dieser, wie das Reichsgerichtsurteil zeigt, erbarmungslos der Gnade oder Ungnade des Multimillionärs ausgeliefert gewesen.

Rückgang des Roheisengeschäfts. In der Hauptversammlung des Roheisverbandes wurde über die Marktlage berichtet: Der Versand im Januar ist mit 71,88 Proz. der Beteiligung gegen die Vormonate erheblich zurückgeblieben. Teils ist dieser Rückgang auf die infolge des Frostwitters im Januar ausgebliebenen Wasser-berladungen zurückzuführen, andernteils auch darauf, daß die Abnehmer ihre Bestände stark reduziert. Für Februar ist mit einer geringen Besserung des Versandtes zu rechnen.

Ein gutes Schiffsahrtsjahr. Die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa wird trotz reichlicher Abkürzungen eine Dividende von 20 Prozent wie im Vorjahre zur Verteilung bringen. Der Reingewinn beträgt 8 737 000 M.

Außenhandel im Januar. Die Einfuhr Deutschlands steht im Januar d. J. der Menge und dem Werte nach niedriger als im Januar 1913, während die Ausfuhr eine neue Steigerung erfuhr. Es betrug die Einfuhr 910,6 Millionen Mark (gegen 949,1 im Januar 1913), die Ausfuhr 801,1 (gegen 752,1) Millionen Mark.

Deutsche Lokomotiven in England. Wie die Zeitungen melden, hat die South Eastern and Chatham-Eisenbahn kürzlich bei der Firma Borsig in Tegel zehn starke Lokomotiven bestellt. Es ist dies der erste Auftrag von Lokomotiven, der von englischen Unternehmern nach Deutschland gegeben worden ist, mit Ausnahme von einigen Maschinen für schmalspurige Privatbahnbetriebe. Die Meldung sagt weiter, daß die britischen Lokomotivbauer infolge der günstigen Geschäftslage keine frühzeitige Lieferung garantieren können und daß ferner der Preis des deutschen Angebotes günstiger war.

Versammlungen.

Für das unbeschränkte Koalitionsrecht.

Eine vom Zentralverband der Bäder und Konditoren einberufene öffentliche Versammlung, die am Dienstag nachmittag unter sehr zahlreicher Beteiligung in Obiglos Konzer- und Festsaal in der Koppenstrasse tagte, nahm nach einem Referat des Genossen Pöschel einstimmig eine Resolution an, die dem Reichstage zugeleitet werden soll.

Die Resolution bezeichnet den § 153 der Gewerbeordnung als ein Ausnahmefesetz gegen die Arbeiter, der Rechte auch im übrigen fortgesetzt bestimmt werden, während den Arbeitgeberverbänden und den Zwangsinnungen immer größere Rechte eingeräumt werden. Sogar der § 100 g der Gewerbeordnung, der den Zwangsinnungen mit Recht verbietet, ihre Mitglieder in der Annahme von Kunden sowie in der Festsetzung der Preise zu beschränken, soll, wenn es nach den Wünschen der Innungsführer geht, beseitigt werden, wodurch die Kleinmeister dem rückfälligen Terrorismus der Zwangsinnungen preisgegeben werden würden. Den Arbeitern dagegen soll der Gebrauch des Koalitionsrechts, die Betätigung von Streiks und Boykotts unmöglich gemacht werden. Das läßt namentlich der jetzt vorliegende Strafschwerwurfs erkennen. — Demgegenüber fordert die Resolution Befestigung aller die Ausübung des Koalitionsrechts beschränkenden Bestimmungen des geltenden Rechts sowie der im Vereinsgesetz enthaltenen Ausnahmestimmungen gegen jugendliche und fremdsprachige Arbeiter. Als Voraussetzung zur Sicherstellung des Koalitionsrechts wird das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus gefordert.

Die Frauen und Mädchen in der russischen Revolution lautete das Thema einer sehr gut besuchten Versammlung des 4. Kreises, Genosse Goldberg hatte wiederum das Referat übernommen. Den wesentlichen Inhalt seiner Ausführungen haben wir bereits in unserem Bericht in Nr. 38 des Vorwärts wiedergegeben. Auch in dieser Versammlung wurden die Schilderungen des himmelstreichenden Glanzes, sowie der schrecklichen Brutalitäten mehrfach von stürmischen Ausrufungen des Abscheus begleitet, während das heroische Verhalten der Kämpfer, vor allem aber der Kämpferinnen, begeisterten Beifall auslöste. Auch der Referent wurde mit lebhaftem Applaus überschüttet.

In der Diskussion meinte ein Anhänger des Anarchismus Kapital aus den Vorlegungen schlagen zu können, es wurde ihm aber vom Referenten im Schlusswort kein Zweifel gelassen, daß in Deutschland, dem Land der festgefühten Organisation disziplinierter Waffen, kein Boden für terroristische Akte sei. Durch den Genossen Hoffmann wurde die Versammlung nach einem anfeuernden Hinweis auf die naehende „rote“ Woche geschlossen.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherung lautete das Thema einer vom zweiten Berliner Reichstagswahlkreis einberufenen Versammlung, über das Genosse Wiesner referierte. Einleitend erklärte der Referent, daß die Reichsversicherung wohl ein neues Gesetz sei, aber sich aufbaue auf das alte Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz. Erläuternd zeigte Redner die Vorgeschichte dieser Versicherungszweige, um dann auf das eigentliche Thema mit umfassender Sachkenntnis einzugehen. Die Behandlung dieser Frage ist um so notwendiger, als in weiten Kreisen noch eine große Unkenntnis in dieser Hinsicht besteht. Wie Redner betonte, dürfte noch mindestens ein Jahr vergehen, ehe die Maschinerie dieses Gesetzes ihren glatten Gang erhält. Es sei auch zu bedauern, daß in Berlin und anderswo — aus parteipolitischen Gründen — bewährte und sachkundige Arbeitervertreter als Vorstehende unberücksichtigt blieben. Auch in sonstiger Hinsicht hat man verstanden, die Arbeitnehmer ins Hintertreffen zu drängen. Bedauerlich ist ferner, daß die Frauen, die doch dieselben Pflichten tragen, bei dem Ober- und Reichsversicherungsausschuss keinen Einfluß haben, obgleich gerade hier mancherlei Fragen vorkommen, die die Interessen der weiblichen Mitglieder aufs engste betreffen. Redner erläuterte auch den Paragrafen über die Schweigepflicht der Angestellten und zeigte daran, daß es nicht an diesen liege, wenn sie im Auskunftsgeben vorsichtig sind. Mit großem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners, der trotz der beschränkten Zeit eine Fülle von Anregungen aus dieser, für die Arbeiter so außerordentlich wichtigen Materie gab. Als unumgänglich notwendig bezeichnete Redner es, daß jeder einzelne sich eine genaue Kenntnis der Satzungen verschaffe. Jedem Mitglied müssen Satzungen und Krankenordnungen auswendig gelernt werden. — Unseitiger Beifall lobte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Weitere an ihn gerichtete Anfragen beantwortete Genosse Wiesner sachgemäß und erschöpfend.

Jugendveranstaltungen.

Neußk. Helm I. Idealpflanze. Heute Donnerstag, vierter Vortrag über: „Geschichte des 19. Jahrhunderts“.

Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung Vorwärts zu haben:

August Bebel, Aus meinem Leben.

Dritter Band.

Preis broschürt 1.80 M., gebunden 2.25 M.

Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 49. — Donnerstag, den 19. Februar 1914.

3. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen.

Im Auftrag der Vertreterinnen sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen aller Länder, die durch das Internationale Sekretariat sozialistischer Frauen miteinander verbunden sind, berufen die Unterzeichneten hiermit die

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen

für den 21. und 22. August nach Wien ein. Die Konferenz wird Freitag, den 21. August, vormittags 9 Uhr, eröffnet. Das Logungslotal wird noch bekanntgegeben.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Bericht der internationalen Sekretärin.
3. Der Kampf um das Frauenwahlrecht.
4. Gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind.
5. Die Teuerung.
6. Verschiedenes.

Die Referentinnen werden auf Grund der Vorschläge der Organisationen bestimmt, die international verbunden sind.

Die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen wie alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterinnenorganisationen werden dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Die Zahl der Delegierten ist für keine Organisation beschränkt.

Entsprechend dem inneren und auch dem organisatorischen Zusammenhang, in dem die proletarische Frauenbewegung mit der allgemeinen Klassenbewegung aller Länder steht, fasst die Konferenz keine Beschlüsse, die für die allgemeinen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bindend sind.

Anträge zur Tagesordnung sind spätestens bis 1. Juni an die internationale Sekretärin einzuliefern, damit sie rechtzeitig überseht und zur Kenntnis der korrespondierenden Organisationen gebracht werden können. Die Berichte über den Stand der sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenbewegung in den einzelnen Ländern sind aus dem gleichen Grunde spätestens bis 15. Mai einzuliefern.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz gut besucht wird und erfolgreich das Wert grundsätzlicher Aufklärung und praktischer Arbeit fortzusetzen vermag, das die Konferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen begonnen haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Im Auftrag:

Mara Jettin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Internationale Sekretärin.

Luisa Fieb, Berlin, Adelheid Popp, Wien, Anna

Woschek, Wien, Mitglieder des vorbereitenden Komitees.

Was erwarten wir vom Frauenwahlrecht?

Die Ablehnung der Frauenforderungen äußert sich nicht mehr so schroff, wie dies früher der Fall war; man ist höflicher geworden, wie die parlamentarischen Frauenwahlrechtsdebatten der letzten Jahre beweisen. Wenn jetzt Einwände gegen das Frauenstimmrecht vorgebracht werden, so bewegen sie sich meist in der Richtung, daß seine Zeit noch nicht gekommen, auch, daß es überflüssig wäre, weil es nur eine Verdoppelung der Stimmenzahl sämtlicher Parteien bedeuten würde. Selbständige politische Ansichten traut man der Frau nicht zu, und so meint man vielfach, jede Wählerin würde blindlings wie dasjenige männliche Wesen stimmen, dem sie ihr Vertrauen oder ihre Liebe schenkt. Eine solche Beweisführung ist freilich schon ein Fortschritt gegen früher, wo man nicht genug vor der Zerstörung des Familienalters warnen konnte, da politische und eheliche häusliche Interessen nun einmal mit einander unvereinbar seien.

Not und Drang der Gegenwart beginnen neue Erkenntnisse zu zeitigen. Ein zehnmillionen-Deer erwerbstätiger Frauen — Frauen, die arbeiten müssen, um nicht zu hungern — ist ein lebendiger Protest gegen das altfränkisch anmutende Kaiserwort, daß die Aufgabe der Frau „nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten liegt, in denen sie es den Männern gleich tun kann, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie.“ Diese Rechte, von denen der Kaiser so geringschätzig sprach, braucht die Frau, selbst wenn sie nur Hausmutter wäre, schon um den Staat zur Schaffung von Einrichtungen zu veranlassen, die es ihr erleichtern, Mutter zu sein. Bedarf sie nicht auch des Wahlrechts als einer sozialen Anerkennung des wichtigen und verantwortungsvollen Mutterdienstes, den sie in langen schmerzhaften und enttäuschenden Jahren der Gesellschaft leistet? Und nun erst die erwerbstätige Mutter! Was tut die Gesellschaft, um die vielgeplagte Frau des 20. Jahrhunderts von ihrer immer schwerer werdenden Bürde zu entlasten? Hat sie ihr den Achtstundentag gegeben? Schafft sie ihr billige, gesunde, geräumige Wohnungen mit zeitgemäßen, arbeitssparenden Einrichtungen? Tut sie etwas Durchgreifendes, um die Jugend vor Verwilderung und Verwahrlosung zu schützen? Haben wir eine Arbeitslosenfürsorge, die in der Zeit der immer mehr um sich greifenden Krise auch nur das ärgste Elend von der Arbeiterfamilie abwendet? Braucht sie, die wirtschaftlich schwächer ist, als der Mann, das Wahlrecht nicht, um die wütenden Vorstöße des Unternehmertums gegen das Koalitionsrecht abzuwehren? Von den großen Fragen der äußeren Politik gar nicht zu reden, die die teuerungszahlende Frau heute nicht minder angehen, wie den Mann. Stets hat es sich gezeigt, daß die Gesetzgebung nur eingreift, wenn hinter einer Forderung große Massen von Wählern stehen. Die politisch rechtlose Frau aber ist das Stiefkind der Gesetzgebung.

So ist das Wahlrecht für die Frau ein unentbehrliches Mittel, um die Gesellschaft auf der Bahn der Reformen vorwärts zu treiben. Die Frau kann sich nicht begnügen mit dem minimalen indirekten Einfluß, den sie hier und da vielleicht auf das politische Leben ausübt, nicht mit den dürftigen Abschlagszahlungen des Wahlrechts für die Krankenkassen, die Angestelltenversicherung, die Rentenausschüsse usw., womit man sie beschwichtigen will. Sie fordert das volle Bürgerrecht: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht für alle Staatsbürger vom vollendeten 20. Lebensjahr an für sämtliche gesetzgebenden und Verwaltungsvorgeschäften. Sie ist sich bewußt, dem Volksganzen wertvolle Dienste leisten zu können, wenn sich ihre weibliche Eigenart auf vielen heute brach liegenden Gebieten der Gesetzgebung schöpferisch auswirken kann. Aber das ist Zukunftsmusik. Die unmittelbare Wirkung des Frauenwahl-

rechts wäre das allgemein erweckende politische Interesse der Frauen, damit ein mächtiges Aufflammen des Klassenkampfes und schließlich eine Verschleppung des Sturzes der heutigen Gesellschaftsordnung, ein Ziel, von allen Unterdrückten und Ausgebeuteten aufs innigste zu wünschen.

In diesem Sinne soll der Frauentag am 8. März die Frauen allerorten versammeln und auf die weltgeschichtliche Bedeutung der Forderung des weiblichen Bürgerrechts hinweisen. Pflicht der arbeitenden Frauen ist es, diese Demonstration so imponierend zu gestalten, daß alles Wohlstandsgespött vor ihrer Größe verstummt und daß auch das zaghafteste Frauengemüt erfüllt wird mit Kampfesmut und mit froher Zuderkunft auf den endlichen Sieg des großen Befreiers Sozialismus.

Reaktionäre Anschläge.

Mitglieder aller bürgerlichen Parteien haben im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, der dem Kampf gegen den Geburtenrückgang dienen soll. Nach § 1 kann der Bundesrat den Verkehr mit Gegenständen, die zur Verhütung der Schwangerschaft oder zur Verhütung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt, ist deren Einfuhr verboten. Wer diesen Verboten zuwiderhandelt, soll mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bestraft werden. Die öffentliche Anzündung oder Anpreisung von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis oder Verhütung der Schwangerschaft soll sogar mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. geahndet werden. Gegen diesen Gesetzentwurf kann nicht scharf genug Protest erhoben werden. Die Einschränkung der Geburten ist im weitestlichen, soweit die Arbeiterkraft in Frage kommt, den Eltern durch die wirtschaftliche Entwicklung ausgezwungen worden. Die Frauenberufarbeit hat zu einem Teile überhaupt die Fähigkeit der Empfängnis und der Austragung gesunder Kinder verringert, zum andern ist es die Notlage der gering entlohnten Arbeiter, die den Eltern die Verringerung der Kinderzahl wünschenswert machen muß. Die agrarische Jollwucher- und Viebesgabenpolitik, der Widerstand der Unternehmer gegen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwingen große Kreise des Volkes, auf Kinderlegen zu verzichten. Die Sorge um die eigene Existenz und die Lebensmöglichkeit der erstgeborenen Nachkommen macht es den Eltern oft zur Pflicht, die Kinderzahl einzuschränken. Auch die Sozialdemokratie sieht in dem Geburtenrückgang keine erfreuliche Erscheinung, aber sie muß es ablehnen, reaktionären Kompromissen zuzustimmen, die für die Arbeiterkraft nur eine Schwäne bedeuten, ohne den eigentlichen Ursachen gerecht zu werden. Erweiterte Fürsorge für Mutter und Kind — sei es unehelich oder nicht — kann für uns das einzige Mittel sein, um den Geburtenrückgang einzudämmen. Aber gerade hier versagen die bürgerlichen Parteien. Statt dessen schlagen sie Mittelmaß vor, die das durch allerlei gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen umstellte Leben des Proletariats nur noch mehr einengen. Den bestehenden Klassen, die zuerst die Geburtenbeschränkung litten, wird es ein Leichtes sein, die geplanten Gesetzesparagrafen zu umgehen. In der Praxis wird das neue Gesetz nur einen neuen Ausnahmezustand für das Proletariat schaffen.

Frauenbildung.

Die Mädchen brauchen nichts zu lernen. In Köln tagte eine Versammlung von Vertreterinnen wirtschaftlicher Körperschaften aus ganz Rheinland und Westfalen zur gemeinsamen Beratung über das Pflichtfortbildungsschulwesen. Nach längerer Erörterung über die Frage wurde folgender Beschlus angetragen: „Aus Anlaß der von der Verwaltung der Stadt Köln beabsichtigten Ausdehnung des Fortbildungsschulzwangs auf gewerbliche weibliche Arbeiter beschließt die Versammlung, daß eine Ausdehnung dieses Unterrichts für weibliche gewerbliche Arbeiter unter allen Umständen abzulehnen sei. Weiter spricht sie die Forderung aus, daß Gemeinden und Behörden von einer weiteren Ausdehnung des Pflichtfortbildungunterrichts für ungelernete gewerbliche Arbeiter überall da absehen, wo die Gefahr einer Vereinträchtigung von Handel und Industrie zu befürchten ist.“

Auf allen Kanälen und in der bürgerlichen Presse lamentiert man über das angeblich schlechte Betragen und die geringen Kenntnisse der jungen Arbeiterinnen. Hier aber spricht sich eine bedeutende Interessentengruppe gegen die Fortbildung der jungen Proletarierinnen aus und möchte am liebsten auch den jugendlichen männlichen Arbeitsträften den Fortbildungsschulunterricht tauben. Die „Vereinträchtigung von Handel und Industrie“ erlaubt es nicht; deutlicher: höher als die Volksbildung steht für den Kapitalisten der Profit.

Frauenstudium in der Türkei. Erfreuliches ist auf dem Gebiete der türkischen Frauenbewegung zu verzeichnen. An der Konstantinopeler Universität sind Vorlesungen für Frauen eröffnet worden. Es ist dies das erstmal, daß türkischen Frauen Gelegenheit zu höherem Unterricht gegeben wird. Bis jetzt war es nur einzelnen Frauen aus der türkischen Aristokratie durch lofpfeiligen Privatunterricht möglich, eine europäische Bildung zu erreichen. Jetzt wird der Kreis erweitert. Die türkischen Frauen zeigen denn auch ein reges Interesse an den Kursen. Die erste Vorlesung wurde von rund 250 Frauen besucht.

Frauenstimmrecht.

Strahrendemonstration in Holland. Da die Regierung die Absicht hat, das allgemeine Männerwahlrecht einzuführen, aber nur die Möglichkeit des Frauenwahlrechts zu eröffnen (allerdings unter der Bedingung, daß eine eventuelle Beschränkung des Frauenwahlrechts nicht nach dem Willkür des Besitzes erfolgen dürfe), hatte der bürgerliche Verein für Frauenwahlrecht in Amsterdam eine Demonstration für die Gleichstellung der Geschlechter veranstaltet. Während sich früher der Verein immer ziemlich feindlich gegen das allgemeine Wahlrecht verhielt, hat er jetzt die Konsequenzen aus der bevorstehenden Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts gezogen und agitiert auch für das allgemeine Frauenwahlrecht. Unter diesen Umständen konnte unsere Partei auch ihre frühere ablehnende Stellung gegen diesen bürgerlichen Verein ändern und nahm an der Demonstration teil. Zum erstenmal sah Amsterdam eine nur aus Frauen bestehende Strahrendemonstration. Mit ihren 1500 Teilnehmerinnen machte sie einen starken Eindruck. In dem nachfolgenden Massenmeeting, an dem auch unsere Genossen in großer Zahl teilnahmen, sprach im Namen unserer Partei Genosse Widdant unter starkem Beifall.

Deutscher Frauenstimmrechtsbund. Die reaktionären Bestrebungen im Deutschen Verband für Frauenstimmrecht haben bekanntlich dazu geführt, daß eine große Zahl von Mitgliedern, darunter ganze Ortsgruppen, aus dem Verband ausgeschieden sind. Die Stimmrechtsvereine, die unter allen Umständen die Forderung des Reichstagswahlrechts für Frauen erheben, haben sich nun kürzlich zu einem „Deutschen Stimmrechtsbund“ zusammengetan. Der Zusammenschluß ist recht los; einen Vorstand gibt es nicht, nur

eine Schriftführerin (Fraulein Emilie Steiner in Hamburg), die zwischen den einzelnen Gruppen vermittelt. Der demokratische Charakter des neuen Bundes wird durch den Satzungsparagrafen unterstrichen: Die Mitgliedschaft verliert jede Vereinigung, die gegen den Grundsatz des Bundes „allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für die Frauen agitiert oder in deren Mitgliederkreise solche Agitation besteht“. Die Entwicklung des Mitgliederbestandes wird ja zeigen, wie — wenige bürgerliche Frauen in Deutschland so demokratisch denken. Die proletarischen Frauen bedürfen keines neuen Bundes; ihre Organisation gibt ihnen einen viel festeren Rückhalt als es irgend ein Bund könnte, der nur einzelne proletarische Forderungen vertritt.

Konservative Frauen.

Die fest zugemauerte Tür. Am 11. bis 15. d. M. tagte die neu gegründete „Vereinigung konservativer Frauen“ in Berlin unter dem Vorsitz eines Fräulein Verta v. Kröcher. Die Teilnehmerinnen wurden von berühmten Parteimännern (v. Seydewitz, Dr. Hahn, Stadmann, Dr. v. Stegmann und Stein) in die konservative Weltanschauung eingeführt. Der Vertreter des konservativen Parteivorstandes, Stadmann, paktete den Zuhörerinnen strengen Gehorsam gegenüber der Parteileitung ein. Insbesondere dürften die Damen nie etwas befürworten, was mit der Forderung des Frauenstimmrechts zusammenhängt und letzten Endes dahin führen könnte. Die Vorsitzende beeilte sich, darauf zu erklären, daß es nunmehr feststehe, daß jede Tür nach links innerhalb der „Vereinigung“ fest zugemauert sei. — Die Vereinigung konnte sich nicht besser selbst charakterisieren als durch dieses Wort: in der Tat, die konservativen Frauen vermauern sich gegen jeden frischen Zug der Entwicklung. Sie richten eine künstliche Wand gegen die Forderungen, die durch das moderne wirtschaftliche Leben geboten werden. Es ist nur die Frage, wieviel Frauen sich hinter diese Mauern verstecken und wie lange diese Mauern standhalten werden. Die Angstlichkeit, mit der man sich auf die vermauerte Tür beruft, ist nur ein Beweis mehr dafür, wie wenig man selbst ihrer Festigkeit traut.

Landfrauen-Versammlung. Zu den regelmäßigen Veranstaltungen der Landwirtschaftswochen gehört seit 1913 der Landfrauenstag. Was darunter zu verstehen ist, ersieht man sofort daraus, daß der „Evangelische Verband zur Pflege der weiblichen Jugend“ die Tagung einberuft. Im wesentlichen wurde für die Jungfrauenvereine Propaganda gemacht und als Hauptfrage der Ausbildung die „Seelenpflege“ empfohlen. Für die Arbeiterfrauen können diese Bestrebungen nur ein erneuter Anlaß sein, ihre Töchter der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Die Frau in der Gewerkschaft.

Frauenemancipation in Theorie und Praxis. In der letzten Frauen-Rundschau des „Berliner Tageblatts“ teilt Hermann Fernau (Paris) mit, daß die Gewerkschaft der Buchdrucker in Lyon sich kürzlich mit 300 gegen 26 Stimmen gegen die Zulassung einer Frau als Mitglied ausgesprochen hat. Der Mann dieser Arbeiterin, der ebenfalls Buchdrucker ist, wurde mit 20 gegen 48 Stimmen ausgeschlossen, weil er sich weigerte, seine Frau vom Sekstanten wieder ins Haus zu bannen. — Aus dem Artikel geht nicht hervor, welcher Gruppe die „Gewerkschaft“ angehört. An sich bleibt der Vorgang, falls er sich wirklich so abgespielt hat, bedauerlich. Die Redaktion der Rundschau (Frau Anna Blothow) knüpft daran aber folgende Bemerkung: „In Deutschland liegt die Sache nicht viel anders. Auch hier wehrt sich die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft gegen Aufnahme von Frauen.“ Bürgerliche Leserinnen, die mit Organisationsverhältnissen nicht vertraut sind, könnten daraus schließen, daß Arbeiter (Buchdrucker) sich gegen die Aufnahme von Frauen wehren. Nun ist aber die „Berufsgenossenschaft“ bekanntlich eine Organisation von Unternehmern zur Durchführung der Unfallversicherung. Sollte die Redaktion aber den Verband deutscher Buchdrucker meinen, so trifft diese Kritik völlig daneben. Die freigebergschaftlich organisierten Arbeiter machen grundsätzlich keinen Unterschied in der Aufnahme von Männern und Frauen. In der Gewerkschaft der Buchdrucker ist nur deshalb keine Frau organisiert, weil es Buchdruckerinnen so gut wie gar nicht gibt. So viel wir wissen, hat auch noch nie eine Frau die Aufnahme in diesen Verband beantragt. Dagegen besteht ein Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter, der sich aus dem „Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckerpressen“ entwickelt hat. In diesem Verband übertrifft die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen, und eine Frau steht an der Spitze des Verbandes.

Lohnverhältnisse und Arbeitsvermittlung in der Damenkonfektion.

Die Bedingungen, zu denen Arbeiterinnen beschäftigt werden, sind ganz allgemein keine glänzenden. Besonders traurige aber bestehen für die vielen Tausende von Arbeiterinnen, die in der Damenkonfektion beschäftigt sind. Das Elend, das hier anzutreffen ist, hat vor Jahren einmal weite Kreise der Bevölkerung aufgezogen, allerdings nur für kurze Zeit. Der Streik der Berliner Mäntelherstellerinnen im Jahre 1896 und die durch ihn bekanntgewordenen Zustände in der Beschäftigung und Entlohnung der Arbeiterinnen erweckte das Interesse auch eines Teils des Bürgertums. Trotzdem ging der Streik verloren. Die Arbeiterinnen waren nämlich nicht genügend organisiert. Auch die wenigen Jugendverbände, die in Einzelfällen gemacht waren, wurden aus diesem Grunde nicht gehalten.

Seitdem sind 18 Jahre verfloßen und in den Arbeitsbedingungen anderer Berufe sind erhebliche Verbesserungen eingetreten. In der Damenkonfektion aber liegen die Verhältnisse heute noch genau so wie zurzeit des Streiks der Mäntelherstellerinnen, sie sind sogar noch schlechter geworden. Für die Herstellung der Gegenstände wird heute vielfach noch weniger bezahlt, als damals üblich war.

Dabei ist in keinem Beruf eine so unterschiedliche und willkürliche Bezahlung anzutreffen, als sie hier geübt wird. Diese Art der Entlohnung war denn auch mit Veranlassung, daß 1911 die Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektion gemeinsam mit den Zwischenmeistern in eine Lohnbewegung eintreten. Auch diesmal mußte die Bewegung abgebrochen werden, ohne daß der Zweck erreicht war, in der Hauptsache, weil die verbundenen Zwischenmeister die versprochene Treue nicht gehalten hatten. Jetzt wird wieder versucht, die wenigen Erfolge des Vorgehens zunichte zu machen und die Organisation ist dagegen machtlos, weil die Mehrzahl der in der Damenkonfektion beschäftigten Arbeiterinnen — meist Heimarbeiterinnen — ihr nicht angeschlossen sind.

Die Arbeiterinnen dieser Branche stehen in ihrer Mehrzahl heute noch den Unternehmern und Zwischenmeistern als einzelne gegenüber. Dadurch aber ist die Herabsetzung der Akkordpreise erst möglich gewesen und daher konnte auch der Wille in der Entlohnung und Beschäftigung bisher kein Einhalt geboten werden. Und die organisierten Arbeiter sehen ruhig zu, wie sich ihre Frauen und Töchter in der heutigen Zeit der allgemeinen Teuerung für weniger Geld abmühen und in einer Zeit, wo überall Verfügung

der Arbeitszeit angestrebt wird, ihren Arbeitslohn verlängern müssen, wenn sie dasselbe verdienen wollen wie vor 10 und 20 Jahren.

Dies ist recht bedauerlich. Weil sie in ihren Organisationen den Wert des solidarischen Zusammengehens erkannt haben, sollten sie auch ihre Familienangehörigen, die in der Heimarbeit beschäftigt sind, hierüber aufklären. Auch diese können nur durch Organisation etwas erreichen. Diese aber ist jetzt für die Arbeiterinnen der Damenkonfektion um so notwendiger, weil der Verband der Schneider und Schneiderinnen jetzt verdrängt, durch eine andere Art der Arbeitsvermittlung Einfluss auf gleichmäßige Bezahlung zu gewinnen. Gelingt dies, dann sind die hauptsächlichsten Gründe für die traurigen Lohnverhältnisse in der Damenkonfektion beseitigt.

Schon durch das Hausarbeitsgesetz wurde anerkannt, daß in der ungleichen Entlohnung die Ursache des Elends der Heimarbeiterrinnen liegt. Die §§ 3 und 4, die die Unternehmer verpflichten, durch Lohnaufsätze, Lohnlisten oder Lohnbücher die festgesetzten Preise allen Arbeiterinnen bekanntzugeben, sind die wichtigsten des Gesetzes. Leider aber sind gerade diese Paragraphen heute noch nicht in Kraft getreten.

Deswegen müssen sich eben auch die Arbeiterinnen in der Damenkonfektion allein helfen, indem sie sich organisieren und bei Stellenwechsel den Arbeitsnachweis benutzen, der vom Verband für Schneider und Schneiderinnen in Gemeinschaft mit den organisierten Unternehmern des Berufs errichtet worden ist.

Die bisherige Art des Angebots der Arbeitstätigkeit schuf Ueberangebot in vielen Fällen und öffnete dadurch der Willkür in der Bezahlung und Entlohnung alle Türen. Gelingt es, das Arbeitslohn nach Annoncen und Plakaten auszuschalten, dann wird durch die Vermittlung noch einheitlichen Bedingungen der Beschäftigung für die so notwendige Aufbesserung der Löhne in der Damenkonfektion.

Die Rechtsstellung der Frau.

Italienische Reformentwürfe. Aus Rom wird uns geschrieben: Der republikanische Abgeordnete Comandini hat der Kammer einen Gesetzentwurf über die Ehe Scheidung vorgelegt. Der Entwurf sieht die Ehe Scheidung für drei Fälle vor: 1. bei Verurteilung eines Ehegatten zu Zuchthaus für die Dauer von nicht weniger als 10 Jahren; 2. bei Entmündigung wegen Geisteskrankheit, wenn die Entmündigung seit drei Jahren besteht und die Krankheit für unheilbar erachtet wird; 3. nach erfolgter Trennung der Ehe, wie sie das heutige Zivilgesetzbuch zuläßt; die Trennung muß seit fünf Jahren bestehen, wenn Kinder da sind und seit 3 Jahren bei kinderlosen Ehen. Die Motive für die Trennung bleiben natürlich

dieselben, also schwere Mißhandlung, Ehebruch der Frau, ehebrevierisches Verhältnis des Mannes, soweit es offiziell bekannt ist, oder der Mann die Geliebte in das eheliche Haus bringt, und schließlich gegenseitige Einwilligung. — Trotz seiner Schüchternheit dürfte der Entwurf in der heutigen Kammer auf keinerlei Erfolg rechnen können. Eine Ehe Scheidung wird vorläufig in Italien unmöglich bleiben.

Um zu zeigen, daß auch die Merkmale für gewisse Reformen über den Familienstand eintreten, hat der Merkale Meda der Kammer einen Gesetzentwurf über die Erziehung der Vaterschaft vorgelegt. Die nach dem bisherigen bürgerlichen Gesetzbuch verbotene Erforschung soll zugelassen werden: 1. in den Fällen von Notzucht und gewalttätiger Entführung; 2. bei Verführung mit vorhergehendem Eheverprechen oder unter Verriegelung falscher Tatsachen, unter Mißbrauch der Autorität, des Vertrauens oder des Zusammenwohnens im gemeinsamen Haushalt; 3. wenn die Mutter und der vermeintliche Vater notorisch in gemeinsamem Haushalt gelebt haben; 4. wenn die Vaterschaft aus ausdrücklicher schriftlicher Erklärung des Vaters hervorgeht. Wenn die Mutter in der für die Empfängnis in Betracht kommenden Zeit ein anderes Verhältnis unterhielt oder notorisch üblen Leumund hatte, kann die Vaterschaft niemandem zugesprochen werden.

Rechtliche Stellung der russischen Frau. Die Reichsduma (die russische Volksvertretung) verhandelte am Dienstag über einen Gesetzentwurf über die Erweiterung der Persönlichkeits- und Eigentumsrechte der verheirateten Frauen. Durch diesen Gesetzentwurf sollen verheiratete Frauen ermächtigt werden, getrennte Rasse ohne Erlaubnis ihrer Ehegatten sich aufstellen zu lassen. Von ihren Ehegatten getrennt lebende Frauen sollen das Recht erhalten, Angelegenheiten, Dienstverträge öffentlichen und privaten Charakters abzuschließen, sowie sich als Schülerinnen in den verschiedenen Schulen aufnehmen zu lassen, endlich ohne Ermächtigung durch ihre Ehegatten Verträge abzuschließen. Als Gründe, die eine häusliche Trennung von Ehegatten zulassen, werden die folgenden anerkannt: Aufstrebende oder Geisteskrankheit eines Ehegatten, Unfähigkeit der Frau zur ehelichen Gemeinschaft, Verhalten des Ehegatten, das mit den Ehepflichten unverträglich ist, Immoralität und schwere Verleumdungen. Der Gesetzentwurf regelt die Rechte der in häuslicher Trennung lebenden Ehegatten gegenüber den Kindern. Das Dumamitglied Godnew (Oktoberist) brachte einen Antrag ein, angefaßt der Mangelhaftigkeit der bestehenden Gesetze über die Ehe Scheidung einen entsprechenden Gesetzentwurf in der Duma vorzulegen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen, ebenso der Antrag Godnews.

Der Frauentag im Ausland.

Der sozialdemokratische Frauentag findet am 8. März nicht nur in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz statt. Auch die Sozialdemokratinnen in Holland, Ungarn und Rußland werden an diesem Tage Kundgebungen für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, für alle Reformforderungen veranstalten, die die Leiden der proletarischen Frauen mildern und die Kräfte stärken, um für die volle Befreiung durch den Sozialismus zu kämpfen. Die Genossinnen der Vereinigten Staaten von Nordamerika halten ihren Frauentag dieses Jahr am 19. März ab, hat am letzten Sonntag des Februar wie früher. Überall sind unsere ausländischen Genossinnen mit Feuereifer daran, den Frauentag gut vorzubereiten. Er soll eine imposante Bekundung des Willens der erwachten Frauen des arbeitenden Volkes sein, daß sie zu den Pflichten als Bürgerinnen in Gemeinde und Staat auch volle Rechte fordern. Und diese Bekundung wird in allen Ländern im Zeichen der leuchtenden Zukunftshoffnung der Arbeiterklasse stehen, im Zeichen des Sozialismus. Über auch die Genossinnen der Staaten, wo aus dem einen oder anderen Grunde kein Frauentag stattfindet, haben das lebhafteste Interesse für die Kundgebung. Das beweisen Zuschriften aus England, Italien, Finnland und Schweden. Mit ganzem Herzen empfinden dort die sozialdemokratischen Frauen mit den demonstrierenden Schwestern allerwärts. Der Frauentag trägt einen Strom internationaler Solidaritätsgeföhle durch die Welt. (Nach der „Gleichheit“.)

Straßenszene.

Zeitungsnotiz: Die vierzehnjährige Käthe K. ist auf dem Wege zur Arbeit von einem Herzschlag getroffen worden und tot zusammengefallen.

Mitten in brüllender Großstadtgasse liegt eine kleine, braune Kasse.

Reglos, ein Bündel verlorenes Leid, umbrandet von Hast und lärmendem Streit.

Ein Kind noch, im Mittel der Armut und Not, auf dem Wege zur Arbeit ergriff es der Tod;

legte es höhnisch aufs Pflaster hin: „Siehe, o Weltstadt, das ist dein Gewinn!“

Alfons Pegold.

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Hermann Kraft
Oppenstr. 55, am 16. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Am Dienstag, den 17. d. Mts., verstarb unser treues Mitglied, der Steinbildhauer
Oskar Marx
im Alter von 45 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Freitag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Damm, Calandstr. 1 (Roabit), aus, auf dem neuen Johannis-Kirchhof in Wilmersdorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Turnverein Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse
Robert Hagedorn
am 14. d. M. im Alter von 73 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 20. Februar nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
Treffpunkt der Mitglieder am 20. d. Mts. im Vereinslokal.

Sechster Wahlkreis.

Stichwahl!

Am Sonntag, den 22. Februar, findet die Wahl eines dritten Angestellten in folgenden Lokalen statt:

Böttner, Schwedter Str. 23/24.	Hufenbach, Verlegerer Str. 58.
Dobrohlav, Zwinemünder Str. 11.	Paersch, Obdenburger Str. 10.
Gründel, Wörther Str. 15.	Richter, Wickestr. 21.
Kochhaus, Schlemmerstr. 39.	Petermann, Gavelberger Str. 15.
Kantak, Wückerstr. 3.	Fanke, Triftstr. 63.
Bachgänger, Schönbühnerstr. 25.	Schade, Ködliner Str. 9.
Gliesche, Koppenhagener Str. 74.	Bähr, Badstr. 44.
Hoffmann, Zwinemünder Str. 47.	Pose, Kolonnenstr. 15.
Henkel, Stralander Str. 17.	Glawe, Liebenwalder Str. 4.
Thomae, Quittenstr. 35.	Doye, Müllerstr. 38.
Dams, Schlegelstr. 9.	Tauschel, Komerner Str. 53.

Gewählt wird in der Zeit von 10—1 Uhr.
Mitglieder, die länger als drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, können nicht wählen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Alfred Bredendick
Schöneberg, Kolonnenstraße 47, am 15. d. Mts., an Nervenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Lithographen, Stein drucker u. verwandten Berufe (Chemigraphen.)
Am 16. Februar verstarb unser Mitglied, der frühere Lithograph, jetzige Metallarbeiter
Max Straßer
im Alter von 43 Jahren an der Bronchitis.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luthen-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße, aus statt.
109/1 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Die von der Generalversammlung am 15. Dezember 1913 beschlossene Krankenkasse ist vom Versicherungsamt der Stadt Berlin genehmigt worden. Druckexemplare derselben werden vom 21. d. Mts. ab im Kassenslokal ausgegeben.
266/11
Berlin, den 19. Februar 1914.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.
A. K.: Ray Gutschke, Vor.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Voeker, Weberstraße 17:

Kombinierte Versammlung

der Ortsverwaltung und Kontrollkommission.

Sargtischler.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Michaltzka, Petersburger Straße 84:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Voeker, Weberstraße 17:

Gemeinsame Versammlung

der Bautischler, Einseker, Treppengeländerarbeiter, Bodenleger und Jalousiearbeiter.

Tagesordnung:
1. Bautätigkeit und Geschäftslage in den Handwerken der Holzindustrie. Referent Kollege Richard Leopold. 2. Diskussion.
3. Ortsverwaltung.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Johann Stöhr
am 16. Februar im Alter von 55 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wilmersdorf, Berliner Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufs-Deutsche.
Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Bezirk Adlershof.
Am Sonnabend, den 14. Februar, verstarb unser Mitglied, Kollege
Robert Hagedorn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Adlershof aus statt.
158/5
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.
Die Geschäftsstellenverwaltung.

Bandwurm

mit Kopf (Spul- u. Nadelwürmer) beseitigt meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Anwendung des vollkommen unschädlichen, natürlichen
Reichel's Bandwurmmittel
Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreifend, ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird. Unschädliche Anwendung für Erwachsene, Kinder, (Altersang.) 1.25. Alle acht mit Marke „Medico“ u. Namen Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erhältlich, direkt Zus.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Gold- u. Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands

(fr. Nationaler Krankenkasse usw.) Ersatzkasse Hauptort: Schw.-Gmund

Montag, den 23. Februar, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Mitglieder-Versammlung

(§ 26 der Satzung).
Tagesordnung: 0455
1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1913. 2. Diskussion. 3. Wahl für die nach § 26 der Satzung auszuführenden Mitglieder des Vorstandes. 4. Beschlußes. — Das Kassendruck legitimiert. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.
A. K.: C. Holtkamp, Vorsteher, Admiralstr. 18E II.
Um die weiteste Verbreitung dieser Bekanntmachung wird dringend gebeten.

Arbeiter-Schwimmverein Berlin.
Freitag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wegener, Scheidestr. 30:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
Stellungnahme zu den Angelegenheiten der I. Abteilung.
929/18
Der Vorstand.

Masken-Garderobe
Willi Ernst.
Köpenicker Straße 55 b, I.
Am Moritzplatz 11 314.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorgänger vieler Annoncen erbittet 10 Bros. Preisermäßigung.

St. Jakobs-Balsam
Hausmittel I. Hagen von Apotheker C. Trautmann, Basel. Singapur, Sobotnmarkt. — Bew. Heilsalbe für Wunden u. Verletzungen jeder Art, off. Beime, Krampfadern, Brandwunden, Anus, Hämorrhoiden, Flechten. In den Apotheken u. M. L. 49. Gen.-Depot: St. Jakob-Apothek, Basel. Depot Berlin: König Salomonstr. Charlottenstraße, Falkenberg, Reichenberger Straße, Viktoriapark, Friedrichstraße, Reichsader - Apotheke, Gr. Frankfurter Str. 134. 477b

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lesèvre

Berlin S, Oranienstr. 158.

Wanderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbestdecken etc. in allen Stilarten.

Abgedruckte Dekorationen mit Querbehang.

Allovernetztüll, Fenster 5,75
Etamin (buntfarb.) „ 6,75

1 Posten reichgestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant**
à 285 435 (bisher 5 bis 7 M.).

Erbstüll-Stores mit Volant
à 335 475 (bisher 5 bis 6 M.).

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.
Frankoversand aller Waren v. 20 M. an.

Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr. findet im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, ein Vortragabend mit Lichtbildern statt.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 22. Februar, findet im Lokal von Graumann, Rauphofstr. 27, ein Dichterabend Richard Dehmel statt.

Charlottenburg. Morgen abend 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Kudow. Am Freitag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Palm, Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Zeuthen-Niederdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Robert Barnack in Zeuthen statt.

Reinickendorf-Nr. Sein 16. Stiftungsfest feiert der Wahlverein am Sonnabend, den 21. Februar, in den Hubertuskäfen, Provinzstr. 76/78.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schägenhaus (B. Fromm), Wahlvereinsversammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Berliner Kaufmannsgerichtswahlen.

Die Wahlen der Arbeitgeber zum Kaufmannsgericht fanden gestern unter schwächerer Beteiligung statt als vor zwei Jahren. Während damals 3869 Wähler ihre Stimme abgaben, wählten gestern nur 3416 Arbeitgeber, und das trotz eifriger Werbearbeit.

Die Aufnahme von Wöchnerinnen im Wöchnerinnenheim am Urban.

Aus unserem Besprechungs gehen uns weitere Zuschriften über die Praxis des Wöchnerinnenheims am Urban zu, aus denen erhellt, daß auch in anderen Fällen bei Anmeldung von Wöchnerinnen 15 Mark Anzahlung entgegengenommen wurden mit der Versicherung, eintretendenfalls die Wöchnerin aufzunehmen, daß aber Abweisung erfolgte, wenn die in schwereren Kindstadien sich befindenden Frauen die Aufnahme begehrten.

Die Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung ist sehr reichhaltig. Zwar steht der Etat auf der Tagesordnung; nach einem früheren Beschluß wird aber nur der Rämmerer seine Rede halten.

Außerdem wird eine Vorlage beraten, nach welcher der Magistrat dem Verein für innere soziale Kolonisation 100 000 M. zur Verfügung stellen will, um Arbeitslosen Beschäftigung zu geben.

Die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Der Stadt Berlin scheint trotz aller Beschwerden in der Öffentlichkeit in der Abfertigung des Publikums und namentlich der Kranken keinen Wandel schaffen zu wollen. Kommt man anfänglich zunächst annehmen, daß die bereits gerügten Unzulänglichkeiten zum großen Teil auf die mit dem 1. Januar d. J. erfolgte Neuordnung des Krankenkassenwesens und vor allem auf den durch die Vereinigung der übergroßen Zahl der bisherigen Ortskrankenkassen Berlins geschaffenen Niefenbetrieb, in dem anfänglich nicht alles gleich klappen konnte, zurückzuführen waren, so kann man jetzt — nach fast zweimonatiger Praxis — diese Entschuldigung nicht mehr gelten lassen.

Glaukt denn die Leitung der Kasse es wirklich verantworten zu können, daß das stunden- und stundenlang auf Abfertigung wartende Publikum, vor allem die Kranken, ohnmächtig zusammenbrechen, daß die abfertigenden Beamten — wie es bereits vorgekommen — ebenfalls gesundheitlich schwer geschädigt werden? Das ist doch unmöglich anzunehmen! Es ist deshalb ihre unabwiesbare Pflicht,

hier unverzüglich Wandel zu schaffen, auch ohne daß erst die Aufsichtsbehörde hier behernd eingreift.

Die Unterbringung Zieher.

In der am 18. d. M. abgehaltenen Sitzung des Kuratoriums der städtischen Hospitäler und Siedeanstalten wurden zunächst die Wirtschaftsbüchlein an die Lieferanten vergeben, wobei betont wurde, daß durch das städtische Untersuchungsamt eine Kontrolle über die Qualität der gelieferten Waren stattfindet. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag, einen Erweiterungsplan der Siedeanstalt in der Preßelstraße vorzunehmen.

Einem Besuch des Pflegepersonals, den Sonntagsurlaub zu verlängern, wurde infolgedessen statgegeben, als jeden zweiten Sonntag von 1/2 Uhr mittags bis 1 Uhr nachts Urlaub gewährt werden soll.

Jagow und die Lichtreflektoren.

Gegen die Anbringung besonders harter in die Augen fallender Lichtreflektoren hat der Polizeipräsident folgende Verfügung erlassen: Die Reflektoren sollen nicht selbstständig leuchtende Anleuchtungsmitel von besonderer Größe oder Auffälligkeit, namentlich nicht solche mit stark auffälliger Bewegung genehmigen, und zwar auch, wenn es sich um Anleuchtungsmitel nach Art der Wand handelt.

Großfeuer in Pankow.

In der Nacht zum Mittwoch wütete in der Kaiser-Friedrich-Str. 67, Ecke Treleborgstr., zu Pankow ein Großfeuer. Es brannte der Dachstuhl des Hauses in ganzer Ausdehnung.

Auf einen Nebelstand bei der Aufnahme von Patienten in die städtischen Heilmstätten weist eine Zuschrift hin, in der es heißt: Vom Massenarzt wurde bei der Allgemeinen Ortskasse der Antrag gestellt, meine Frau einer Heilmstätte zu überweisen.

Man sollte doch wenigstens von der Verwaltung oder der Krankenkasse so viel Rücksicht verlangen, daß den Frauen ein paar Tage vorher Bescheid gegeben wird, ob sie überhaupt weggelassen. Die Frauen waren alle sehr empört, was auch erklärlich ist.

Der Detektiv als Spitzhube. Gestern abend wurde in einem Barenhause am Alexanderplatz kurz vor Geschäftsschluss ein junger Mann erlappt, der gerade dabei war, Messingbeschläge abzuschrauben.

Ein eigenartige Sammlung scheint sich ein Dieb anlegen zu wollen, der in der letzten Zeit in mehreren hiesigen Kunsthandlungen aufgetreten ist. Er hat nur auf weibliche Gestalten abgesehen.

Ein Siebzehnjähriger. Seinen 70. Geburtstag feiert heute der Genosse Wilhelm Krndt im 6. Kreise. Von Beruf Kochmacher, schloß sich Krndt im Jahre 1870 der Partei an.

Arbeiter-Abstinenzbund. Aktionsausschuß Groß-Berlin. Morgen Freitag spricht Landtagsabgeordneter R. Paenisch im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, über „Forderungen an die Arbeiterbewegung“.

Kleine Nachrichten. Als Leiche gelandet wurde im Hutgraben am Görlicher Ufer die 54 Jahre alte Privatiers Anna Rehdens aus der Schlesischen Straße.

Die Laubensandverpachtung durch die Stadt Neukölln ist im allgemeinen bei den Laubensandkolonisten recht beliebt. Es wird als ein erfreulicher Fortschritt begrüßt, daß dabei zwischen dem Landbesitzer und die Laubensandkolonisten sich kein profiteurhafter Generalpächter einschleichen darf.

Neukölln. Die Laubensandverpachtung durch die Stadt Neukölln ist im allgemeinen bei den Laubensandkolonisten recht beliebt. Es wird als ein erfreulicher Fortschritt begrüßt, daß dabei zwischen dem Landbesitzer und die Laubensandkolonisten sich kein profiteurhafter Generalpächter einschleichen darf.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Charlottenburg. Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose.

Werkzeugen wohl ausgerüstet und hatte auch bereits einige Metalllöden in der Tasche. Der Erlappte entpuppte sich als ein 22 Jahre alter Detektiv Fritz Sch., der bei mehreren hiesigen „Instituten“ beschäftigt gewesen ist. Er ist der Sohn achtbarer Eltern.

Ein eigenartige Sammlung scheint sich ein Dieb anlegen zu wollen, der in der letzten Zeit in mehreren hiesigen Kunsthandlungen aufgetreten ist. Er hat nur auf weibliche Gestalten abgesehen, die mehr oder weniger entblößt sind. So erbeutete er an einer Stelle eine Bronze, die eine Dame im Vabelosium darstellt. Die Gestalt liegt in einem Bademantel, der auseinander geklappt werden kann. Das zweite Beutestück ist eine Ballettente, die auf einem Stuhle ruht, das dritte eine Kasinorettenlängerin, die Gestalt eines halb entblößten Mädchens, die auf einem Marmorsockel steht.

Ein Siebzehnjähriger. Seinen 70. Geburtstag feiert heute der Genosse Wilhelm Krndt im 6. Kreise. Von Beruf Kochmacher, schloß sich Krndt im Jahre 1870 der Partei an. Als rühriger und arbeitsfreudiger Genosse hat er die Gefahren und Beschwerden in der Zeit des Sozialistengesetzes voll durchgelitten. Im Jahre 1876 wurde er als Reviseur im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewählt und bald darauf mit sieben Tagen Gefängnis bestraft. Dies alles konnte unserem alten Genossen von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen. Noch heute verheißt Krndt das Amt eines Jugendleiteres. Seine engeren Parteifreunde wünschen ihrem Alten, daß er noch recht lange in ihrem Kreise in voller Frische verbleiben möge.

Arbeiter-Abstinenzbund. Aktionsausschuß Groß-Berlin. Morgen Freitag spricht Landtagsabgeordneter R. Paenisch im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, über „Forderungen an die Arbeiterbewegung“.

Kleine Nachrichten. Als Leiche gelandet wurde im Hutgraben am Görlicher Ufer die 54 Jahre alte Privatiers Anna Rehdens aus der Schlesischen Straße. Die Dame war geistig nicht normal. — Im Tiergarten hat sich ein unbekannter Mann erschossen. Man fand ihn auf einer Bank im Hofgarten tot auf; der Selbstmörder ist etwa 18 bis 23 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes Haar und trägt Marengo-Jacke und Weste, eine schwarzweiß gestreifte Hose, einen dunkelbraunen Hut und Schnürschuhe mit grauen Gamaschen. Ein besonderes Erkennungszeichen sind vielleicht mehrere Narben auf der Innenseite der linken Hand. — In der Ankerstr. 104 wurden zwei Diebe eingeworfen, wurden aber geflüchtet.

Dorortnachrichten.

Neukölln.

Die Laubensandverpachtung durch die Stadt Neukölln ist im allgemeinen bei den Laubensandkolonisten recht beliebt. Es wird als ein erfreulicher Fortschritt begrüßt, daß dabei zwischen dem Landbesitzer und die Laubensandkolonisten sich kein profiteurhafter Generalpächter einschleichen darf. Mander Kolonist wünscht aber, daß der Magistrat noch ein klein wenig mehr an die Interessen seiner Pächter denken möchte. Im vorigen Frühjahr veröffentlichten wir die Klage mehrerer Neuköllner „Magistrats-Laubensandkolonisten“, die durch eine plötzliche, noch nicht erwartete Kündigung ihrer Parzellen sich beeinträchtigt fühlten. Jetzt wird uns von einem Kolonisten, der auf Laubensand der Stadt eine Parzelle inne hat, eine ähnliche Klage vorgelesen. Ihn und anderen Kolonisten, die in einer Laubensandkolonie nahe der Lessingstraße und dem Mittelweg sitzen, hat der Magistrat unterm 30. Januar zum 1. April gekündigt. Diesmal hat er sogleich erklärt, daß er die Pacht ab 1. Januar zurückzahlen will. Verdrücklich ist aber so eine Kündigung doch, am bedrücklichsten dann, wenn einer erst vor kurzem dort Pächter geworden ist und vielleicht dem bisherigen Parzelleninhaber für teures Geld seine Laube abgekauft hat. Bei der Kündung eine abgebrochene Laube weiterüberlaufen, ist nicht ohne Verlust möglich. Man steht freilich in den Verträgen, daß der Magistrat, wenn das Land für städtische oder öffentliche Zwecke gebraucht oder wenn es verkauft wird, jedergelt mit einmonatiger Frist kündigen darf und keine Entschädigung zu leisten braucht. Schon hieraus ist zu entnehmen, daß man auf solchen Laubensand nie wissen kann, ob man hier auch „recht warm werden“ wird. In dem vorliegenden Fall ist der Pächter erst im Juli 1913 in die von seinem Vorgänger aufgegebenen Pachtung eingetreten, nachdem er diesem die Laube abgekauft hatte. Die Kündung seiner Parzelle ist jetzt nötig geworden, weil sie und andere zur Verlängerung der Wohnmannstraße gebraucht werden. Damals hat der Magistrat die Uebertragung des Pachtverhältnisses auf den Laubensandkäufer noch bewilligt, obwohl die bauliche Erschließung des Geländes bereits in Aussicht stand. Wog sein, daß dies schon damals auch dem neuen Pächter hätte bekannt sein können. Tatsächlich war es ihm nicht bekannt, als er die Laube kaufte. Der Uebergang des Pachtverhältnisses vollzieht sich meist so, daß zunächst die Laube verkauft und dann erst die Parzelle von dem alten Pächter freigegeben und die Zulassung des neuen Pächters beantragt wird. Dem neuen Pächter müßte es da nichts, daß ihm jetzt eröffnet wird, das Vergnügen werde wahrscheinlich nicht mehr lange dauern. Er ist sein Geld los, hat die Laube auf dem Hals und erlittet noch größeren Verlust, wenn er jetzt gar nicht in die Pachtung eintreten möchte. Allen Pächtlustigen möchten wir raten, sich zuvor im Rathaus zu erkundigen, ob das betreffende Gelände vorläufig noch ausreichend lange als Laubensand benutzt werden darf. Vielleicht könnte auch der Magistrat, um die Pächtlustigen vor Enttäuschungen und Verlusten zu schützen, ihnen ein bißchen entgegenkommen. Wo schon festgestellt, daß ein Gelände in absehbarer Zeit freigegeben werden muß, sollte das am Eingang der Laubensandkolonie durch amtlichen Anschlag bekanntgegeben werden.

Charlottenburg.

Das Waldhaus Charlottenburg ist am 9. Februar d. J. in Betrieb genommen und mit den ersten Kranken belegt worden. Die Anstalt ist ein Krankenhaus ausschließlich für Lungentranke, und zwar für Behandlung und Pflege sämtlicher Stadien der Lungentuberkulose. Die Anstalt liegt in der Nähe des Dorfes Sommerfeld bei Kremmen im Kreise Döbeland, etwa zwei Kilometer von der Bahnstation entfernt, und ist vom Steinitzer Bahnhofe ohne Umsteigen in etwa 70 Minuten zu erreichen. Die Krankegebäude liegen geschützt inmitten eines fast ganz mit Kiefern bestandenen etwa 300 Morgen großen Geländes, das nach Norden zu durch den Weeger See abgeschlossen wird. Es sind zunächst 222 Betten vorgesehen, je zur Hälfte für Männer und Frauen oder Kinder, die über 12 Jahre alt sind. Während die Heilmstätten nur für Kranke des ersten Stadiums bestimmt sind, soll das Waldhaus im Interesse der Bekämpfung der Tuberkulose als Volksheule ansteckende Kranke für mehrere Jahre bergen und ihnen als Ersatz für die Trennung von ihren Angehörigen ein wohnliches Heim gewähren. Die Anstalt selbst soll im Frühjahr einem größeren Kreise von Interessenten durch Besichtigung zugänglich gemacht werden.

Alterverein für freie Erziehung. Sonntag, den 22. d. Mts., findet unter sachmännlicher Leitung eine Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung statt. Treffpunkt: nachm. 12 1/2 Uhr pünktlich vor der Ausstellung Charlottenburg, Braunhoferstr. 11/12. Kinder unter

10 Jahre sind von der Bekämpfung ausgeschlossen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an der Fährung teilnehmen.

Ober-Schönweide.

Der Etat der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1914 schließt nach dem Voranschlag in Einnahme und Ausgabe mit 2964 500 Mark ab; von dieser Summe entfallen 630 000 Mark als Anleihenmittel auf außerordentliche Einnahmen und Ausgaben für die Zwecke des Ankaufs von Gelände zur Durchlegung der Walfstraße, des Erwerbes von Grundstücken an der Luisen- und Reiterstraße und der Umänderung der Schmutzwasserkanalisation. Nach Abzug der Einnahmen aus Gebühren und Staatsbeiträgen im Gesamtbetrag von 694 950 Mark sind durch Steuern aufzubringen 1 400 250 Mark, diese setzen sich zusammen aus Gemeindefinanzsteuer 592 650 Mark (135 Proz. Zuschlag wie im Vorjahr), Grundsteuer 333 000 Mark, Gewerbesteuer 328 000 Mark, Umsatzsteuer 56 000 Mark, Wertzuwachssteuer 5000 Mark, Bier- und Branntweinsteuer 25 000 Mark, Luftverkehrssteuer 3000 Mark, Hundesteuer 7000 Mark und Betriebssteuer 600 Mark. Von den einzelnen Etats erfordern Zuschüsse: Allgemeine Verwaltung 265 200 Mark, Straßen-, Brückenverwaltung und Gemeindegüter 239 500 Mark, Armen- und Gesundheitswesen 66 000 Mark, Feuerlöschwesen 10 000 Mark, Gemeindefriedhof 18 800 Mark, die Volksschule erfordert 515 000 Mark, das Realgymnasium 80 730 Mark und die Höhere Mädchenschule 32 000 Mark. Zuschuss Angesichts dieser gewaltigen Schullasten, die die Erträge der Einkommensteuer um circa 36 000 Mark übersteigen, nimmt sich der vom Staate zu leistende Zuschuss in Höhe von 1000 Mark als lächerlich gering aus. Im Fortbildungsschulwesen, das einen Zuschuss von 9000 Mark erfordert, dürfte in Kürze infolge einer Aenderung eintreten, als auch eine Mädchenschule ins Leben treten wird. Abgesehen von der Verwaltung dieser Schulen im Hauptamt nicht mehr umgeben lassen. In der öffentlichen Wohlfahrtspflege wendet die Gemeinde unter anderem für Gemeindefriedhofsanstalt 3000 Mark, für 40 Stellen von Schulländern in Ferienkolonien 2700 Mark, Kinderkrippe 2500 Mark, Kindergartenunternehmungen 400 Mark, für Badeanlagen der Schüler in den zwei Gemeinbadeanstalten 500 Mark, für die Schulärzte 2000 Mark, Volksbibliothek mit Besoldung 2000 Mark, Verabreichung eines warmen Frühstücks an Schulkinder 1500 Mark auf. Der Betrag für die Schulzahnpflege ist auf 800 Mark erhöht worden, neu ist die Einstellung von 1500 Mark für die augenärztliche Behandlung der Schulkinder, für welche sich ein dringendes Bedürfnis herausgestellt hat. Die Einnahmen aus dem Wochenmarkt, den Gemeinablagen und Gemeindefriedhofsanstalten sind auf 15 000 Mark veranschlagt, die von der Wesansicht zu leistende Abgabe erreicht den Betrag von 9000 Mark. Als wesentliches Balanzierungsmittel des Etats hat sich die im Jahre 1912 geschaffene besondere Gewerbesteuer erwiesen, welche die industriellen Werke nach der gezahlten Lohn- und Gehaltssumme heranzieht, im Gegensatz zu dem früheren Zustande, nach welchem Betriebe mit Tausenden von Arbeitern nicht einen Feinigen Gemeindefinanzsteuer zahlten, da sie buchmäßige Unterbilanz nachwiesen. Ihre besondere Besteuerung ist um so gerechtfertigter, als gerade in ihrem Interesse von der Gemeinde große Aufwendungen gemacht werden. Nicht vernachlässigt ist im Etat die Errichtung einer Gemeindefabrikhalle losgelöst vom Schulbetriebe; es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, dieser Einrichtung die gebührende Förderung angedeihen zu lassen. Das Projekt der von unseren Genossen beantragten Volksbadeanstalt, welchem die Gemeindevertretung im Prinzip zustimmt, darf ebenfalls nicht begraben werden; im Interesse der Volksgesundheit liegt der Gemeinde eine Pflicht ob, um so mehr, als in dem industriellen Orte in dieser Frage keine zweifeln Zustände vorherrschen. Die Angelegenheit der Errichtung einer Gemeindeapotheke ist ebenfalls noch nicht zum Abschluß gelangt; Tatsache ist aber, daß die Einrichtung einer zweiten Apotheke am Orte nachgerade zu einer brennenden Frage geworden ist. Endlich wird sich die Gemeinde auch dem Projekt der Erhaltung eines Rathhauses oder aber mindestens der Vereinstellung weiterer Räume für die Zwecke der Gemeindeverwaltung nicht länger entziehen können; so ist z. B. die Gemeindefabrik jetzt in Räumen untergebracht, die weder dem Publikum noch den dort tätigen Beamten genügen. Zur Erledigung aller dieser Projekte wird die Gemeindevertretung unter Umständen sogar vor einer Erhöhung des Steuerfußes nicht zurückschrecken dürfen. Andererseits lassen sich bei gutem Willen auch noch an anderen Stellen Ersparnisse machen.

Treutow-Vaunschulweg.

Aus der Gemeindevertretung. Von sechs Einsprüchen gegen die Wählerliste wurde dreien willfährig, während drei weitere abgewiesen wurden, weil in dem einen Falle Steuerzinsstände vorhanden, in zwei anderen die betreffenden Personen als „Schlafbürschen“ gemeldet und damit nicht der besannten Auslegung nicht „selbständig“ sind. Eine umfangreiche Aussprache rief die vorgelegte Geschäftsordnung der Gemeindevertretung hervor. Von unseren Genossen wurde besonders darin eine Regelung der Besetzung der Kommissionen demisrt und eine gleichmäßige Besetzung aus den Vertretern der drei Wählerklassen und den Mitgliedern des Gemeindevorstandes gefordert. Bisher ist die dritte Abteilung, die das Wes der Wähler vertritt, aus einzelnen Kommissionen direkt ferngehalten worden. Dann will die neue Geschäftsordnung das Recht zu Anfragen an den Gemeindevorstand von vier Unterschriften abhängig machen, was eine unnötige Erschwerung der Verhandlungen bedeutet. Zur Vorbereitung der auch sonst noch vorgebrachten Wünsche wurde die Vorlage an die zuständige Kommission zurückverwiesen. Die Veranstalter der olympischen Spiele im Stadion haben sich an die Gemeinde um Beitritt zu einer Petition an den Reichstag um Bewilligung des 200 000-Mark-Zuschusses gewandt. Der Gemeindevorstand hat dem schleunigst entsprochen. Er mußte sich von unseren Genossen lassen, daß diese damit durchaus nicht einverstanden sind. Von fünf Vereinen des Ortes ist um eine Verstärkung der Gemeindevertretung auf 31 Köpfe petitioniert worden. Der Gemeindevorstand stellt sich dem sympathisch gegenüber, empfiehlt aber die Zurückstellung bis zum Frühjahr 1916, weil inzwischen eine Kommission zur Landgemeindevorordnung in Aussicht steht, deren neue Bestimmungen dann gleich mitberücksichtigt werden könnten. Ebenso soll dann eine Aufteilung der zweiten Wählerklasse in Aussicht genommen werden. Diesen Vorschlägen schloß sich die Vertretung an. Der letztmalige Verkauf der Gemeinde hat, wie mitgeteilt wurde, nur 271 Mark Zuschuss erfordert und somit recht günstig abgeschnitten. Das Prinzip der eigenen Regie hat sich also hier bewährt, denn die vorjährige Art des Betriebes durch selbständige Schlachter erforderte weit höhere Unkosten. Diesmal wäre aber das Festigt wahrscheinlich ganz vermieden worden, wenn nicht das Ausbleiben der Schweinefleischzufuhr einen erheblichen Rückgang im Umsatz und damit den vorzeitigen Schluß des Verkaufes zur Folge gehabt hätte.

Hohen-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Für das Verwaltungsgebäude wurden 2100 Mark zu einer elektrischen Lichtanlage gefordert, weil Elektrifizität sich um 377 Mark pro Jahr billiger stellen sollte als Gas. Von unseren Genossen wurde das bezweifelt, worauf die Vorlage abgelehnt wurde. Bei Festsetzung der in diesem Jahre zu regulierenden Bürgersteige wurde beschlossen, daß die Offiziere der Berliner Straße von der Luisen- bis zur Freiwalden Straße und die Nordseite der Freiwalden Straße fertig gestellt werden sollen. Der verbleibende Teil der Berliner Straße kann erst endgültig hergestellt werden, wenn der Regenwasserkanal dort verlegt ist. Die örtliche Industriellenvereinigung beantragte Ermäßigung des Wassergeldes. Begründend wurde angeführt, daß die Gärtnereien diesen Vorteil schon genießen, die Industrie das Wasser aber weniger zum Erwerb als für Wohlfahrtseinrichtungen ihrer Arbeiter brauche. Ein Antrag der Tiefbaukommission will den Unterschied in der Vergütung zwischen Gärtnereien und Fabrikbesitzern aufheben. Es soll danach an alle Industriellen, Gewerbebetriebe und Gärtnereien das Wasser zu einem Einheitspreis von 20 Pf. pro Kubikmeter abgegeben werden, wenn für eine Mindestabnahme

von jährlich 2000 Kubikmeter garantiert wird. Unsere Genossen stimmten dem Antrage zu, hoben jedoch dabei hervor, daß sie die Begründung der Industriellen nicht ernst nehmen. Ein Antrag eines Ortsausschusses für Jugendpflege forderte mietfreie Ueberlassung von Räumen in der alten Schule sowie 1700 Mark für vorzunehmende Umbauten. Dem Ortsausschuss gehören der Ortspartei, der Gemeindevorsteher, ein Lehrling der Metzgerei und andere mehr an, welche nationale Jugendberziehung in Gottesfurcht und monarchischer Gesinnung betreiben sollen. Die sozialdemokratischen Vertreter gingen dieser unverschämten Forderung ganz entschieden zu Leibe und ließen es an der Kennzeichnung dieser Art Jugendpflege nicht fehlen. Die Abstimmung ergab dann 10 Stimmen dafür und 10 Stimmen dagegen, jedoch der Vorsitzende den Ausschlag geben mußte, der, wie er ausdrücklich betonte, natürlich dafür stimmte. Die neue Annullationsbeitragsordnung, die den Anliegern ein Opfer aus allgemeinen Mitteln von nahezu einer halben Million darbietet, damit die Einsprüche aus der Welt geschafft werden sollten, hat trotzdem wieder Einsprüche ergeben. Die sich dadurch nun ergebenden finanziellen Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß der Vertretung eine neue Grundsteuerordnung vorlag, nach welcher der unbebaute Grundbesitz zum doppelten Steuerbetrag gegenüber dem bebauten Grundbesitz herangezogen werden soll. Nach einer langen Auseinandersetzung der bürgerlichen Interessenten wurde die neue Grundsteuerordnung angenommen, jedoch unter der Bedingung, daß dieselbe nicht in Kraft tritt, wenn innerhalb 5 Tagen die noch schwebenden Einsprüche zurückgezogen werden. Die Gemeindevahlen für 1914 machen zwischen je 2 Vertretern jeder Klasse eine Auslosung notwendig. In der dritten Klasse scheidet der bürgerliche Vertreter Gröpler turnusgemäß aus. Nach der Auslosung zwischen unseren Genossen Rehber und Siebenwirth hat sich letzterer zur Neuwahl zu stellen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Die Generalversammlung des Bezirkswahlvereins nahm zur bevorstehenden Gemeindevahl Stellung. Es können diesmal in der dritten Klasse nur Hausbesitzer kandidieren. Als Kandidaten der Sozialdemokratie wurden die Genossen Karl Drews und Max Siebenwirth aufgestellt. Die öffentliche Proklamierung unserer Kandidaten erfolgte in einer am Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von H. Rehber, Berliner Straße 93, abgehaltenen Versammlung. Genosse Wermuth wird in derselben über die bevorstehenden Gemeindevahlen referieren. Parteigenossen! Es gilt diesmal das letzte bürgerliche Mandat in der dritten Klasse zu erobern. Sorgt dafür, daß unsere Kandidaten mit erhöhter Stimmzahl ins Gemeindeparlament einziehen.

Adlerhof.

Aus der Gemeindevertretung. Als Vorsitzender für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wurde der frühere Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. jur. Cettinger, und als seine Stellvertreter die Gemeindefreizeiter Hübner und Vohde wiedergewählt. Der Erhöhung der Mitgliederzahl für das Kuratorium für die höhere Schule stimmte die Vertretung zu. Von unseren Genossen wurde Genosse Jabel gewählt. Einigen Aenderungen der Ortsfassung für die gewerbliche Fortbildungsschule stimmte die Vertretung zu; bei der Wahl des Kuratoriums wurden von unserer Seite die Genossen Müller, Reil und Bogelgang gewählt. Als Sachverständiger für den Ausschuss zur Feststellung der Uebernahmewerte für die Anlage der Berliner Elektrizitätswerke wurde der Direktor des Lichtenergie Elektrizitätswerks gewählt. Dem Vorschlag des Gemeindevorstandes, vom 1. April an noch 16 Feuerwehrmänner an die Alarmanlage anzuschließen, stimmte die Vertretung zu. Für die Einführung des Raucherpreddienstes wurden 700 Mark bewilligt. Eine rege Debatte entspann sich bei den Einsprüchen gegen die Nichtigkeit der Wählerliste. In die Liste eingetragen ist unter anderem ein unbebautes Grundstück von vier Morgen Größe, nahm auch notwendig, denn trotz dieses Zusatzes sei es nicht gemeinbeordnungs die Eintragung zu unecht erfolgt sei. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde beschlossen, die Forense zu Recht bestehen zu lassen. Ein Wähler der dritten Abteilung hatte Einspruch erhoben, da er nicht eingetragen ist, trotzdem ihm die Steuer gestundet sei. Die Stundung ist erst erfolgt, nachdem eine Mahnung vorangegangen war und aus diesem Grunde lehnte auch die Gemeindevertretung, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die Nachtragung in die Wählerliste in diesem Falle ab. Den Antrag unserer Genossen „Einführung antistruktur Wahllegitimationen“ lehnte die bürgerliche Mehrheit ab. Wie sich eine ordnungsmäßige Erledigung der Wahlgeschäfte möglich machen wird, da auch der Wahlverein eine Numerierung der Wählerlisten nicht vornimmt, soll dahingestellt bleiben; die Verantwortung tragen die Herren aus dem freisinnigen Lager. Bei der ersten Lesung des Etats betonte der Bürgermeister, daß die Gemeinde mit den kommunalen Erfolgen wohl zufrieden sein könnte. Seien doch wichtige Aufgaben gelöst worden, wie beispielsweise der Vertrag mit den E. S. W., welcher der Gemeinde eine sofortige Einnahme von 25 000 Mark gebracht hätte. Allerdings war eine derartige Einnahme der Bürgermeister, daß er zunächst nur von dem bürgerlichen Ausschuss gefordert, den Etat zum balancieren zu bringen. Genosse Jabel nahm Gelegenheit, verschiedene unserer Wünsche zum Vortrag zu bringen; so forderte er, daß die Einkommen bis zu 900 Mark nicht erhoben werden. Unter anderem verlangte der Redner, daß die Mittel für die Ferienkolonie etwas höher bemessen werden und auch die Speisung der Schulkinder früher beginnen als bisher. Eine Reduktion der Arbeiterlöhne sei ebenfalls am Platze, da seit 5 Jahren hier nichts geschehen ist. Als neu bezeichnete Genosse Jabel die Summe von 300 Mark, welche als Beihilfe an den Jugendpflegeauschuss im Etat verzeichnet sind. Auf die Anfrage unserer Genossen, ob diese Summe paritätisch zwischen den beiden am Ort bestehenden Jugendauschüssen, dem bürgerlichen und dem Arbeiterjugendausschuss, verteilt werden soll, erwiderte der Bürgermeister, daß er zunächst nur von dem bürgerlichen Ausschuss einen Antrag erhalten hat und aus diesem Grunde die Summe eingestellt worden ist. Inzwischen ist auch vom Arbeiterjugendausschuss der veräumte Antrag eingebracht worden, es bleibt abzuwarten, welche Stellung nunmehr der Bürgermeister und die bürgerlichen Vertreter einnehmen werden. Nach der Generaldebatte, an welchen sich noch von der anderen Seite die Herren Dr. Salting, Luge, Kruse, Müller und Hoffmann beteiligten, wurde der Etat, der mit 916 815 Mark balanciert, der Kommission überwiesen. An Steuerfüßen sind vorgegeben: 150 Proz. Gemeindefinanzsteuer, 175 Proz. Gewerbesteuer für die dritte und vierte Klasse und 250 Proz. für die erste und zweite Klasse. Die Betriebssteuer beträgt 75 Proz. und die Grundsteuer 3,2 vom Tausend für bebauten, und 5,2 vom Tausend für unbebauten Grundstücke.

Gewerbegerichtswahlen!

Morgen Freitag, von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr, finden die Arbeiterwahlen zum hiesigen Gewerbegericht statt und zwar Posadowstr. 1, Zimmer 7. Es wird dringend ersucht, jeden für und in Betracht kommenden Wähler zur Wahl zu bewegen. Die Wahl ist geheim. Die Großindustriellen setzen alles in Bewegung, um ihre Liste durchzubringen. Laut Statut haben sie die Handhabe, mehrere Stimmen auf einen Betrieb zu vereinigen. So hat z. B. die Firma Kahlbaum 19 Stimmen. 19 Handwerker haben erst soviel Stimmrecht wie die eine Firma. Der beste Protest gegen solche Ungerechtigkeiten ist, daß alle Wahlberechtigten zur Wahl gehen und ihre Stimme auf Liste I der Kleingewerbebetriebe und Handwerker vereinigen.

Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindevahlen finden für die dritte Klasse am zwei Tagen statt und zwar am Sonntag, den 8. März, von 11-3 Uhr, und am Montag, den 9. März, von 12-6 Uhr. Die zweite Klasse wählt am Dienstag, den 10. März, von 1-5 Uhr und die

erste Klasse am Mittwoch, den 11. März, von 6-7 Uhr. Jeder Wähler erhält vom Gemeindevorstand eine Legitimationskarte per Post zugeandt.

Zegel.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung machte Bürgermeister Stritte aus dem Bericht über die Verwaltung des Hafens einige Mitteilungen. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Depression habe sich für 1912/13 eine erhebliche Zunahme des Verkehrs ergeben, jedoch die Transportmittel vermehrt werden mußten. Obwohl die Benutzung der Lagerplätze am Hafen etwas zurückgegangen sei doch ein Mehrertrag von 2249 Mark zu verzeichnen gewesen. — In der schon erörterten Benennung der drei angebauten Straßen an der Humboldt-Oberrealschule stimmte die Vertretung heute dem Vorschlag des Gemeindevorstandes zu, die Straßen 11, 13 und 3 Steinbergstraße, an der Oberrealschule und Marzahnstraße zu benennen; letztere Bezeichnung zur Ehre des langjährigen Gemeindevorstehers und Schöpfen-Marzahn. — Ueber eine erneute Festsetzung der Baufluchtlinien für die Westseite der Spandauer Straße (Seefseite) entspann sich eine längere Debatte. Nachdem der Gemeindevorsteher Fischer an der Hand eines Planes Erläuterungen gegeben, wonach die Fluchtlinie der Grundstücke circa 4 Meter zurückzulegen sind, wandte sich Geheimrat von Vorfig gegen dieses Projekt; eine so wichtige Sache dürfe nicht, wie hier gewünscht, übereilt werden. Er beantragte Vertagung und Beschaffung weiterer Materials zur Prüfung. Die Angaben des Erläuterungsberichts z. B. in Bezug darauf, daß die Spandauer Straße später als besondere Verkehrsstraße nach dem Westen Berlins ausgebaut sei, halte er für verfehlt, ebenso wie die hier verlangte sogenannte offene Bauweise ihm nicht verständlich sei. Wenn z. B. seine Firma hier circa 4 Meter in der Tiefe der Grundstücke abtreten solle, so sei dies doch nicht, wie es gedacht, so einfach zu erledigen; bei Anlage seiner Fabrik habe ihm die Gemeinde dieses Gelände hoch zu Industriezwecken überlassen und es wäre fast so, daß man hier wieder mit der einen Hand nehmen wolle, was man mit der anderen einset gegeben. Alle erworbenen Rechte würden hier geschmälert. Herr Landmesser Westphal hielt diese Zurücklegung um 4 Meter für den ersten Schritt auf dem Wege, später diese Flächen zur Straße zuzuschlagen; dieses Verfahren halte er den Anliegern gegenüber für unecht. Der Gemeindevorsteher suchte diese Bedenken zu zerstreuen und der Bürgermeister Stritte sprach sich dahin aus, daß doch die Verkehrsinteressen und die Zukunft der Spandauer Straße höher zu bewerten seien, als die privaten Interessen der Anlieger. Schließlich einigte man sich auf Einsetzung einer Kommission, in die die Vertreter Westphal, Marscheider, Prof. Drehschmidt und Genosse Haffes delegiert wurden. — Gegen die Gemeindevahlerte Liste waren fünf Einsprüche eingegangen, die nach Vorlegung des Bürgermeisters als begründet angesehen wären, da die Nichteintragung durch inzwischen erfolgte Zahlung der Steuern nunmehr hinfällig geworden sei. Die Vertretung stimmte dem zu. — Einem Nachtrage zum Ortsstatut betr. des Gewerbegerichts wurde ebenfalls zugestimmt; danach tritt noch ein stellvertretender Vorsitzender hinzu; als solcher wurde Alescher Vorschlag. Bei dieser Gelegenheit empfahl Genosse Haffes, von dem bisherigen System abzusehen und jeden wählen zu lassen, der eine genügende Legitimation vorweisen könne; dadurch würde das Verfahren einfacher und für die Gemeinde auch billiger. Diese Vorschläge wünschte der Bürgermeister schriftlich eingebracht zu sehen, unsere Genossen werden dem nachkommen. — Bei der Auslosung von Gemeindevorstehern zur bevorstehenden Ergänzungswahl im März erörterte der Bürgermeister an Hand einer graphischen Darstellung die verschiedenen Möglichkeiten, um zu einem ordnungsmäßigen Turnus für das alle 2 Jahre auscheidende Drittel der Vertretung zu gelangen. Bei der damaligen Auslosung 1908 sei ein Fehler gemacht worden, der insofern ausgeglichen werde, als durch Voziehung das bereits aberkanntes Mandat des Herrn Wistuba jetzt für erloschen erklärt sei; der dafür zu wählende Vertreter hätte nunmehr 6 Jahre zu amtierem. In der 3. Klasse haben im März, mithin 3 Vertreterwahlen stattzufinden, in der 1. und 2. Klasse je eine Wahl. — Es folgte noch eine vertrauliche Sitzung mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Aus der letzten Sitzung der Polizeiverwaltung, an der auch ein Teil der Gemeindevertretung teilnahm, ist der Beschluß gefaßt worden, die Wegegebühren zu erhöhen und die bisher im Gefängnis hergestellten Druckachen der Verwaltung künftig Privatdruckereien zu überlassen, obwohl damit einige hundert Mark Mehrausgaben verknüpft sind. Der Polizeietat erfordert 79 000 Mark gegen das Vorjahr ein Mehr von 1000 Mark.

Spandau.

„Ueber Junkerübermüt im Reichstag und Landtag“ sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Liebnecht in einer von über 2500 Personen besuchten öffentlichen Versammlung am Montagabend im „Roten Adler“. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal und die Galerien überfüllt. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend. Auffallend war es, daß der Lokalsahaber wegen Konzeptionsverweigerung an die Versammlungsteilnehmer keine Getränke verabfolgen durfte. Aber letzteres tat dem glänzenden Verlauf der Versammlung keinen Abbruch. Genosse Liebnecht geißelte in 1 1/2 stündigen Ausführungen die volksverräterische Haltung der Junker und Scharfmacher, die versuchten, Unruhe gegen die Arbeiterklasse einzuführen. Redner ersuchte am Schluß seines mit stürmischem Beifall ausgenommenen Vortrages die Erschienenen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, die im Interesse der Arbeiterklasse den Kampf für Freiheit und Recht führt. Genosse Stahl teilte noch mit, daß mit dem heutigen Tage der über den „Roten Adler“ verhängte Vorpost aufgehoben sei und schloß mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Schönweide. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Rathaus, Strömer Straße. Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

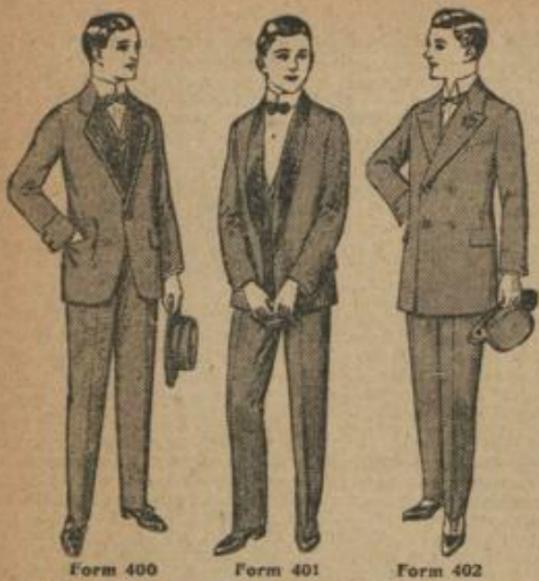
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Das Reichsgericht beschäftigte sich am Dienstag mit zwei Verurteilungen, die wieder klar zeigen, wie in ähnlicher Weise wie gegen Sozialdemokraten auch gegen die polnisch redende Bevölkerung politische Delikte in den harmlosesten Dingen erblickt werden.

1. Wegen Aufreizung zum Klassenkampf im Sinne des § 130 des Strafgesetzbuches hat das Landgericht Graudenz am 22. September d. J. den Redakteur Theophil Zielinski zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte in Nr. 46 der in Graudenz erscheinenden polnischen Zeitung „Goscia Grudzynska“ eine Rede veröffentlicht, welche der Redakteur Teska aus Bromberg am 13. April d. J. anlässlich einer polnischen Wählerversammlung gehalten hatte. Nach Ansicht des Gerichts war der Inhalt der gedruckten Rede geeignet, die Bevölkerungsklassen deutscher und polnischer Nationalität zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufzureizen, denn sie enthielt eine Aufforderung an die Leser, an der Wiederherstellung der polnischen Nation mitzuwirken. Dabei läßt das Gericht es dahingestellt, ob die Rede wirklich so gehalten worden ist, wie sie der Angeklagte in seinem Blatte zum Abdruck gebracht hat. Auch die von dem Angeklagten eingelegte Revision, welche lediglich die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz bekräftigte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.



Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Jünglings- u. Knabenkleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz sowie solider Verarbeitung

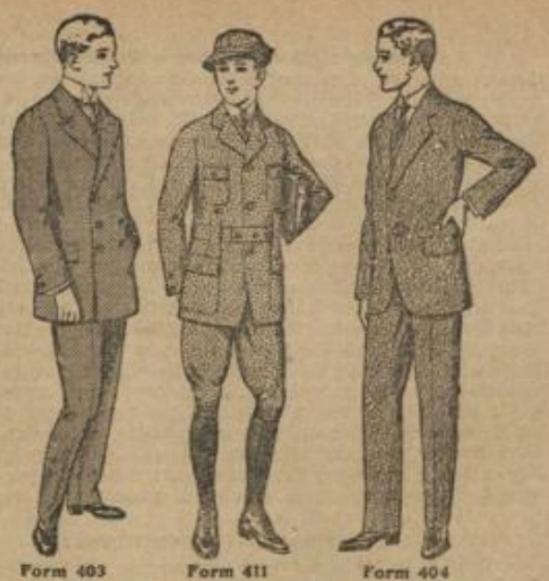
Leineweber

Berlin C

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

Rohstraße 34 — Fischerstraße 1

Geschäftshaus ersten Ranges für Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung



Farbige Jünglings-Anzüge

Einsegnungs-Anzüge in Schwarz, Blau und Marengo

Table with columns: Form, Brustweiten (72, 76, 80, 84), and list of clothing items with prices.

Table with columns: Form, Brustweiten (72, 76, 80, 84), and list of clothing items with prices.

Schul-Anzüge

In den neuesten Mustern und haltbaren, praktischen Stoffen in jeder Größe und Preislage zu Lager.

Verkäufe.

Teppiche (Kordenscher), Gelegenheitsverkauf, Fabriklager Rauterhoff, Große Frankfurterstraße 9, Hurelingang, Vormärtsletern 10 Prozent Ertragsabfall.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 15,50, 17,50, 19,50, 21,50, 23,50, 25,50, 27,50, 29,50, 31,50, 33,50, 35,50, 37,50, 39,50, 41,50, 43,50, 45,50, 47,50, 49,50, 51,50, 53,50, 55,50, 57,50, 59,50, 61,50, 63,50, 65,50, 67,50, 69,50, 71,50, 73,50, 75,50, 77,50, 79,50, 81,50, 83,50, 85,50, 87,50, 89,50, 91,50, 93,50, 95,50, 97,50, 99,50, 101,50, 103,50, 105,50, 107,50, 109,50, 111,50, 113,50, 115,50, 117,50, 119,50, 121,50, 123,50, 125,50, 127,50, 129,50, 131,50, 133,50, 135,50, 137,50, 139,50, 141,50, 143,50, 145,50, 147,50, 149,50, 151,50, 153,50, 155,50, 157,50, 159,50, 161,50, 163,50, 165,50, 167,50, 169,50, 171,50, 173,50, 175,50, 177,50, 179,50, 181,50, 183,50, 185,50, 187,50, 189,50, 191,50, 193,50, 195,50, 197,50, 199,50, 201,50, 203,50, 205,50, 207,50, 209,50, 211,50, 213,50, 215,50, 217,50, 219,50, 221,50, 223,50, 225,50, 227,50, 229,50, 231,50, 233,50, 235,50, 237,50, 239,50, 241,50, 243,50, 245,50, 247,50, 249,50, 251,50, 253,50, 255,50, 257,50, 259,50, 261,50, 263,50, 265,50, 267,50, 269,50, 271,50, 273,50, 275,50, 277,50, 279,50, 281,50, 283,50, 285,50, 287,50, 289,50, 291,50, 293,50, 295,50, 297,50, 299,50, 301,50, 303,50, 305,50, 307,50, 309,50, 311,50, 313,50, 315,50, 317,50, 319,50, 321,50, 323,50, 325,50, 327,50, 329,50, 331,50, 333,50, 335,50, 337,50, 339,50, 341,50, 343,50, 345,50, 347,50, 349,50, 351,50, 353,50, 355,50, 357,50, 359,50, 361,50, 363,50, 365,50, 367,50, 369,50, 371,50, 373,50, 375,50, 377,50, 379,50, 381,50, 383,50, 385,50, 387,50, 389,50, 391,50, 393,50, 395,50, 397,50, 399,50, 401,50, 403,50, 405,50, 407,50, 409,50, 411,50, 413,50, 415,50, 417,50, 419,50, 421,50, 423,50, 425,50, 427,50, 429,50, 431,50, 433,50, 435,50, 437,50, 439,50, 441,50, 443,50, 445,50, 447,50, 449,50, 451,50, 453,50, 455,50, 457,50, 459,50, 461,50, 463,50, 465,50, 467,50, 469,50, 471,50, 473,50, 475,50, 477,50, 479,50, 481,50, 483,50, 485,50, 487,50, 489,50, 491,50, 493,50, 495,50, 497,50, 499,50, 501,50, 503,50, 505,50, 507,50, 509,50, 511,50, 513,50, 515,50, 517,50, 519,50, 521,50, 523,50, 525,50, 527,50, 529,50, 531,50, 533,50, 535,50, 537,50, 539,50, 541,50, 543,50, 545,50, 547,50, 549,50, 551,50, 553,50, 555,50, 557,50, 559,50, 561,50, 563,50, 565,50, 567,50, 569,50, 571,50, 573,50, 575,50, 577,50, 579,50, 581,50, 583,50, 585,50, 587,50, 589,50, 591,50, 593,50, 595,50, 597,50, 599,50, 601,50, 603,50, 605,50, 607,50, 609,50, 611,50, 613,50, 615,50, 617,50, 619,50, 621,50, 623,50, 625,50, 627,50, 629,50, 631,50, 633,50, 635,50, 637,50, 639,50, 641,50, 643,50, 645,50, 647,50, 649,50, 651,50, 653,50, 655,50, 657,50, 659,50, 661,50, 663,50, 665,50, 667,50, 669,50, 671,50, 673,50, 675,50, 677,50, 679,50, 681,50, 683,50, 685,50, 687,50, 689,50, 691,50, 693,50, 695,50, 697,50, 699,50, 701,50, 703,50, 705,50, 707,50, 709,50, 711,50, 713,50, 715,50, 717,50, 719,50, 721,50, 723,50, 725,50, 727,50, 729,50, 731,50, 733,50, 735,50, 737,50, 739,50, 741,50, 743,50, 745,50, 747,50, 749,50, 751,50, 753,50, 755,50, 757,50, 759,50, 761,50, 763,50, 765,50, 767,50, 769,50, 771,50, 773,50, 775,50, 777,50, 779,50, 781,50, 783,50, 785,50, 787,50, 789,50, 791,50, 793,50, 795,50, 797,50, 799,50, 801,50, 803,50, 805,50, 807,50, 809,50, 811,50, 813,50, 815,50, 817,50, 819,50, 821,50, 823,50, 825,50, 827,50, 829,50, 831,50, 833,50, 835,50, 837,50, 839,50, 841,50, 843,50, 845,50, 847,50, 849,50, 851,50, 853,50, 855,50, 857,50, 859,50, 861,50, 863,50, 865,50, 867,50, 869,50, 871,50, 873,50, 875,50, 877,50, 879,50, 881,50, 883,50, 885,50, 887,50, 889,50, 891,50, 893,50, 895,50, 897,50, 899,50, 901,50, 903,50, 905,50, 907,50, 909,50, 911,50, 913,50, 915,50, 917,50, 919,50, 921,50, 923,50, 925,50, 927,50, 929,50, 931,50, 933,50, 935,50, 937,50, 939,50, 941,50, 943,50, 945,50, 947,50, 949,50, 951,50, 953,50, 955,50, 957,50, 959,50, 961,50, 963,50, 965,50, 967,50, 969,50, 971,50, 973,50, 975,50, 977,50, 979,50, 981,50, 983,50, 985,50, 987,50, 989,50, 991,50, 993,50, 995,50, 997,50, 999,50, 1001,50, 1003,50, 1005,50, 1007,50, 1009,50, 1011,50, 1013,50, 1015,50, 1017,50, 1019,50, 1021,50, 1023,50, 1025,50, 1027,50, 1029,50, 1031,50, 1033,50, 1035,50, 1037,50, 1039,50, 1041,50, 1043,50, 1045,50, 1047,50, 1049,50, 1051,50, 1053,50, 1055,50, 1057,50, 1059,50, 1061,50, 1063,50, 1065,50, 1067,50, 1069,50, 1071,50, 1073,50, 1075,50, 1077,50, 1079,50, 1081,50, 1083,50, 1085,50, 1087,50, 1089,50, 1091,50, 1093,50, 1095,50, 1097,50, 1099,50, 1101,50, 1103,50, 1105,50, 1107,50, 1109,50, 1111,50, 1113,50, 1115,50, 1117,50, 1119,50, 1121,50, 1123,50, 1125,50, 1127,50, 1129,50, 1131,50, 1133,50, 1135,50, 1137,50, 1139,50, 1141,50, 1143,50, 1145,50, 1147,50, 1149,50, 1151,50, 1153,50, 1155,50, 1157,50, 1159,50, 1161,50, 1163,50, 1165,50, 1167,50, 1169,50, 1171,50, 1173,50, 1175,50, 1177,50, 1179,50, 1181,50, 1183,50, 1185,50, 1187,50, 1189,50, 1191,50, 1193,50, 1195,50, 1197,50, 1199,50, 1201,50, 1203,50, 1205,50, 1207,50, 1209,50, 1211,50, 1213,50, 1215,50, 1217,50, 1219,50, 1221,50, 1223,50, 1225,50, 1227,50, 1229,50, 1231,50, 1233,50, 1235,50, 1237,50, 1239,50, 1241,50, 1243,50, 1245,50, 1247,50, 1249,50, 1251,50, 1253,50, 1255,50, 1257,50, 1259,50, 1261,50, 1263,50, 1265,50, 1267,50, 1269,50, 1271,50, 1273,50, 1275,50, 1277,50, 1279,50, 1281,50, 1283,50, 1285,50, 1287,50, 1289,50, 1291,50, 1293,50, 1295,50, 1297,50, 1299,50, 1301,50, 1303,50, 1305,50, 1307,50, 1309,50, 1311,50, 1313,50, 1315,50, 1317,50, 1319,50, 1321,50, 1323,50, 1325,50, 1327,50, 1329,50, 1331,50, 1333,50, 1335,50, 1337,50, 1339,50, 1341,50, 1343,50, 1345,50, 1347,50, 1349,50, 1351,50, 1353,50, 1355,50, 1357,50, 1359,50, 1361,50, 1363,50, 1365,50, 1367,50, 1369,50, 1371,50, 1373,50, 1375,50, 1377,50, 1379,50, 1381,50, 1383,50, 1385,50, 1387,50, 1389,50, 1391,50, 1393,50, 1395,50, 1397,50, 1399,50, 1401,50, 1403,50, 1405,50, 1407,50, 1409,50, 1411,50, 1413,50, 1415,50, 1417,50, 1419,50, 1421,50, 1423,50, 1425,50, 1427,50, 1429,50, 1431,50, 1433,50, 1435,50, 1437,50, 1439,50, 1441,50, 1443,50, 1445,50, 1447,50, 1449,50, 1451,50, 1453,50, 1455,50, 1457,50, 1459,50, 1461,50, 1463,50, 1465,50, 1467,50, 1469,50, 1471,50, 1473,50, 1475,50, 1477,50, 1479,50, 1481,50, 1483,50, 1485,50, 1487,50, 1489,50, 1491,50, 1493,50, 1495,50, 1497,50, 1499,50, 1501,50, 1503,50, 1505,50, 1507,50, 1509,50, 1511,50, 1513,50, 1515,50, 1517,50, 1519,50, 1521,50, 1523,50, 1525,50, 1527,50, 1529,50, 1531,50, 1533,50, 1535,50, 1537,50, 1539,50, 1541,50, 1543,50, 1545,50, 1547,50, 1549,50, 1551,50, 1553,50, 1555,50, 1557,50, 1559,50, 1561,50, 1563,50, 1565,50, 1567,50, 1569,50, 1571,50, 1573,50, 1575,50, 1577,50, 1579,50, 1581,50, 1583,50, 1585,50, 1587,50, 1589,50, 1591,50, 1593,50, 1595,50, 1597,50, 1599,50, 1601,50, 1603,50, 1605,50, 1607,50, 1609,50, 1611,50, 1613,50, 1615,50, 1617,50, 1619,50, 1621,50, 1623,50, 1625,50, 1627,50, 1629,50, 1631,50, 1633,50, 1635,50, 1637,50, 1639,50, 1641,50, 1643,50, 1645,50, 1647,50, 1649,50, 1651,50, 1653,50, 1655,50, 1657,50, 1659,50, 1661,50, 1663,50, 1665,50, 1667,50, 1669,50, 1671,50, 1673,50, 1675,50, 1677,50, 1679,50, 1681,50, 1683,50, 1685,50, 1687,50, 1689,50, 1691,50, 1693,50, 1695,50, 1697,50, 1699,50, 1701,50, 1703,50, 1705,50, 1707,50, 1709,50, 1711,50, 1713,50, 1715,50, 1717,50, 1719,50, 1721,50, 1723,50, 1725,50, 1727,50, 1729,50, 1731,50, 1733,50, 1735,50, 1737,50, 1739,50, 1741,50, 1743,50, 1745,50, 1747,50, 1749,50, 1751,50, 1753,50, 1755,50, 1757,50, 1759,50, 1761,50, 1763,50, 1765,50, 1767,50, 1769,50, 1771,50, 1773,50, 1775,50, 1777,50, 1779,50, 1781,50, 1783,50, 1785,50, 1787,50, 1789,50, 1791,50, 1793,50, 1795,50, 1797,50, 1799,50, 1801,50, 1803,50, 1805,50, 1807,50, 1809,50, 1811,50, 1813,50, 1815,50, 1817,50, 1819,50, 1821,50, 1823,50, 1825,50, 1827,50, 1829,50, 1831,50, 1833,50, 1835,50, 1837,50, 1839,50, 1841,50, 1843,50, 1845,50, 1847,50, 1849,50, 1851,50, 1853,50, 1855,50, 1857,50, 1859,50, 1861,50, 1863,50, 1865,50, 1867,50, 1869,50, 1871,50, 1873,50, 1875,50, 1877,50, 1879,50, 1881,50, 1883,50, 1885,50, 1887,50, 1889,50, 1891,50, 1893,50, 1895,50, 1897,50, 1899,50, 1901,50, 1903,50, 1905,50, 1907,50, 1909,50, 1911,50, 1913,50, 1915,50, 1917,50, 1919,50, 1921,50, 1923,50, 1925,50, 1927,50, 1929,50, 1931,50, 1933,50, 1935,50, 1937,50, 1939,50, 1941,50, 1943,50, 1945,50, 1947,50, 1949,50, 1951,50, 1953,50, 1955,50, 1957,50, 1959,50, 1961,50, 1963,50, 1965,50, 1967,50, 1969,50, 1971,50, 1973,50, 1975,50, 1977,50, 1979,50, 1981,50, 1983,50, 1985,50, 1987,50, 1989,50, 1991,50, 1993,50, 1995,50, 1997,50, 1999,50, 2001,50, 2003,50, 2005,50, 2007,50, 2009,50, 2011,50, 2013,50, 2015,50, 2017,50, 2019,50, 2021,50, 2023,50, 2025,50, 2027,50, 2029,50, 2031,50, 2033,50, 2035,50, 2037,50, 2039,50, 2041,50, 2043,50, 2045,50, 2047,50, 2049,50, 2051,50, 2053,50, 2055,50, 2057,50, 2059,50, 2061,50, 2063,50, 2065,50, 2067,50, 2069,50, 2071,50, 2073,50, 2075,50, 2077,50, 2079,50, 2081,50, 2083,50, 2085,50, 2087,50, 2089,50, 2091,50, 2093,50, 2095,50, 2097,50, 2099,50, 2101,50, 2103,50, 2105,50, 2107,50, 2109,50, 2111,50, 2113,50, 2115,50, 2117,50, 2119,50, 2121,50, 2123,50, 2125,50, 2127,50, 2129,50, 2131,50, 2133,50, 2135,50, 2137,50, 2139,50, 2141,50, 2143,50, 2145,50, 2147,50, 2149,50, 2151,50, 2153,50, 2155,50, 2157,50, 2159,50, 2161,50, 2163,50, 2165,50, 2167,50, 2169,50, 2171,50, 2173,50, 2175,50, 2177,50, 2179,50, 2181,50, 2183,50, 2185,50, 2187,50, 2189,50, 2191,50, 2193,50, 2195,50, 2197,50, 2199,50, 2201,50, 2203,50, 2205,50, 2207,50, 2209,50, 2211,50, 2213,50, 2215,50, 2217,50, 2219,50, 2221,50, 2223,50, 2225,50, 2227,50, 2229,50, 2231,50, 2233,50, 2235,50, 2237,50, 2239,50, 2241,50, 2243,50, 2245,50, 2247,50, 2249,50, 2251,50, 2253,50, 2255,50, 2257,50, 2259,50, 2261,50, 2263,50, 2265,50, 2267,50, 2269,50, 2271,50, 2273,50, 2275,50, 2277,50, 2279,50, 2281,50, 2283,50, 2285,50, 2287,50, 2289,50, 2291,50, 2293,50, 2295,50, 2297,50, 2299,50, 2301,50, 2303,50, 2305,50, 2307,50, 2309,50, 2311,50, 2313,50, 2315,50, 2317,50, 2319,50, 2321,50, 2323,50, 2325,50, 2327,50, 2329,50, 2331,50, 2333,50, 2335,50, 2337,50, 2339,50, 2341,50, 2343,50, 2345,50, 2347,50, 2349,50, 2351,50, 2353,50, 2355,50, 2357,50, 2359,50, 2361,50, 2363,50, 2365,50, 2367,50, 2369,50, 2371,50, 2373,50, 2375,50, 2377,50, 2379,50, 2381,50, 2383,50, 2385,50, 2387,50, 2389,50, 2391,50, 2393,50, 2395,50, 2397,50, 2399,50, 2401,50, 2403,50, 2405,50, 2407,50, 2409,50, 2411,50, 2413,50, 2415,50, 2417,50, 2419,50, 2421,50, 2423,50, 2425,50, 2427,50, 2429,50, 2431,50, 2433,50, 2435,50, 2437,50, 2439,50, 2441,50, 2443,50, 2445,50, 2447,50, 2449,50, 2451,50, 2453,50, 2455,50, 2457,50, 2459,50, 2461,50, 2463,50, 2465,50, 2467,50, 2469,50, 2471,50, 2473,50, 2475,50, 2477,50, 2479,50, 2481,50, 2483,50, 2485,50, 2487,50, 2489,50, 2491,50, 2493,50, 2495,50, 2497,50, 2499,50, 2501,50, 2503,50, 2505,50, 2507,50, 2509,50, 2511,50, 2513,50, 2515,50, 2517,50, 2519,50, 2521,50, 2523,50, 2525,50, 2527,50, 2529,50, 2531,50, 2533,50, 2535,50, 2537,50, 2539,50, 2541,50, 2543,50, 2545,50, 2547,50, 2549,50, 2551,50, 2553,50, 2555,50, 2557,50, 2559,50, 2561,50, 2563,50, 2565,50, 2567,50, 2569,50, 2571,50, 2573,50, 2575,50, 2577,50, 2579,50, 2581,50, 2583,50, 2585,50, 2587,50, 2589,50, 2591,50, 2593,50, 2595,50, 2597,50, 2599,50, 2601,50, 2603,50, 2605,50, 2607,50, 2609,50, 2611,50, 2613,50, 2615,50, 2617,50, 2619,50, 2621,50, 2623,50, 2625,50, 2627,50, 2629,50, 2631,50, 2633,50, 2635,50, 2637,50, 2639,50, 2641,50, 2643,50, 2645,50, 2647,50, 2649,50, 2651,50, 2653,50, 2655,50, 2657,50, 2659,50, 2661,50, 2663,50, 2665,50, 2667,50, 2669,50, 2671,50, 2673,50, 2675,50, 2677,50, 2679,50, 2681,50, 2683,50

a b z u s e h e n o d e r s i c h d o c h g r ö ß t e Z u r ü c k h a l t u n g d a b e i a u f z u e r l e g e n. I c h k ö n n t e j e d e n f a l l s a n i h r n i c h t t e i l n e h m e n.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Dr. Jund (natl.)

wicist persönlich eine Bemerkung des Abg. Dertel zurück, der den Redner von dem an vielen Abgeordneten zu konstatierenden pathologischen Zug ironisch ausgenommen habe.

Abg. Dr. Dertel (f.):

Ich habe das nicht böse gemeint.

Donnerstag 1 Uhr pünktlich: Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung. Mittwoch, den 18. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwig.

Etat des Ministeriums des Innern.

Zum Kapitel „Landrätliche Behörden und Ämter“ begründet

Abg. Dr. v. Campe (natl.)

einen Antrag seiner Partei, der eine schnellere Verstaatlichung des Bureaus der Landratsämter fordert. So, wie es jetzt ist, kann nur noch ein reicher Mann Landrat werden. Ich bitte unseren Antrag an die Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Richter (f.)

beklagt die Bevorzugung von Protestanten bei Besetzung der Landrats- und Amtsvorsteherstellen.

Minister v. Dallwig:

Konfessionelle Momente spielen bei der Besetzung der Landratsämter keine Rolle. Es ist daher unrichtig, daß Angehörige der Zentrumspartei bei der Besetzung der Landrats- und Amtsvorsteherstellen ausgegattet werden.

Abg. v. Vodelberg (f.):

Ich bezweifle, daß die vom Antragsteller geforderte Verstaatlichung zu einer Verbesserung der Arbeitsleistung führen würde. Wir sind gegen den nationalliberalen Antrag, der nur zu einer Vermehrung der Beamtenstellen führen würde.

Abg. Dr. v. Woyna (ff.):

Auch wir können diesem Antrag nicht beistimmen und wünschen ein Festhalten an der bewährten Praxis. Die Anstellung von Landräten muß der Prägung des Königs vorbehalten bleiben. Die Klagen des Zentrumsabgeordneten sind unbegründet.

Minister v. Dallwig:

Wegen des wechselnden Charakters der Arbeiten auf den Landratsämtern ist es nicht möglich, nur Beamte anzustellen. Wegen der finanziellen Konsequenzen wäre eine Annahme des nationalliberalen Antrags bedenklich. (Beifall rechts.)

Abg. Wenke (Sp.):

Wir werden dem Antrag v. Campe zustimmen. Es ist richtig, daß die Angestellten der Landratsämter zum Teil schlecht bezahlt werden, weil diese Stellen nicht staatlich sind. Es ist überaus bedauerlich, daß noch immer die größte Zahl der Landräte und Amtsvorsteher sich in den Dienst der konservativen Politik, namentlich zur Zeit der Wahlen, stellt. „Was das Gesetz befiehlt, ist mir gleich, hier befehle ich“, dieser Ausdruck eines Landrates ist für ihre Amtsführung charakteristisch. Die Landratsämter werden als Wahlbureau direkt zur Wahlagitatorik mißbraucht. Der früher ausgesprochenen Meinung des Ministers, als ob es sich bei unseren Klagen um ein bloßes Sensationsbedürfnis handele, muß ich mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. (Beifall bei der Volkspartei.) Der Redner führt unter anderem einen Fall an, in dem ein Amtsvorsteher die Justizbehörden zur Auflösung einer Gruppe des Landarbeiterverbandes widerrechtlich aufforderte. Die Landräte mißachten die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes.

Abg. v. Trampeznuski (Pole):

Der Minister soll die Landräte veranlassen, aus dem durch die Entschlüsse des Abg. Korjanty blögestellten Ostmarkenverein auszutreten. (Vizepräsident Dr. Krause unterbricht den Redner mehrmals.) Die strenge Geschäftsführung des Präsidenten erlaubt es mir leider nicht, auf die Mißachtung des Vereinsgesetzes durch die Landräte einzugehen, da hierbei nicht die Landräte allein in Betracht kommen, sondern da ich das ganze System anklagen möchte. Das Ministerium des Innern ist nur eine Filiale des Ostmarkenvereins. Das beweisen die wiederholten Wahlmotive, die im Wahlkreis Schwey vorgekommen sind, durch die mit Beihilfe des Landrates v. Halem die Wahl meines politischen Freundes von Sap-Jaworski zu Fall gebracht worden ist.

Abg. Leinert (Soz.):

Der Landrat, dessen Haltung gegen das heimische Gewerbe Abg. Hoffmann feinerzeit besprochen hat, ist der Abg. v. Bräuning (Natl.) (Hört! hört! links.) Der Antrag v. Campe ist uns sympathisch, einmal, weil man dann die Wahlmotive nicht mehr auf das Bureau personal schieben könnte, und dann wegen der oft ekleiden Beziehung der Bureaukräfte, denen in einem Inerat 20 M. monatlich angeboten werden. (Hört! hört! links.) Wenn die Verwirklichung des Antrags soviel Geld kosten würde, so bemerke das nur, daß jetzt fürchtbar gespart wird an dem Bureau personal. Wir stimmen für den Antrag.

Die außerordentliche Bieleitigkeit des Landrats

ist unbestreitbar, er hat ein ungeheures Tätigkeitsgebiet. Warum lastet man ihm dann noch Versicherungsgeschäfte und die Aufsicht über kleine Versicherungsunternehmen und den für ihn höchst bedenklichen Vorkiss im Versicherungswesen auf, der ihn vielfach zum Richter in eigener Sache macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unklar ist die Verfügung über die Vertretung des landrätlichen Vorsitzenden. Wenn wirklich der Kreissekretär oder Kreisversicherungssekretär Vorsitzender sein dürfte, würde er stets Richter in eigener Sache sein. Der Landrat als Sektionsvorstand der landwirtschaftlichen Berufsvereine ist doch stets Partei, wenn er im Versicherungswesen Maßnahmen im Unfallweien trifft. Das widerspricht den Interessen der Versicherten, denn das Versicherungswesen kann den Versicherten auch gegen seinen Willen aus einer in eine andere Heimatsort bringen, was der Sektionsvorstand der landwirtschaftlichen Berufsvereine nicht tun kann. Bei Unfallverletzungen in der Landwirtschaft kann der Landrat in allen möglichen Funktionen zugleich auftreten. Eine Revision dieser fehlerhaften Ausführungsbestimmungen, eine Trennung von Landrats- und Versicherungswesen ist unerlässlich.

Als Vorsitzende der Versicherungswesen handeln die Landräte genau so wie als Polizeibeamte. Sie lassen es an Entgegenkommen gegen die Versicherten fehlen.

Nun das Kapitel

Landräte und Vereinsgesetz.

Da fehlt es uns wahrlich nicht an Material, wir können mit den Hebergriffen mehr Stunden füllen als Abg. Hoffmann mit seiner Rede. Statt der versprochenen lokalen Handhabung haben wir eine hinterhältige Auslegung erlebt, die der Staatssekretär v. Weichmann-Holtweg ausdrücklich als ausgeschlossen erklärt hatte. (Hört! hört!) Entgegenzutreten wollten damals die Verbündeten Regierungen jeder Kleinlichen Handhabung des Gesetzes! Heute würde der ausgelacht, der von einer lokalen Handhabung des Gesetzes in Preußen

sprechen wollte. Der Minister erklärt Verfügungen — aber die Landräte tun, was sie wollen und vertrauen auf das Oberverwaltungsgericht. Der Minister ist höchst einverstanden mit der geradezu selbstamen Aufwendung von Intelligenz zur Eskalationierung des Vereinsgesetzes. Im Ministerialblatt für innere Verwaltung werden alle die Volksworte verminderten Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts sofort zur Ermunterung der Landräte abgedruckt, nie aber Entscheidungen zugunsten des Volkes und gegen die Polizei. Nicht loyal ist das, sondern höchst willig! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Ministererlaß über die ungehinderte Einziehung der Wählerlisten von 1911 ist in dem Ministerialblatt nicht abgedruckt! Natürlich, es handelt sich ja um ein Recht des Volkes!

Der Landrat, der die Mitgliederlisten der Vereine nicht mehr fordern kann, schiebt einfach den Gendarm in die Verammlung, um zu sehen, wer da ist und davon zur Schädigung der Leute Gebrauch zu machen. So wird das Gesetz einfach umgangen! Turnvereine, Gesangsvereine, Gewerkschaften werden von den Landräten unausgesetzt verfolgt. In Hannover hat man sogar einen Arbeiterkinderchor als politisch erklärt und den Kindern den unentgeltlichen Gesangsunterricht geraubt. Geweint haben die Kinder, als sie es hörten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Einige Mitglieder der Rechten lachen.)

Man vermeidet es, die angebliehen Uebertreter des Vereinsgesetzes vor Gericht zu ziehen, denn da riskiert man eine Freisprechung und dadurch eine Brandmarlung der Landratsloyalität, die sich besonders

gegen den Landarbeiterverband

richtet, den ein landständischer Dr. König für politisch erklärt hat, der auch der Polizei empfiehlt, die Vorstandsmitgliederlisten zu fordern und die „politischen“ Verammlungen des Landarbeiterverbandes zu überwachen. Das hat der Bund der Landwirte den Landräten unterbreitet und gehorsam verfahren sie danach. Und wie! Der Redner bringt mehrere Beispiele dieser neuen Schikanen vor. Die Unterjüngungsleistungen des Verbandes hat man ausbeutend geiprengt. In einem Fall hat der Landrat die Beschwerde zurückgewiesen, weil man in der Verammlung über Politik habe sprechen wollen! Aber natürlich zeigt er den Verantwortlichen nicht wegen Nichtanmeldung der Verammlung bei der Staatsanwaltschaft an, denn da wäre schließlich die Landratsprozeß gebrandmarkt worden. (Sehr wahr! links.) Unerbört ist es doch, daß die Landräte den Bürgern die hohen Kosten und Mühen des Kampfes ums Recht bis an die höchsten Instanzen auferlegen, weil sie ihnen das klare Recht vorenthalten. Und ein Amtsvorsteher droht sogar einem Versammlungsvorstand auf Grund des Versammlungsgesetzes von 1850 eine Strafe von 25 Reichsmark an. (Stürmische Heiterkeit links.)

Wir protestieren dagegen, daß man unsere sämtlichen Organisationen und Vereine als

Versuchsobjekte für Polizeischikanen

verwendet. Was nützt die gerichtliche Satisfaktion nach 1 1/2 Jahren — zunächst hat die Polizei ihren Zweck erreicht und darauf sieht sie's ab! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reichstagskommission für das Reichsvereinsgesetz hatte ein solches Vertrauen zu den Versicherungen Weismanns und der Regierung, daß ein freistündiger Abgeordneter meinem Freund Que 100 M. für jede Schilane bot. (Heiterkeit.) Und heute? Eine Schande ist es, wie die Landräte das Gesetz verdrehen und es zu einer Schilane gegen die Arbeiterbewegung gestalten! (Zustimmung links.)

Empörenden behördlichen Terrorismus leistete sich der Amtsvorsteher von Ahdorf, indem er den Buchdruckereibesitzer Ernst vor die Wahl stellte, entweder einen vom Amtsvorsteher als sozialdemokratischen Agitator bezeichneten Arbeiter zu entlassen oder die Arbeit zu verlieren. (Hört! hört! links.) Der Landrat v. Kuttikamer deckt den empörenden brutalen erpresserischen Terrorismus dieses Amtsvorstehers, der vorher die ihm anvertraute Gemeindevverwaltung von Reumünster-Dietersdorf so verlottert hatte, daß die Gemeinde ihn durchaus loswerden wollte. Er ging aber erst nachdem er von der Gemeinde 50000 M. erprecht hatte. Und solche Leute deckt der Landrat und beschäftigt unsere innere Verwaltung! Der von ihm um die Erstgenannte gebrauchte Buchdrucker erhielt von seinem Prinzipal das glänzendste Zeugnis. Die niedrige Verfolgungssucht des Amtsvorstehers aber ist die beste Empfehlung für ihn nach oben hin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Stets stehen die Landräte auf der Seite der Volksbedrücker, die sie noch ermuntern. Wegen die organisierte Arbeiterschaft ist ja alles erlaubt, da herrscht die kleinlichste Rachsucht. Die Gemeindevverwaltung von Lauterbach wurde mit Entziehung des Staatszuschusses für den Gemeindeparkplatz bedroht, wenn sie die Arbeiterjugend auf diesem Platz spielen und turnen lasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solcher Willkürakte gibt es zahllose und besonders in der

Handhabung der Gefindeordnung.

Strafanträge von Landarbeitern gegen Gutsbesitzer werden abgewiesen, wenn der Weichdudige die Angaben des Mißhandelten bestreitet. Wäre es umgekehrt, würde natürlich des Gutsbesitzers Zeugnis gegen den Arbeiter die größte Rolle spielen. Auf Anzeigen der Gutsbesitzer aber werden dann gegen die Arbeiter wegen Verlassens der Arbeit usw. die höchsten Strafen verhängt und z. B. für 80 M. Geldstrafe 7 Tage Haft angedroht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen arme Diensthöten, die gezwungen durch Mißhandlungen den Dienst verlassen, werden hohe Geldstrafen angedroht, die sie gar nicht bezahlen können und die den Verdienst für lange Zeit aufzehren. Da ist doch, wie die traurigen Zustände schon sind, die sofortige zwangsweise Zuführung noch solchen Vermögensopfern vorzuziehen, die rein schuldlos sind. Und dann sagt man den Betroffenen noch, daß sie sich nicht beschweren könnten, während ihnen dies und auch noch das Verwaltungsrecht verweigert! Solche traurigen Zeugnisse für unsere gesamten Rechtszustände, für die Rechtslosigkeit der Arbeiter können Sie vom Landarbeiterverband zahlreich erhalten. (Der Redner bringt noch mehrere vor, darunter einen, wo ein Infirmann, der eine gesundheitschädliche Wohnung nicht bezog, wegen Kontraktbruch zu 3 M. verurteilt wurde — Abg. Varenhorst (ff.): Das ist wenig!) Sehr nett, Herr Varenhorst, daß Sie als Richter das sagen, während selbst der Staatsanwalt nachher bei der gerichtlichen Entscheidung die Wohnung als eine Wanzenburg bezeichnete.

Es wäre Zeit, daß die Verwaltungsbehörden, statt die Arbeiter als ihre Feinde und sich als die Diener des Großgrundbesitzes zu betrachten, für die breiten Volksmassen, für die Unterdrückten und Schwachen eintreten. Aber das werden ja die Landräte nicht tun und so werden ihre Gesegwidrigkeiten und ihre Willkür schließlich auch noch denjenigen, die glauben, in einem Rechtsstaat zu leben, die Augen öffnen und der Sozialdemokratie noch größere Triumphe verschaffen. Arbeiten Sie nur so weiter! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gögler (f.):

Wenn verteidige ich hier stets die Landräte, denn da stehe ich auf der Seite des Rechts. Um die unkontrollierbaren Einseitigkeiten des Vordredners zu widerlegen, brauchte ich vier Stunden. Herr v. Weichmann kauft das Rechte in seinem Kreis, der Brief bezog sich nur auf eine kleine Lieferung. Abg. Wenke hat einst große Enthüllungen angekündigt, an den heute von ihm vorgebrachten vier Fällen ist aber nichts dran (wie der Redner im einzelnen nachzuweisen sucht).

Abg. Dr. Hagemeister (f.)

bespricht einzelne Fragen der Landgemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes.

Vizepräsident Dr. v. Krause

rügt einzelne Ausdrücke des polnischen Abg. v. Trampeznuski, die gegen den Abg. v. Kardorff betreffend die Enthüllungen über

die Rationationen des Ostmarkenvereins gerichtet waren, als unparlamentarisch.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Abg. v. Kardorff (ff., persönlich):

Wenn Sie (zu den Polen) sich durch meine Kennzeichnung des Diebstahls, durch den die von Ihnen mitgeteilten Briefe aus dem Bureau des Ostmarkenvereins verschwand, so sehr getroffen fühlen, obwohl mein Angriff sich nicht gegen Sie persönlich richtete, so läßt das sehr tief bliden. (Nruhe bei den Polen. — Beifall rechts.)

Die polnischen Abgg. Korjanty und Trampeznuski bekämpfen, mehrmals vom Präsidenten unterbrochen, die Angriffe des Abg. v. Kardorff und bezeichnen seine Erklärungen, er habe die Mitglieder der polnischen Fraktion nicht als Mißschuldige an dem Briefdiebstahl genannt, als unzureichend und zweideutig.

Der nationalliberale Antrag wird an die Budgetkommission verwiesen.

Zur weiteren Beratung steht ein von der Konservativen, freikonservativen, nationalliberalen und Zentrumspartei eingebrachter Antrag, der die Regierung ersucht, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, mit allen gesetzlichen Mitteln die

zunehmende Unsitlichkeit, hauptsächlich in den Großstädten, zu bekämpfen und so der Gefahr vorzubeugen, welcher die Jugend körperlich und seelisch ausgesetzt ist. Dazu werden gefordert 1. eine Renberung der Reichsgewerbeordnung zum Zwecke der Unterdrückung der Anmierkneipen, Bars, Kabarettis usw., 2. ein besonderes Aimeratographengesetz, 3. ein nachdrücklicher Gebrauch der Bestimmungen betreffend die frühere Ansetzung der Polizeistunde.

Abg. Zehr. Schenk zu Schweinsberg (f.)

begründet diesen Antrag. Alles wird unteripßt von den schmutzigen Wellen der Unsitlichkeit. Da der Mensch nach dem Ebenbilde des lieben Gottes geschaffen ist, so muß er sich auch demzufolge benehmen. Der Geburtenrückgang, herbeigeführt durch das Umfängreifen geschlechtlicher Krankheiten und den Gebrauch von Antikonzeptionsmitteln, ist ein warnendes Vorzeichen. Von allen Großstädten hat Berlin das regste Nachtleben. Berlin bei Nacht ist zu einem Schlagwort geworden, das die Provinzialen in die Tiefen des großstädtischen Genusses lockt und das Berliner Nachtleben ist der dunkelste Punkt im Reiche. Die Prostitution, gefördert durch die neomodischen Tanzformen, schwillt zusehends an. In Berlin betragen die Geschlechtskrankheiten bei den Soldaten 4 Proz., bei den Arbeitern 16 Proz., bei den Studenten aber 25 Proz. (Hört! hört!) Vor allem muß unsere Jugend vor der allgemeinen sittlichen Verumpfung geschützt werden. Auch der Kinematograph trägt zur Untergrabung der Sittlichkeit bei. In dem Kampf dagegen muß die Polizei mithelfen. (Bravo! rechts.)

Abg. Vorster (ff.):

Ich schließe mich der Begründung unseres Antrages durch den Vordredner an. — Der Redner schildert dann ausführlich das Programm des Berliner Nachtlebens und dessen Hauptanziehungspunkt, das „Palais des danses“, dessen Besucherinnen sich mehr durch Alter und Schminke, als durch Jugend und Schönheit auszeichnen. (Allgemeine Heiterkeit.) Wollen wir uns ein Muster am „Seinebabel“ nehmen? Hossentlich nimmt sich auch die Linke unseres Antrages an. (Beifall rechts.)

Abg. Dittrich (f.)

befürwortet ebenfalls den Antrag.

Abg. Schröder-Rassel (natl.):

Das Nachtleben in Berlin wird nirgends übertröffen. Unbedingt nötig ist ein Kinematographengesetz. Bedenklich ist es, daß die Kinematographenzensur nur für Berlin und nicht auch für die Provinz ausgedehnt wird. Unsere Jugend muß vor den schädlichen Einflüssen des Großstadtlebens geschützt werden. Wir fordern ferner eine Verkürzung der Polizeistunde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Dallwig:

Die Zahl der Nachtsale ist bereits nicht unwesentlich verringert worden. Aber einer Zurücknahme der Verlängerung der Polizeistunde stehen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts entgegen. Die Regierung wird die Unterdrückung der Anmierkneipen usw. beschleunigen. Im Bundesrat ist ein Gesetzentwurf beraten worden, der den Einzelstaaten mehr als bisher eine Kontrolle des weiblichen Bedienungspersonals ermöglicht. Wird dieser Entwurf Gesetz, so werden die Anmierkneipen gänzlich beseitigt werden. Sollten die Bestimmungen betreffend die Kinematographenzensur nicht ausreichend sein, so werden wir um den Erlaß eines Spezialgesetzes nicht herumkommen. (Beifall.)

Abg. Ranzow (Sp.):

Wir stehen dem Antrage sympathisch gegenüber, aber in der vorliegenden Fassung können wir ihn nicht annehmen, da er die Unsitlichkeit nur in den Großstädten und nicht überall bekämpft. Die Kinematographenzensur muß durch ein Reichsgesetz, nicht durch ein preussisches Gesetz geregelt werden. Das ehrliche Kellnerinnenverbot darf durch die Bekämpfung der Anmierkneipen nicht getroffen werden. Für die Bekämpfung der Prostitution ist es nötig, ihre sozialen Quellen zu verschütten: Wohnungsreform und Erschließung ausreichender Beschäftigung für Frauen. Die meisten Prostituierten sind uneheliche Mütter, die durch Not dahin gebracht werden. (Sehr wahr! links.) Dafür und für die Hebung der sittlichen Kräfte im Volke muß etwas geschehen. (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich. Morgen Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Verrat militärischer Geheimnisse.

Die §§ 4 und 5 wurden am Mittwoch von der Spionagekommission des Reichstags angenommen; der erstere wird der auch bei § 2 eingefügten Reduzierung der Gefängnisstrafe auf 6 Monate bis 5 Jahre (statt 10 Jahre), wenn mildernde Umstände vorliegen. § 5 erhielt ebenso wie § 3 den Zusatz „und rechtswidrig“. Ueber § 6, durch den vor allen Dingen die Vorbereitung des Verrats bestraft werden soll, kam es vorerst zu keiner Einigung. Von sozialdemokratischer Seite und vom Zentrum wurden schwere Bedenken gegen diese Fassung erhoben; von nationalliberaler und freisinniger Seite wurden Vermittlungsvorschläge gemacht, die in der nächsten Sitzung beraten werden.

Wiederannahme im Disziplinarverfahren.

Die Reichstagskommission beendete am Mittwoch die erste Lesung des Entwurfs. § 117g des Entwurfs, welcher lautet: „Wird die Entscheidung nach dem Tode des entlassenen Beamten aufgehoben, so haben die Hinterbliebenen von seinem Tode an Anspruch auf die gesetzliche Hinterbliebenenversorgung“ wird erweitert durch den Zusatz: „Außerdem haben seine Erben Anspruch auf die bis zum Tode des entlassenen Beamten zu berechnenden Bezüge gemäß § 117f. Die Regierung widerspricht dieser Fassung. Von Bedeutung ist noch die Festsetzung im Artikel III, daß die Wiederannahme eines vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen Disziplinarverfahrens zulässig ist.

Außerhalb der eigentlichen Vorlage liegend wurde noch eine Ergänzung des § 10 des Reichs-Beamtenengesetzes angenommen, nach welcher den Beamten bei Einleitung eines Verfahrens Gelegenheit zur Wehrsetzung über die in den Personalakten stehenden Eintragungen gegeben werden muß.